



ARCHIV NACHRICHTEN.

Nr. 31 Dezember 2005



LANDESARCHIV
Baden-Württemberg

Antonia Visconti († 1405) – Ein Schatz im Hause Württemberg

Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart vom 14. September bis 27. Januar 2006

Antonia Visconti ist eine der legendären Frauengestalten in der württembergischen Geschichte. Ihr Todestag jährt sich 2005 zum 600. Mal und bietet Anlass zur eingehenden Beschäftigung mit ihrer Persönlichkeit und ihrer Zeit. Antonia, aus dem mächtigen Haus der Visconti in Mailand, heiratete im Jahr 1380 Graf Eberhard III. von Württemberg. Sie steht in der württembergischen Geschichte für die frühe Verbindung nach Italien und die Vermittlung italienischer Hochkultur über die Alpen.

Die Ausstellung will ausgehend von der Biografie Antonias die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Süddeutschland und der Lombardei im späten 14. und frühen 15. Jahrhundert darstellen. Zentrale Drehpunkte bieten das Haus Visconti und seine Mailänder Umgebung sowie das Haus Württemberg mit seinem schwäbischen Umfeld. Anhand zeitgenössischer Zeugnisse und Musik, mit kostbaren Handschriften, Bildern und Karten, Stoffen und Plastiken, Münzen und Schmuckstücken wird ein authentischer Eindruck der Lebenswelten einer adligen Frau im Spätmittelalter vermittelt. Gleichzeitig erhält die Hofkultur an zwei durchaus unterschiedlichen europäischen Fürstenhöfen konkrete Gestalt.

Das Haus Visconti: Antonia Visconti wurde um 1363 in Mailand geboren, wie die Ausstellungsvorbereitungen ergaben. Sie wuchs am glänzenden Hof der Visconti auf, der damals zu den bedeutendsten kulturellen Zentren Europas gehörte. Die Familie hatte bereits einen großartigen gesellschaftlichen Aufstieg erreicht, der sie zur Herrschaft (Signoria) über Mailand und ein großes benachbartes Territorium führte. Die Visconti leiteten ihren Namen vom *vicecomes*-Titel ab, als Stellvertreter der kaiserlichen Herrschaft in der Lombardei. Sie erhielten ihr Reichsvikariat mit finanzieller und militärischer Macht und verstanden es, ihre Gewaltherrschaft ständig weiter auszudehnen. Geprägt von innerfamiliären Intrigen

und Machtkämpfen glänzte ihr Mailänder Hof durch bedeutende Künstler, Musiker, Maler, Literaten, aus denen besonders der Name Francesco Petrarca hervorrang.

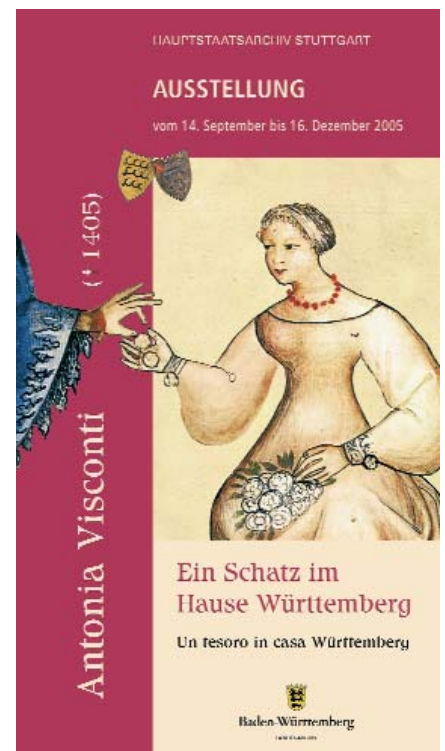
Antonias Vater Bernabò und dessen Bruder Galeazzo II. teilten sich damals die Visconti-Herrschaft. Bernabòs tyrannische Regierung und seine aufwendige Hofhaltung in Mailand wurden bald sprichwörtlich; Galeazzo baute indessen Pavia als Universitätsstadt zu einem geistigen und künstlerischen Zentrum aus. Mit Beatrice della Scala aus der Herrscherfamilie Veronas hatte Bernabò 15 Kinder, mindestens ebenso viele illegitime Nachkommen werden ihm außerdem zugeschrieben. Gerade die Töchter dienten nun bald auch als Mittel zur Diplomatie: Ausgestattet mit reichen Mitgiften, gelang es Bernabò, seine Töchter gezielt in den europäischen Hochadel zu verheiraten und mit den dynastischen Verbindungen seinen politischen Einfluss und sein Prestige großräumig zu steigern.

Antonia Visconti und ihr Brautschatz: Nach einer Reihe von Heiraten, die die Visconti vor allem mit den Habsburgern und den Wittelsbachern verbanden, wurde im Juli 1380 auch die Heirat Antonias mit dem Grafen Eberhard III., genannt der Milde, von Württemberg arrangiert. Zuvor war Antonia bereits Friedrich III. von Aragon, König von Sizilien, zur Frau versprochen gewesen, doch war dieser kurz vor der Eheschließung verstorben. Als Vermittlerin der Eheverbindung mit dem Haus Württemberg ist Eberhards Mutter Elisabeth anzusehen, die aufgrund ihrer ersten Ehe mit Cangrande della Scala Schwägerin von Antonias Mutter Beatrice war. Aber auch Herzog Leopold III. von Habsburg dürfte eine zentrale Rolle bei der Verheiratung seiner Schwägerin zugefallen sein.

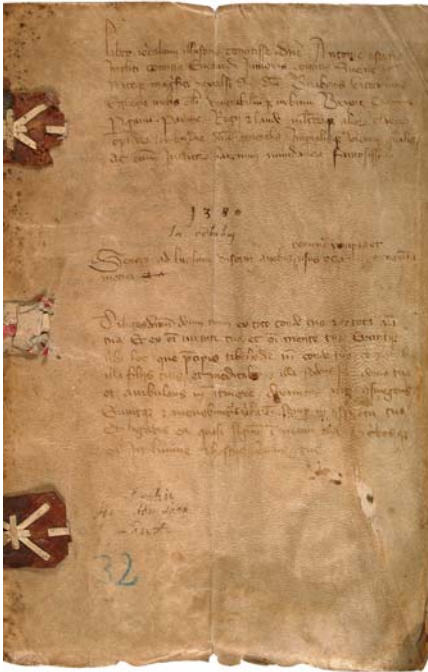
Als Antonia im Oktober 1380 als Braut über die Alpen zog, brachte sie eine Mitgift im Wert von 70 000 Goldgulden mit – wahrhaft ein Schatz, der nicht nur entsprechenden Glanz um die Braut

und ihre Familie verbreitete, sondern auch der württembergischen Herrschafts- und Wirtschaftspolitik willkommenen Spielraum schaffte. Der *Liber iocalium*, das Aussteuerverzeichnis, das Antonia mit sich führte, eröffnet einen überwältigenden Blick in ihren persönlichen Besitz, der von einem immensen Luxus, gerade in Hinblick auf Schmuck, Kleidung und Mode zeugt.

Antonia Visconti in Württemberg: Wie sich die aus dem reichen und kulturell hoch entwickelten Mailänder Hof kommende Visconti in der dagegen sicher provinziellen Stuttgarter Residenz der



Das Ausstellungsmotiv Dame mit Rosen und Edelsteinen aus dem Tacuinum Sanitatis der Verde Visconti, um 1370. Entwurf: Katharina Schmid, Kirchheim unter Teck



Das Aussteuerverzeichnis der Antonia Visconti, 1380.

Vorlage: Landesarchiv HStAS A 602 Nr. 32

Württemberg zurechtfinden, können wir nur ansatzweise erschließen. Antonia tritt jedenfalls in einigen zeitgenössischen Texten als tatkräftige Regentin auf, meist natürlich im Stuttgarter Umfeld ihres Mannes, aber auch mehrfach in Hinblick auf Bietigheim, das zu ihrem Wittum – dem von ihrem Mann für den Fall ihrer Wittenschaft überschriebenen Besitz – gehörte und dessen Entwicklung sie sehr unterstützte. Von Kontakten Antonias zu ihrer Familie nach Mailand erfahren wir nur sporadisch. Aber natürlich wird sie von der gewaltsamen Beseitigung ihres Vaters Bernabò durch ihren Cousin Gian Galeazzo 1385 ebenso erfahren haben, wie von dessen Erhebung zum ersten Mailänder Herzog 1395, womit die Herrschaft der Visconti in ihrer höchsten Blüte stand.

Der Ehe Antonias mit Eberhard III. entstammten zahlreiche Kinder, von denen allerdings nur Eberhard IV., der um 1388 geboren wurde, überlebte. Dieser

wurde 1397 mit Henriette von Mömpelgard verlobt und gewann damit die reiche Grafschaft an der Burgundischen Pforte für die Herrschaft Württemberg. Am 26. März 1405 starb Antonia Visconti als Gräfin von Württemberg im Alter von etwas über 40 Jahren in Stuttgart. Ihr ehemaliges Grab im Chor der Stiftskirche ist seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr erhalten, doch bot die Ausstrahlung ihrer Persönlichkeit den württembergischen Chronisten reichlich Anregung für langlebige Legenden.

Antonia Visconti gilt in mehrfacher Hinsicht als Exponentin der Hofkultur in Württemberg: Im Bereich der Musik, die am elterlichen Hof in Mailand besonders entwickelt war, werden vor allem die ersten Orgeln auf ihre Veranlassung zurückgeführt. Diese wurden um 1400 und kurz danach in der Stuttgarter Stiftskirche und der Bietigheimer Stadtkirche eingerichtet. Auch die Literatur am Stuttgarter Hof und die bildende Kunst wird sie gefördert haben, bedenkt man nicht nur ihre eigene Bildung und die Bücher, die sie mitbrachte, sondern auch ihre Kirchenstiftung in Bietigheim, wo sie sich auch plastisch darstellen ließ. Und schließlich finden wir in der *frow von Mailant garten*, wie er in den zeitgenössischen Quellen heißt, die wohl ursprüngliche Anlage eines Ziergar-



Wappen der Antonia Visconti in der sogenannten Mömpelgarder Genealogie, 1474.

Vorlage: Landesarchiv HStAS A 266 U 1



Darstellung der Antonia Visconti als Konsolbüste im Chor der Stadtkirche in Bietigheim, um 1400.

Reprovorlage: Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen

tens südlich des alten Schlosses wieder. Auch dieser berühmte Schlossgarten wird auf Antonias Initiative zurückgeführt – Antonia Visconti: ein bleibender Schatz im Hause Württemberg.

Die Ausstellung wird von zahlreichen wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen begleitet. Ausstellung und Begleitprogramm werden veranstaltet vom Landesarchiv Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv Stuttgart in Kooperation mit der Universität Tübingen – Institut für geschichtliche Landeskunde, der Università degli Studi di Milano, dem Archivio di Stato di Milano, dem Istituto Italiano di Cultura in Stuttgart, dem Europahaus Stuttgart, der Stadt Bietigheim-Bissingen und der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Baden-Württemberg. Die Ausstellung und der Begleitkatalog sind zweisprachig deutsch-italienisch gestaltet. Das Begleitprogramm *Lombardischer Herbst in und um Stuttgart* ist als Leporello beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart und beim Italienischen Kulturinstitut Stuttgart erhältlich. Ab Ende März 2006 wird die Ausstellung für zwei bis drei Monate auch im Castello Sforzesco in Mailand zu sehen sein ■ Peter Rückert



Der preußische Adler, Entwurf für das Fenster in der südlichen Giebelwand des Realgymnasiums in Hechingen, kolorierte Zeichnung, 1906.

Vorlage: Landesarchiv StAS Ho 301 T 2 Nr. 180

Ausstellung *Alte Pläne neu im Blick* im Staatsarchiv Sigmaringen

Vom 13. Oktober bis 23. Dezember 2005 zeigt das Staatsarchiv Sigmaringen unter dem Titel *Alte Pläne neu im Blick – Hohenzollern in historischen Plänen des 19. und 20. Jahrhunderts* eine Ausstellung mit Plänen aus den verschiedenen Teilen der Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen beziehungsweise des preußischen Regierungsbezirks Hohenzollern. Die meist kolorierten Ansichten, Grund- und Aufrisse, die mit viel Liebe zum Detail angefertigt wurden, stammen zum Teil aus der Feder so bedeutender Architekten wie der des Landes- und Hofbaumeisters Josef Laur (1817–1886) oder des Fürstlich Hohenzollernschen Hofbaurats Johannes de Pay (1844–1899).

Zahlreiche Pläne von Gebäuden in Sigmaringen und Hechingen dokumentieren eine rege Bautätigkeit in den beiden Städten in den vergangenen beiden Jahrhunderten. So bestreiten aus Sigmaringen beispielsweise das Schloss, das Hoftheater und der Prinzenbau, in dem sich heute das Staatsarchiv Sigmaringen befindet, Teile der Ausstellung. Baumaßnahmen in Hechingen werden unter anderem durch Pläne des Realgymnasiums sowie der evangelischen Kirche illustriert. Doch auch andere Orte in Hohenzollern werden in der Ausstellung berücksichtigt. Zu sehen sind zum Beispiel die Schlösser Straßberg und Hohenfels, das Kloster Beuron, der Wehrturm in Trochtelfingen, der Bahnhof in Krauchenwies, das Amtsgericht Gammeringen sowie das Kloster Wald.

Darüber hinaus bietet die Ausstellung einen Einblick in die Problematik der

Erhaltung und Lagerung großformatiger Archivalien. Am Beispiel der Überlieferung des Preußischen Staatshochbauamts Sigmaringen (Bestand Ho 301), dessen Pläne bislang nur unzureichend verpackt waren, werden Restaurierungs- und Verpackungsmaßnahmen zur Sicherung des Bestands aufgezeigt, die im Rahmen des Landesrestaurierungsprogramms im Jahr 2005 vorgenommen wurden. So wurden beispielsweise zahlreiche Risse geschlossen. Anschließend erfolgte die Verpackung der gereinigten

und geglätteten Pläne in säurefreie Kartonnagen. Im Zuge von Retrokonversionsmaßnahmen wurde zudem das 1965 maschinenschriftlich erstellte Findbuch dieses Bestands überarbeitet, das mittlerweile in Form eines Onlinefindbuchs im Internet nutzbar ist.

Nach der Präsentation in Sigmaringen wird die Ausstellung von März bis Mai 2006 im Hohenzollerischen Landesmuseum in Hechingen zu sehen sein ■
Corinna Knobloch



Das Realgymnasium in Hechingen von Norden, Aquarell, 1906.

Vorlage: Landesarchiv StAS Ho 301 T 2 Nr. 166



Eröffnung der Ausstellung *Fürstliche Weinwirtschaft* in der Sparkasse Hohenlohekreis in Öhringen.

Aufnahme: Karin Wohlschlegel M. A., Künzelsau

Fürstliche Weinwirtschaft

Eine Ausstellung des Hohenlohe-Zentralarchivs

Wie kocht man eine Weinsuppe? Welche Heilwirkungen sprach man dem Wein zu? Wie viel Wein bekam ein hoheloherischer Beamter zur Besoldung? Wie groß konnten alte hoheloherische Weinfässer sein? Welche Abgaben hatte ein Weinbauer vom Ertrag seines Weins an die Herrschaft abzugeben?

Diese Fragen führen mitten in die Geschichte des Weinbaus, der in Hohenlohe schon sehr früh nachweisbar ist. Das älteste Dokument des Hohenlohe-Zentralarchivs Neuenstein, der Öhringer Stiftungsbrief von 1037, belegt bereits Weinbau in der Region. Die fast 1000-jährige Weinbautradition hinterließ in den Archivalien des Hohenlohe-Zentralarchivs reichhaltige Spuren. Es gibt nicht nur einschlägige Bestände wie den Bestand *Schlosskellerei Öhringen*, der gerade bearbeitet wird. Darüber hinaus weisen einzelne Archivalieneinheiten explizit auf den Weinbau hin und ihre thematische Relevanz wird schon in der Titelaufnahme des Findbuchs erkennbar. Beispielsweise führten die hoheloherischen Domänenkanzleien bis in die heutige Zeit Betreffakten über den Weinbau und die Weinnutzung. Auch sind Jahrzehnte überspannende Herbst- und Weinrechnungen überliefert.

Oft findet man aber gerade in Archivalien, die auf den ersten Blick überhaupt

nichts mit Wein zu tun haben, überraschende Informationen. Das Rezept für eine Weinsuppe erfährt man zum Beispiel aus einem allgemeinen Koch- und Backrezeptbuch des 18. Jahrhunderts. Ein Kräuterbuch verrät an versteckter Stelle die im 16. Jahrhundert bekannten oder vermuteten Heilwirkungen der Weinrebe, des Rebenwassers und des Reblaubwassers. Ein Dienerbesoldungsbuch des 17. Jahrhunderts führt für alle Bediensteten einer hoheloherischen Herrschaft die Besoldungsansprüche auf: Der hoheloher-kirchbergische Rat und Kammersekretär Johann Georg Rößle erhielt demnach jährlich immerhin 1 1/2 Fuder Wein nach *Taubereich*. Das entspricht etwa 1500 Liter Wein. Das Inventar der Schlosskellerei Langenburg führt Jahr für Jahr alle benutzten Weinfässer des fürstlichen Kellers mit Angabe des Fassungsvermögens auf. Die großen Fässer in Pfeldbach und Öhringen sind glücklicherweise erhalten, sodass man auch einen optischen Eindruck von ihrer Größe erhalten kann. Die Herbstrechnungen weisen Jahr für Jahr die von den einzelnen Bauern der Herrschaft gekelterte Weinmenge nach, ebenso die Abgaben wie Zehnt und Windwein, die sie der Herrschaft beim Kellern überlassen mussten. Was die Herrschaft – nicht nur an Wein – von ihren Untertanen fordern konnte, ist in

dicken Gült- und Lagerbüchern festgehalten, die im Hohenlohe-Zentralarchiv viele Regalmeter füllen.

Historische Karten, handgezeichnet oder gedruckt, sind reizvolle Quellen, die man zunächst nicht mit Weinbau in Verbindung bringt, die aber bei genauem Hinsehen interessante Details zu diesem Thema erkennen lassen. Die Karte des Kartografen Johann Karl Schapuzet von Hohenlohe aus dem Jahr 1748 lässt in der Legende das hoheloherische Wappen von Weinreben umranken, eine feine Anspielung auf das Weinland Hohenlohe. Es gibt historische Karten, die detailliert die Nutzung einer Gemeindeflur kartografisch beschreiben und dabei auch die Weinflächen sowie Zahl und Lager der Keltern wiedergeben. Auch die Vermessung von Weinbergen hat ihren kartografischen Niederschlag gefunden.

Fürstliche Weinwirtschaft war der Titel einer Ausstellung, die das Hohenlohe-Zentralarchiv in Zusammenarbeit mit dem Hohenloher Kultursommer im Sommer in der Sparkasse Hohenlohekreis in Öhringen zeigte. Interessante Archivalien gab es – wie oben geschildert – zu diesem Thema genug. Um nicht zu sehr in eine *Flachwarenausstellung* abzugleiten, war die Zusammenarbeit mit einschlägigen Museen in der Region erforderlich. Sie halfen bereitwillig mit dreidimensionalen Ausstellungsstücken aus. Das Weygang-Museum in Öhringen lieferte zahlreiche Trinkgefäße, die durch ihre reichhaltige Dekoration und oft künstlerische Gestaltung die Trinkkultur etwa in der studentischen Verbindung, in der Zunft, im städtischen Rat oder auch in der Liturgie (Messkelch) im Hohenloherischen veranschaulichen. Das Weinmuseum im Ingelfinger Fass lieferte zahlreiche Gerätschaften aus dem Weinberg, die von der Rebenschere bis hin zur waschmaschinen-großen (Klein-)Kelter von 1790 reichten. Auch alte Fotos von der Weinlese vermittelten eine anschauliche Vorstellung von der Weinproduktion in alter Zeit.

Mit der vom Hohenlohe-Zentralarchiv konzipierten und mit vielen Leihgaben ausgestatteten Ausstellung bearbeiteten fünf hoheloherische Institutionen ein Thema, das den Charakter der Region wesentlich bestimmt: Denn der Weinbau mit seiner 1000-jährigen Tradition prägte nicht nur das alte Hohenlohe in historischer Zeit, sondern drückt der Region auch heute noch seinen Stempel auf ■
Peter Schiffer

7. Karlsruher Museumsnacht am 6. August 2005

Großes Besucherinteresse für die Kurpfälzische Rheinstromkarte von 1590

Seit der 1. Karlsruher Museumsnacht im Jahr 1999 hat sich das Generallandesarchiv Karlsruhe stets mit gutem Publikumserfolg in dieses kulturelle Großereignis der Stadt Karlsruhe eingebracht. Unter dem Obertitel *Kultur bewegt* widmete es sich in der Nacht vom 6. zum 7. August 2005 von 18 bis ein Uhr der Geschichte des Wassers. Wieder nahezu 1000 Besucher fühlten sich durch das vielschichtige Programm angezogen, das vom Bodensee bis zum Oberrhein, vom Mittelalter bis in die Gegenwart reichte: Ohne Wasser gibt es kein Leben. Wasser ist Natur, der Umgang mit ihm aber eine kulturelle Leistung. Wasser ist vieles zugleich: unverzichtbares Lebensmittel für Menschen, Tiere und Pflanzen, leicht verfügbare Energiequelle für Mühlen und Fabriken sowie Transportmittel für Flöße und Schiffe. Zugleich ist das Wasser aber auch eine kaum zu zähmende Naturgewalt, die unverhofft zur existenziellen Bedrohung werden kann. Die Kultur des Wassers ist ein Teil unserer Geschichte, die wie vieles andere auch im Gedächtnis der Archive gespeichert wird.

Hauptattraktion des Abends war unzweifelhaft die Kurpfälzische Rheinstromkarte von 1590. Die noch niemals vollständig im Original präsentierte zwölf Meter lange Karte über die Geleitrechte auf dem Oberrhein ist eines der wertvollsten Objekte im Generallandesarchiv. Sie zeigt das Leben an und auf dem Fluss zwischen Beinheim und Philippsburg am Ende des 16. Jahrhunderts (<http://www.landesarchiv-bw.de/praesmodelle/fricke5/rhein.htm>).

Umspielt wurde das Thema Wasser durch Ausstellungen und Führungen über Kanalprojekte von Friedrich Weinbrenner, Energiegewinnung am Hochrhein und die Schifffahrt auf dem Bodensee. In der allgemeinen Magazinführung selbst wurden Urkunden, Akten, Stadtansichten, Karten und Fotos zur Geschichte der Mühlen, über die Abwasserbeseitigung, die Zerstörungskraft des Rheins sowie die Karlsruher Brunnen vom 12. bis zum 20. Jahrhundert vorgestellt. Kinder und Erwachsene konnten sich beim Papierschnäppchen erproben und wurden in die Welt der Wasserzeichen eingeführt. Das Antiquariat hielt manches Schnäppchen für kulturinteressierte Leser bereit. Möglichkeiten zum Essen und Trinken gab es außerhalb des Archivs, genauer im romantischen Innenhof des Generallandesarchivs. Die auch im siebten Jahr seines Bestehens nicht erlahmende Besuchergunst demonstrierte noch einmal deutlich, wie ausgezeichnet das Generallandesarchiv Karlsruhe in Stadt und Region verankert ist und wie sehr sein an-

spruchsvolles Informationsangebot vom Publikum angenommen wird.

Der große Andrang auf die Rheinstromkarte am 6. August 2005 sowie das reiche Medienecho in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen (SWR) veranlasste das Generallandesarchiv, am 10.–12. August 2005 nochmals drei Sonderführungen für die interessierte Öffentlichkeit an-

zubieten. Diese seltene Gelegenheit wurde wiederum von 192 Besuchern genutzt, womit sich die Zahl der Betrachter auf rund 800 erhöhte. Die Karte selbst ist für eine grundlegende Restaurierung im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg vorgesehen ■
Rainer Brüning

Dichter im Leben

Eine Lange Nacht im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Eine *Nacht der Dichter* feierte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart mit mehreren tausend Besuchern im Rahmen der *Langen Nacht der Museen* am 19. März 2005 in Stuttgart. Über 25 000 Kulturfreunde waren an diesem Abend teilweise bis weit nach Mitternacht unterwegs, um die kulturellen Angebote in der Stadt ausgiebig erleben zu können.

Das Programm des Hauptstaatsarchivs war anlässlich des *Schillerjahrs* ganz auf Dichtkunst und literarische Kultur im deutschen Südwesten eingestellt: Unter dem Titel *Dichter im Leben. Biographische Zeugnisse südwestdeutscher Literaten aus neun Jahrhunderten* standen die schwäbischen Dichturfürsten im Mittelpunkt einer Ausstellung. Ihr Leben und Wirken wurde hier anhand authentischer Zeugnisse beispielhaft vorgestellt – von den Minnesängern des Mittelalters bis zu modernen Literaten. Natürlich spielte Friedrich Schiller dabei eine zentrale Rolle. Pausenlose Führungen boten einen Einblick in das persönliche Umfeld der prominenten Dichter und in ihr *normales* Leben. In der neu eröffneten Ständigen Ausstellung waren ebenfalls Spuren von Literaten sowie zentrale Dokumente aus der württembergischen Geschichte zu sehen.

Auch das musikalische Programm des Abends stand für die literarische Kultur des Schwabenlands: Christof Altmann und seine Band, bekannt für schwäbischen Blues, Road-Songs und Chansons, boten mit ihrem erdigen *Nesenbach Delta Blues* musikalisch-kabarettistische Betrachtungen zu schwäbischen Eigenheiten. Diesen entsprach das kulinarische Angebot: Maultaschen, Leberkäse und andere schwäbische Delikatessen wurden zu einheimischen *Dichterweinen* gereicht; auch hier waren Schiller, Hegel und Kerner geistreich vertreten ■ *Peter Rückert*



Poetischer Nesenbach Delta Blues im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.
Aufnahme: Landesarchiv HStAS

Auf Spurensuche in Dokumenten der NS-Zeit

Schüler des Neuen Gymnasiums Feuerbach im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Im Juni waren die Plätze im Lesesaal des Hauptstaatsarchivs überdurchschnittlich begehrt: 26 Schülerinnen und drei Schüler des Neuen Gymnasiums Feuerbach forschten hier wie *richtige Historiker*.

Begonnen hatte alles im Geschichtsunterricht der Klasse 10a. Um den Lehrstoff zum Thema *Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit* anschaulicher und lebendiger zu gestalten, setzte sich die Geschichtslehrerin, Frau Gertraud Lücke, mit dem Hauptstaatsarchiv in Verbindung, um ein gemeinsames Archivprojekt zu verwirklichen. Bei zwei Besuchen der gesamten Klasse im Hauptstaatsarchiv bekamen Frau Lücke und die Schüler einen Einblick in die Funktionsweise eines Archivs und die Tätigkeiten eines Archivars. Anhand des damaligen Archivales des Monats Mai *Besetzt – Befreit. Dokumente zum Kriegsende 1945* erhielten die Mädchen und Jungen eine Einführung in das Thema, zudem wurden einige Möglichkeiten der Aufbereitung von Archivgut erläutert. Nach diesem ersten Herantasten wurden elf Themen ausgewählt, die in Kleingruppen von jeweils zwei bis drei Schülern bearbeitet werden sollten. Dabei wurden sowohl die Wünsche der Schüler als auch die archivische Überlieferungslage berücksichtigt. Folgende Themen wurden vergeben:

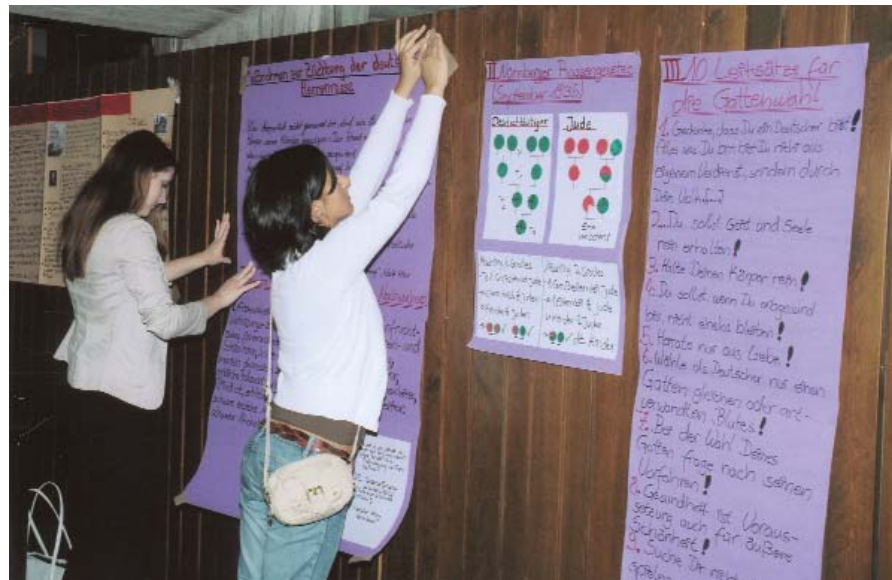
- Karrieren von NS-Politikern am Beispiel von Dr. Oswald Lehnich und Dr. Jonathan Schmid,
- Widerstand am Beispiel von Eugen Bolz,
- Deportation von Stuttgarter Juden,
- Gesundheitswesen und Rassenhygiene im Dritten Reich,
- Bombardierung Stuttgarts,
- Stuttgarter Schulen in der NS-Zeit,
- Kinderlandverschickung, Hooverschulspeisung,
- Lebensumstände in der Nachkriegszeit (Lebensmittelversorgung, Flüchtlinge),
- Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau,
- Gnadenakten des Ministeriums für politische Befreiung,
- Einzelfallakten des Justizministeriums Württemberg-Baden, Gnadenausschuss für Paroleverfahren (der Fall Siegfried Kabus).

Bei der exemplarischen Auswahl von etwa vier Akten pro Thema wurde vor allem auf die Ministerialbestände und einzelne Nachlässe zurückgegriffen. So konnte den Schülern neben einigen per-

sönlichen Dokumenten auch der wichtige politische und gesetzliche Rahmen aufgezeigt werden, der durch die ministerielle Überlieferung beleuchtet wird. Die Arbeit mit primären Quellen war für alle Jugendlichen neu und fiel den meisten zunächst nicht leicht. Trotz dieser anfänglichen Schwierigkeiten wurden schon in kürzester Zeit in jedem Einzelnen die Neugier und der Ehrgeiz geweckt, sich durch Verordnungen, Erlasse, Berichte, Protokolle und anderes *trockenes* Schriftgut zu kämpfen. Die Schüler erhielten Tipps und Hinweise, arbeiteten aber zum großen Teil selbstständig. Einige Schüler untermauerten ihre Erkenntnisse, die sie anhand der Originaldokumente gewinnen konnten, mithilfe anderer Überlieferungsformen: Sie befragten Zeitzeugen oder besuchten historische Orte und Denkmale, wie zum Beispiel die Bolzbüste im Landtagsgebäude.

Nach getaner Forschungsarbeit im Archiv galt es für die Schüler, ihre Erkenntnisse auszuwerten und in Form einer kleinen Wandzeitung im Rahmen des Geschichtsunterrichts darzustellen. Da natürlich auch das Hauptstaatsarchiv an den Arbeitsergebnissen interessiert war, begab sich Frau Lücke mit ihren Schülern kurz vor den Sommerferien er-

neut ins Hauptstaatsarchiv. Die Plakate wurden im Lesesaal aufgehängt und von den einzelnen Gruppen in kurzen Referaten erläutert. Dieser gelungenen Präsentation folgte zum Abschluss ein Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Die Rückmeldungen der Schüler waren trotz des hohen Zeitaufwands, den jeder Einzelne in diese Arbeit investierte, sehr positiv. Die meisten waren beeindruckt und empfanden die Forschungsarbeiten im Archiv als eine wertvolle und gelungene Abwechslung zum Unterricht. Eine Schülerin sprach sogar von einem *Kribbeln*, das sie beim Lesen der Originaldokumente empfand. Ein weiterer Aspekt, der die Jugendlichen faszinierte, war der Unterschied zwischen einem Lehrbuch und der im Gegensatz dazu nicht aufbereiteten Geschichte, wie sie in Archiven zu finden ist. Für das Hauptstaatsarchiv war diese positive Rückmeldung eine Bestätigung, im Bereich der Archivpädagogik auf dem richtigen Weg zu sein. Der intensive Arbeitsaufwand durch Vorbereitung und Betreuung hatte sich für alle Beteiligten gelohnt. Die für dieses archivpädagogische Projekt ausgewählten Archivalien können künftig weiteren Schulklassen, die den *außerschulischen Lernort Archiv* nutzen wollen, vorgelegt werden ■ Anja Adelt



Schülerinnen des Neuen Gymnasiums Feuerbach bei der Präsentation ihrer Arbeitsergebnisse.

Aufnahme: Landesarchiv HStAS

Vom Kindergarten ins Generallandesarchiv

Seit langem steht das Generallandesarchiv Karlsruhe für Schüler aller Schularten und Altersstufen offen. Ihnen werden jeweils auf ihre Möglichkeiten abgestimmte allgemeine oder thematische Führungen angeboten. Schüler bearbeiten zusammen mit ihren Lehrern engagiert eigene Fragestellungen, präsentieren ihre Ergebnisse in ihren Schulen und Heimatorten, nehmen erfolgreich am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (Körber-Stiftung) und der vom Generallandesarchiv bereits im Jahr 2000 ins Leben gerufenen jährlichen Karlsruher Tagung für Archivpädagogik teil.

Im steten Bemühen, sein Informationsangebot für die Öffentlichkeit noch attraktiver zu gestalten, hat das Generallandesarchiv nunmehr erneut archivpädagogisches Neuland betreten. Am 26. Juli 2005 war zum ersten Mal eine Gruppe von 18 Vorschulkindern im Alter von sechs Jahren aus einem Karlsruher Kindergarten im Dienstgebäude an der Nördlichen Hildapromenade zu Gast. Im Foyer wurden sie und ihre Erzieherinnen nicht nur vom zuständigen Archivar, sondern auch von einem schwarzen Spielzeugritter empfangen, der als Führer für eine kleine Zeitreise fungierte. Diese begann nach einem spielerischen Gespräch, das sich um die Bedeutung von Zeit und Erinnerung sowie Sinn und Zweck des Lesen- und Schreibenlernens drehte, vor einem Bild Friedrichs des Siegreichen von der Pfalz und führte durch die Schatzkammer des Magazins in ein altertümliches Arbeitszimmer, in dem die Kinder zwei mittelalterliche Kaiserurkunden – selbstverständlich als Faksimile – *begreifen* konnten. Von hier ging es zu einer Vorführung in die Restaurierungswerkstatt, in der die Anstrengungen deutlich gemacht wurden, die zum Erhalt der Originale notwendig sind. Für Staunen sorgte dabei der Abguss eines Siegels aus dem Jahr 1300, das den jungen Markgrafen Rudolph IV. von Baden als gepanzerten Ritter auf seinem Streitross präsentiert. Besonders groß war die Freude bei den Kindern, als am Ende der Veranstaltung jedes von ihnen einen Wachssiegelabguss zur Erinnerung an einen ungewöhnlichen Kindertag mit nach Hause nehmen durfte. Die wunderbare Begeisterungsfähigkeit der Kinder wirkte auf alle Beteiligten bei diesem *mausverdächtigen* Unternehmen geradezu ansteckend. Das Generallandesarchiv wird daher mit Engagement auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren ■ *Rainer Brüning*



Die Kinder beim Verlassen des Generallandesarchivs Karlsruhe.
Aufnahme: Landesarchiv GLAK

Internationale Jugendliche auf den Spuren der Geschichte

Organisiert vom Stadtjugendring Stuttgart, bewegt ein lebhafter Austausch junger Menschen, von Schülern und Jugendlichen, die junge Szene der Stadt. Diesem gemeinsamen Austausch fühlen sich nicht nur die zehn internationalen Partnerstädte von Stuttgart und benachbarte Länder und Regionen verpflichtet, das Publikum, die Veranstaltungen und die Themen der Austauschprogramme werden ständig ausgebaut und differenziert.

Seit mehreren Monaten beteiligt sich auch das Hauptstaatsarchiv Stuttgart aktiv am kulturellen Programm, das den Jugendlichen während ihres Aufenthalts in Stuttgart angeboten wird. Meist sind es *Suchspiele*, die diese anhand von Fragebögen durch die Stadt führen und damit Stuttgart *spielerisch* näher bringen: Wo liegt der Grundstein der *Stuttgarter Kulturmeile*? Welche Institutionen sind darauf verzeichnet? – Solche Fragen führen die Jugendlichen meist in Gruppen von

sechs bis zehn Personen ins Hauptstaatsarchiv, wo der gesuchte Grundstein als Replik bereits im Foyer zu sehen ist. Das Original liegt hier bekanntlich drei Stockwerke tiefer und wird dann auf Wunsch natürlich auch gezeigt.

Für die meist englischsprachigen jungen Leute ist bereits die Kontaktaufnahme vor Ort eine spannende Sache, eine Herausforderung für die Sprachkenntnisse und vermittelt in unserem Fall oft den ersten Eindruck von einem Archiv. So war es auch bei den Schülern aus der englischen Partnerstadt St. Helens oder der Gruppe eritreischer Jugendlicher, die im Rahmen eines mehrwöchigen Stuttgartaufenthalts im Juli das Hauptstaatsarchiv besuchten. Mehr noch als der Grundstein allerdings faszinierten die langen Fluchten der Magazine und der Blick auf die Regale, gefüllt mit den Dokumenten zum gemeinsamen kulturellen Gedächtnis ■ *Peter Rückert*

Alte Akten in der Zeitung, neue Nutzer im Archiv Drei Kooperationsprojekte des Staatsarchivs Ludwigsburg

Kein Hitlergruß im Orchestergraben, Der Tod lauert auf dem Wanderparkplatz, Heiße Informationen aus dem Jenseits – wie schön können doch die Geschichten betitelt werden, die ihren Weg aus den Magazinen der Archive in eine Tageszeitung gefunden haben. Gleich drei Serien berichten derzeit über historische Nachrichten aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg. Die Stuttgarter Zeitung bereitet in wöchentlicher Folge einzelne Spruchkammerverfahren auf, die ab 1946 im Zuge der Entnazifizierung geführt wurden, die Ludwigsburger Kreiszeitung informiert ebenfalls wöchentlich über historische Mordfälle aus dem Raum Ludwigsburg, und die Gaildorfer Rundschau druckt Berichte über allerhand Merkwürdigkeiten, die sich unter den Erbschenken von Limpurg ereignet haben.

Es sind offenbar die Geschichten und die ihnen zugrunde liegenden Themen, die eine Tageszeitung dazu veranlassen, neben den neuesten Neuigkeiten auch längst Vergangenes in ihr Blatt aufzunehmen. Dass sich über Verbrechen hervorragend Geschichten erzählen lassen, muss nicht eigens erwähnt werden. Zu diesem Unterhaltungsaspekt kommt bei dem Thema *Nationalsozialismus* auch noch ein Informationswert hinzu, sprechen die Spruchkammerakten viele Leserinnen und Leser doch ganz unmittelbar an. Die Geschichte der Stadt Gaildorf war schließlich geprägt durch die Erbschenken von Limpurg, sodass auch hier eine unmittelbare Verbindung zwischen der lokalen Leserschaft und dem Sujet gegeben ist. Schatzgräbergeschichten, Rosenkriege und eine kleine Zusammenstellung einst gebräuchlicher Flüche bieten zudem einen lebendigen Auszug aus den Archivalien.

Vom Unterhaltungs- und Informationswert stellen Archive für Zeitungen offenbar eine ergiebige Fundgrube dar. Dennoch ist die Zahl der auf Archivalien basierenden Zeitungsserien ebenso überschaubar wie die Zahl der Journalisten, die aus eigenem Antrieb in die Lesesäle kommen, um dort zu recherchieren. Alle drei Serien gehen denn auch auf ein Kooperationsprojekt mit dem Staatsarchiv Ludwigsburg zurück. Archiv und Tageszeitung teilten sich die Arbeit an dem Brückenschlag, der vor einer Veröffentlichung geleistet werden muss. Zunächst sind die Archive selbst am besten dazu in der Lage, serienträchtige Themen ausfindig zu machen und die in Frage kommenden Archivalien zu ermitteln. Zahl und Umfang der Quellen sollten überschaubar und am besten maschinenschriftlich sein, sodass die Aufbereitung der einzelnen Fälle rasch erfolgen kann. Sehr gut eig-

nen sich dafür Gerichtsakten. Sie sind zunächst formal begrenzt und intern gut strukturiert, auch lassen sich die wesentlichen Informationen schnell aus dem Urteil ablesen. Etwas aufwendiger wäre die Recherche nach den Limpurger Merkwürdigkeiten gewesen, wenn sie nicht schon während der Erschließungsarbeiten am Bestand B 114 *Limpurg-Gaildorf-Solms-Assenheim, Herrschaft* aufgefallen wären. Die Artikel schrieb denn auch der verzeichnende Archivar selbst, ein vertretbarer Aufwand, zumal die einzelnen Geschichten bereits für die öffentliche Präsentation des Findbuchs aufbereitet waren.

Die beiden anderen Serien wurden von ausgebildeten Journalisten verfasst. Wenige Tage nach der Veröffentlichung erhält das Staatsarchiv Ludwigsburg die Ausgangsdateien zur Einstellung in sein Internetangebot. Es bekommt damit als ein Ergebnis der Kooperation professionelle Texte und Bilder und macht sie über den Tag der Erstveröffentlichung hinaus zugänglich. Die Internetartikel über die Spruchkammerverfahren und auch über die Mordfälle wurden zusätzlich noch mit Scans von einschlägigen Dokumenten versehen, die dem Nutzer weitergehende Informationen zu diesen Fällen und vor allem eine Ahnung dessen bieten, was ihn im Archiv alles erwarten könnte.

Der Mehrwert durch die angereicherte Veröffentlichung im Internet ist aber nur ein Grund, weshalb sich derartige Kooperationsprojekte auch aus Sicht der Archive lohnen können. Zunächst wird der Bekanntheitsgrad des Archivs durch eine Publikation in einer Tageszeitung er-

heblich mehr gesteigert als durch eine noch so fundierte Fachveröffentlichung. Serien bieten neben einzelnen, sich auf nur einen Fall konzentrierenden Berichten auch die Möglichkeit, in einem einführenden Artikel Grundsätzliches zu dem gewählten Thema mitzuteilen, und sie bringen durch die wöchentliche Abfolge der Artikel das Archiv immer wieder in Erinnerung. Immerhin erschienen bis Anfang August acht Ausgaben der Spruchkammerserie, 15 Artikel der Mordserie und 14 Nachrichten aus der limpurgischen Vergangenheit. Jeder Artikel kann als eine Einladung ins Archiv verstanden werden. Dass die mit der Publikation verbundenen Ziele des Archivs auch erreicht werden, zeigt sich in der unmittelbar gesteigerten Nutzung der Spruchkammerakten. Seit Beginn dieser Serie verzeichnet das Staatsarchiv Ludwigsburg wöchentlich etwa zehn Anrufe; häufig berichten die Anrufer, dass sie erst durch die Serie von der Existenz dieser Akten und der Möglichkeit ihrer Nutzung erfahren hätten. Daneben werden aber auch Führungen verstärkt nachgefragt. Bislang konnte 96 Personen in zwölf Gruppen im Rahmen einer *Mordführung* das Staatsarchiv Ludwigsburg gezeigt werden. Es versteht sich schließlich von selbst, dass sich die Staatsarchive mit einem großen Sprengel besonders um die Präsenz in der Fläche (Stichwort Gaildorf) bemühen sollten.

Für das Staatsarchiv und die Zeitungen, die Leser und die Nutzer waren die Serien eine rundum gelungene Angelegenheit. Und für die Journalisten? Sie berichten von *Zeitreisen* im Lesesaal und der anschließenden Rückkehr in das hektische Tagesgeschäft, vergleichbar mit dem Ende der Stille und Schwerelosigkeit nach einem längeren Tauchgang. Negative Urteile hören sich anders an. ■
Christian Keitel



Besuch aus Amerika

Ein nicht alltägliches Ereignis im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein

Der 10. Januar 2005, ein Montag, war für das Hohenlohe-Zentralarchiv ein besonderer Tag. Im kleinen Lesesaal mit seinen vier Nutzerplätzen saßen drei Nutzer aus den Vereinigten Staaten. Einer kam aus New York, ein anderer aus Illinois und der Dritte aus Florida. Sie hatten vom amerikanischen Kontinent kommend ins Hohenlohische gefunden und suchten dessen Archiv für familienkundliche Recherchen auf. Es waren Vater und Sohn und ein Vetter, amerikanische Juden, die im Hohenlohe-Zentralarchiv nach Spuren ihrer Ahnen, der Familien Stern aus Nagsberg und Bauer aus Ernsbach, suchten.

Die Reise war gründlich vorbereitet. Der Vater kannte die Region bereits durch seine beruflichen Kontakte und war mehr-

fach in Hohenlohe gewesen. Aus der Ferne hatten die Amerikaner Experten in der Region ausfindig gemacht, waren mit ihnen frühzeitig in Verbindung getreten und hatten über diese auch Kontakte mit den Archiven geknüpft. Über das Studium der Akten hinaus wollten die Amerikaner auch die Wirkungsstätten ihrer Vorfahren in Augenschein nehmen, die Orte, in denen sie gelebt hatten, die Häuser, in denen sie gewohnt hatten, und die Friedhöfe, auf denen sie bestattet sind. Dabei waren die ortskundigen Experten hilfreich. Durch E-Mails war schon frühzeitig das Hohenlohe-Zentralarchiv in die Planung einbezogen worden, sodass im Vorfeld die relevanten Quellen ermittelt werden konnten. Bei der Ankunft der Gäste lagen sie schon alle im Neuensteiner

Schloss zur Nutzung bereit. Angesichts des umfangreichen Programms blieb den Gästen ja nicht allzu viel Zeit für die Auswertung.

Das Hohenlohe-Zentralarchiv erwies sich als einschlägig für die Juden aus Emsbach (heute Gemeinde Forchtenberg, Hohenlohekreis), von wo die Familie Bauer stammt. Entgegen dem hausgesetzlichen Verbot für die Hohenlohe von 1511 hatte hier im 17. Jahrhundert Graf Wolfgang Julius von Hohenlohe-Neuenstein-Neuenstein Juden angesiedelt und damit die Grundlage für eine jüdische Gemeinde über Generationen hinweg gelegt, der wegen des Ansiedlungsverbots Ausnahmecharakter zukommt. Im Neuensteiner Archiv sind eine Vielzahl von Quellen zu den Ernsbacher Juden und ihren Lebensverhältnissen vorhanden. Für die Amerikaner waren vor allem die Schutzbriefe interessant. Für den Schutz der Juden stellten die Hohenlohe als Landesherren schmuckvolle Briefe aus, die für jeden einzelnen Juden das besondere Schutzverhältnis nachweisen. Der Landesherr erhielt für die Ausstellung des Briefs und auch für den Schutz von seinen Schützlingen eine besondere Abgabe. Ein Stammnutzer des Hohenlohe-Zentralarchivs, der seit Jahren über die Ernsbacher Juden Quellen recherchiert und erforscht, unterstützte die Amerikaner am 10. Januar fachlich und half auch beim Verständnis der Quellen in sprachlicher Hinsicht.

Der 10. Januar ist also eine besondere Erwähnung wert. Er zeigte, dass die im Neuensteiner Schloss verwahren Quellen nicht nur für die engere Region bedeutsam sind, sondern auch für von weit her angereiste Nutzer bereitgestellt und verfügbar gemacht werden. ■ Peter Schiffer



Die amerikanischen Besucher auf dem Judenfriedhof in Berlichingen bei der Suche nach Spuren ihrer Vorfahren.

Aufnahme: Stefan Kraut, Künzelsau

Ein-Euro-Jobs im Staatsarchiv Ludwigsburg

Seit November 2004 arbeiten im Staatsarchiv Ludwigsburg im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung so genannte Ein-Euro-Jobber. Diese Zusatzkräfte werden auch dringend gebraucht, denn in den Magazinen des Archivs lagern immerhin knapp 20 Regalkilometer Altbestände, die nicht oder nur unzureichend erschlossen und konserviert sind. Dazu kommen aufgrund der Verwaltungsstrukturreform deutlich mehr Aktenzugänge als in früheren Jahren. Diese müssen ebenfalls nach modernem fachlichem Standard konserviert und zum Teil auch entmetallisiert

werden, will man sie vor dem Zahn der Zeit bewahren. Darüber hinaus existiert eine große Zahl von Findmitteln, die in Datenbanken erfasst und als Onlinefindhilfen, die über das Internetangebot des Landesarchivs der Öffentlichkeit zugänglich sein sollen, aufbereitet werden müssen.

Dies bedeutet jede Menge Arbeit, die von den *normal* Angestellten nicht allein zu bewältigen ist. Deshalb wurden im November vergangenen Jahres auf Antrag des Staatsarchivs Ludwigsburg und mit Bewilligung der für den Landkreis Ludwigsburg zuständigen Arbeitsgemein-

schaft Arbeitslosengeld II, kurz Arge Alg II, vier Ein-Euro-Jobber für ein Jahr befristet im Archiv eingestellt. Zu dem damaligen Zeitpunkt befand sich die Einrichtung dieser Arbeitsgelegenheiten noch in der Testphase, doch aufgrund der positiven Erfahrungen mit den neuen Mitarbeitern wurden in diesem Jahr weitere 21 Stellen eingerichtet, von denen 19 bereits besetzt sind. Zurzeit arbeiten also insgesamt 23 Alg-II-Empfänger als Zusatzkräfte im Staatsarchiv Ludwigsburg und im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut. Die Arge bezuschusst jeden der Ein-Euro-Jobber im Staatsar-

chiv für seine 80 Stunden inklusive zwei Tage Urlaub pro Monat mit 120 Euro sowie auf Nachweis mit weiteren knapp 50 Euro Fahrtkosten. Die Höhe der Entlohnung der etwa 500 Zusatzjobs im Landkreis Ludwigsburg kann jedoch, je nach dem in welcher Einrichtung die Zusatzkräfte arbeiten, zwischen ein bis zwei Euro pro Stunde schwanken. Des Weiteren wird bei der Bewilligung dieser Stellen streng auf die Gemeinnützigkeit und Zusatzlichkeit der durchzuführenden Arbeiten geachtet, um einer Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse vorzubeugen. Alle Arbeitsgelegenheiten, auch diejenigen, die zum Beispiel erst im Juni dieses Jahres geschaffen wurden, sind bis zum Jahresende 2005 befristet, damit sich niemand darin einrichtet, sondern sich weiterhin um einen *normalen* Job auf dem ersten Arbeitsmarkt bemüht.

Die Nachfrage nach den Ein-Euro-Jobs war sehr groß, sodass das Staatsarchiv, wenn sich eine entsprechend große Zahl von Arbeitsplätzen einrichten ließe, doppelt so viele Stellen vergeben könnte. Tatsächlich meldeten sich einige der bereits eingestellten Zusatzkräfte auf eigene Initiative im Archiv, als sie von den Arbeitsgelegenheiten hörten, bevor die Arge mit einem solchen Arbeitsangebot an sie herantrat.

Für viele Langzeitarbeitslose, die mehrere Angebote für Arbeitsgelegenheiten bei verschiedenen öffentlichen Einrichtungen von der Arge erhielten, spielte neben der hauptsächlich leichten Arbeit im Bürobereich, auch der historische und kulturelle Aspekt der Tätigkeit ein positives Auswahlkriterium zugunsten des Staatsarchivs Ludwigsburg. Allerdings können seit Januar 2005, nach Ablauf der Testphase, Langzeitarbeitslose auch ohne deren Einwilligung in einen Zusatzjob vermittelt werden. Im Hinblick auf die Motivation der Betroffenen erscheint dies aber weniger sinnvoll, zumal es genügend Alg-II-Empfänger gibt, die sich für diese Möglichkeit des Zusatzverdiensts freiwillig melden. Andererseits kommen die Sachbearbeiter der Argen den Arbeitslosen auch entgegen, indem sie versuchen, zum beruflichen Profil der Betroffenen passende Tätigkeiten zu vermitteln.

Alle Ein-Euro-Jobber, die im Staatsarchiv arbeiten, wurden vorher zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Erstaunlich ist, dass die Bewerber mit 24 bis knapp 40 Jahren im Schnitt relativ jung sind, nur wenige haben das 50. Lebensjahr überschritten; die meisten können eine solide Ausbildung bis hin zu einem abgeschlossenen Studium vorwei-

sen und standen schon viele Jahre im Berufsleben. Die Ursachen für ihre längere Arbeitslosigkeit, die sich bei den Jüngeren durchschnittlich zwischen ein bis 2,5 Jahren bewegt, bei den Älteren aber auch bereits über zehn Jahre andauern kann, sind vielfältig. Zum einen haben viele Betroffene durch Firmenschließungen und -umstrukturierungen ihre meist langjährigen Arbeitsverhältnisse verloren. Eine dadurch notwendige berufliche Umorientierung gelang nicht, weil es gerade auch für ältere Bewerber nach einer neuen Ausbildung schwierig ist, ohne berufliche Erfahrung in einem anderen Unternehmen Fuß zu fassen. Frauen mit Kindern haben bei den Auswahlverfahren der Unternehmen aufgrund der immer noch zeitlich unzureichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten oft das Nachsehen, weil sie für viele Unternehmen ein höheres Risiko durch unflexible Arbeits- und Urlaubszeiten bedeuten: *Oft sehe ich schon bei den Stellenanzeigen, dass ich die dort geforderten Arbeitszeiten aufgrund der starren Betreuungszeit meines Kindes nicht wahrnehmen kann.* Sorgen macht vielen Arbeitslosen auch, dass sie länger benötigen, um eine neue Anstellung zu finden, als bei einem Berufswechsel ein paar Jahre zuvor und dass selbst schlecht bezahlte Gelegenheits- und Hilfsjobs, die früher zur Überbrückung einer Arbeitslosigkeit angenommen wurden, zurzeit kaum zu finden sind.

Obwohl sich vorher kaum einer der jetzigen Ein-Euro-Jobber vorstellen konnte, für 1,50 Euro pro Stunde zu arbeiten, sind die meisten von ihnen froh, in einem Zusatzjob beschäftigt zu sein, und haben kein Problem mit der niedrigen Entlohnung. Auch das Verhältnis zum angestellten Personal ist gut und keiner fühlt sich ausgegrenzt. Die finanzielle Entlastung durch den Hinzuverdienst ist nicht das einzige Kriterium, einen Zusatzjob anzunehmen. Die Aussage einer Beschäftigten steht für die Einstellung vieler: *Für mich ist es sehr wichtig, regelmäßig einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen und mit anderen, die sich auch in dieser Situation befinden, sprechen zu können. Die Zeit zu Hause, ohne eine Arbeit in Aussicht zu haben, tat mir überhaupt nicht gut und bringt niemanden von uns weiter.* Die lange Arbeitslosigkeit löst oft massive Selbstzweifel an der eigenen Leistungsfähigkeit aus und untergräbt das Selbstwertgefühl der Betroffenen nachhaltig. Der Leidensdruck und die Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung ist bei einigen so groß, dass sie sogar versuchen, diese Situation vor ihrer Umwelt zu ver-

stecken. Problematisch ist auch die schlechte Kommunikation zwischen den Alg-II-Empfängern und den sie betreuenden Sachbearbeitern der Argen. Die Umstrukturierungen der Arbeitsämter in Arbeitsgemeinschaften im Zuge von Hartz IV und die aufwendige Beantragung für das Alg II, die jedes halbe Jahr aufs Neue erfolgen muss, da die Bewilligung dieser Leistung immer nur auf sechs Monate befristet gewährt wird, bedeutet für beide Seiten einen immensen bürokratischen Aufwand, durch den die kompetente Beratung der Arbeitslosen und ihre Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt leider oft auf der Strecke bleiben. Nicht nachvollziehbar ist auch, dass die Ein-Euro-Jobber aufgrund der Ausübung dieser Arbeitsgelegenheit nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, obwohl sie nach wie vor eine normale Arbeit suchen.

Leider sind die Chancen, durch einen Ein-Euro-Job eine befristete oder sogar unbefristete reguläre Anstellung im Staatsarchiv Ludwigsburg oder in einer anderen Abteilung des Landesarchivs zu erhalten, sehr gering. Aufgrund der Sparmaßnahmen, die durch die Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes noch intensiviert werden, ist es nur vereinzelt möglich, als befristet angestellter Mitarbeiter in einem Projekt oder als Vertretung einer zeitweise ausfallenden normal angestellten Kraft unterzukommen. Auch die Bezuschussung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch die Argen, welche die Betroffenen finanziell wesentlich besser stellt, ist nur noch bei einem schwerbehinderten Alg-II-Empfänger möglich. Immerhin haben bislang aber schon vier Ein-Euro-Jobber den Sprung in eine reguläre Beschäftigung geschafft – eine Kollegin sogar als Mutterschaftsvertretung im Landesarchiv.

Aufgrund der derzeitigen politischen Situation ist es unklar, wie lange es die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung geben wird. Für das Staatsarchiv Ludwigsburg wäre ein Wegfall der Ein-Euro-Jobber sehr bedauerlich, da zusätzliche Arbeit noch für Jahre vorhanden ist und die Erfahrungen mit ihnen bisher sehr positiv sind. Aber auch die große Mehrheit der hier beschäftigten Zusatzjobber hofft, dass sie bleiben kann, bis sie eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden hat, weil sie in ihrem Ein-Euro-Job in vielerlei Hinsicht eine große Hilfe zur Bewältigung ihrer Situation sieht – und eine geringe Chance immer noch besser ist als gar keine Chance ■ *Ulrike Pester/Corina Cremer*

Kulturgutschutz im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Genau ein Jahr nach dem verheerenden Brand in der Weimarer Anna-Amalia-Bibliothek beteiligte sich das Hauptstaatsarchiv Stuttgart am bundesweiten Aktionstag zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts, der am 2. September 2005 von mehr als 70 Bibliotheken und Archiven veranstaltet wurde. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des baden-württembergischen Ministerialarchivs zu werfen. Anders als bei regulären Archivbesichtigungen führte der Rundgang durch Magazin- und Technikräume, die der Öffentlichkeit sonst nicht zugänglich sind.

Die unterirdischen, von einer massiven Trümmerdecke abgeschirmten Magazingeschosse luden dazu ein, sich über objektgerechte Lagerungsbedingungen, über das bei Polizei und Feuerwehr aufgeschaltete Einbruch- und Brandmeldesystem, aber auch über die archivinternen Notfallplanungen zu informieren. Anhand eines Notfalkoffers wurden die Vorkehrungen für die Bergung wassergeschädigter Archivalien demonstriert. Welch hoher Aufwand für die dauerhafte Erhaltung der Archivbestände betrieben werden muss, konnte am Beispiel der raumlufttechnischen Anlage gezeigt werden, die ein gleich bleibendes, auf die unterschiedlichen Informationsträger abgestimmtes Magazinklima gewährleistet. Gesteuert wird dies in der Klimazentrale, die sich auf einer Grundfläche von 1000 Quadratmetern – fünf Stockwerke unter dem Erdboden – zwischen dem Hauptstaatsarchiv und der Württembergischen Landesbibliothek erstreckt. Beide Kultureinrichtungen werden von hier aus mit gefilterter Frischluft versorgt, die in der Regel auf 18–20 Grad Celsius und 55 Prozent relativer Luftfeuchtigkeit eingestellt wird.

Beim Besuch der Restaurierungswerkstatt beeindruckten die vielfältigen Schadensbilder: Das Spektrum reichte vom verschimmelten Buchblock über stark verbräunte Papiere, deformierte Ledereinbände und zerbrochene Siegel bis hin zu Fraßspuren, die Insektenlarven und Mäuse am Archivgut hinterließen. Gespannt lauschten die Besucher den Ausführungen des Restaurators Martin Ramsauer, der die von ihm angewandten Behandlungsmethoden exemplarisch erläuterte. Sie tragen dazu bei, dem schleichenden Zerfall von Kulturgut Einhalt zu gebieten. Zugleich wurde deutlich, dass die großen Mengen säurehaltiger Papiere nur in arbeitsteiligen, großtechnischen Verfahren für künftige Generationen zu

retten sind. Vielfach wird man sich damit begnügen müssen, die schriftlichen Informationen durch Übertragung auf alterungsbeständige Ersatzmedien zu sichern. Von daher rundete ein Blick in die Fotowerkstatt mit ihren Mikrofilmkameras und Digitalisierungsmöglichkeiten die Besichtigung sinnvoll ab.

Die positive Resonanz der Sonderführung hat das Hauptstaatsarchiv ermutigt, dieses neue Angebot zum Thema *Kulturgutschutz im Archiv* regelmäßig auf den Veranstaltungskalender zu setzen und für interessierte Gruppen nach Vereinbarung durchzuführen. Termine können unter der Telefonnummer 07 11/2 12-43 35 oder per E-Mail hstastuttgart@la-bw.de vereinbart werden ■ *Albrecht Ernst*



Besichtigung der gemeinsamen Klimazentrale der Württembergischen Landesbibliothek und des Hauptstaatsarchivs Stuttgart.

Aufnahme: Landesarchiv HStAS

Restaurierung des Nachlasses Heinrich Schickhardt im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut

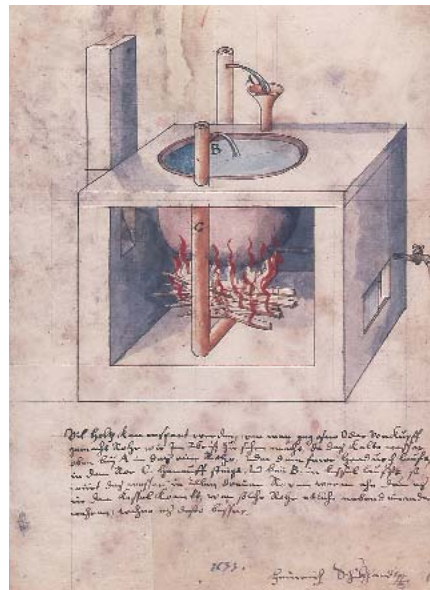
Heinrich Schickhardts Bedeutung für Württemberg als Baumeister, Ingenieur und Kartograf der Renaissance wurde einem großen Publikum zuletzt 1999 anlässlich einer Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, des Stadtarchivs Herrenberg und des Stadtarchivs Stuttgart vermittelt. In der hierzu erschienenen luxuriös ausgestatteten Monografie, herausgegeben von Sönke Lorenz und Wilfried Setzler, belegen die zahlreichen darin abgebildeten Pläne, Zeichnungen und Skizzen, dass der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrte Nachlass Schickhardts zu den größten Schätzen Württembergs zählt.

Im Rahmen einer kompletten Neuerschließung erhielt das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg im Jahr 2004 den Auftrag zur Bearbeitung des gesamten Bestands *Nachlass Heinrich Schickhardt* im Umfang von rund 20 000 Blatt bis Folioformat, das entspricht 2,2 Regalmetern, vermehrt um den Inhalt von drei prall gefüllten Planschrankschubladen, also weit über 100 Großformaten.

Ziele waren die Erstellung einer Restaurierungskonzeption, die Gesamtdurchsicht auf Schäden, die anschließende restauratorische Behandlung sowie die Verfilmung aller farbigen Zeichnungen und

Entwürfe auf Makrofiches. Beigefügt waren Listen mit wertvollen Hinweisen zur Restaurierung und Verfilmung. Sie waren im Hinblick auf die Auftragserteilung seitens des Hauptstaatsarchivs erstellt worden.

Der Bestand lagert im Magazin des Hauptstaatsarchivs zweigeteilt: Blätter bis zu Folioformat werden durch Archivboxen geschützt, Überformate lagern in Kartenschränken. Die 23 Archivboxen enthalten jeweils bis zu 25 Pallien (Umschlagpapiere), zu deren Signatur unterschiedlich viele Schriftstücke gehören. Begleitend zu jeder Box wurde je eine eigene Restaurierungsdokumentation in tabellari-



Heinrich Schickhardts Entwürfe von Vorrichtungen zur Erwärmung von Badewasser, 1633.

Vorlage: Landesarchiv HStAS N 220 T 16 b und c

scher Form angelegt, die bereits alle notwendigen Restaurierungsmaßnahmen enthielt.

1071 Blatt aus den 23 Archivboxen wurden als schadhaft beurteilt und zur restauratorischen Bearbeitung separiert. Aus dem Teil der Großformate kamen weitere 129 überwiegend handkolorierte Zeichnungen oder Entwürfe hinzu. Häufigstes Schadensbild war neben dem obligatorischen Oberflächenschmutz Materialabbau durch Säure oder Moder bis hin zu Fehlstellenbildung. Zahlreiche Risse fanden sich im Randbereich oder längs von Faltungen. Die Risse und Fehlstellen waren häufig mit Verklebungen aus Papier und wasserlöslichen Klebstoffen oder gar mit Selbstklebebandern provisorisch stabilisiert. Teilweise wurden Tintenfraßschäden festgestellt, nicht nur im Textbereich, sondern auch auf mit Tinte ausgeführten Handzeichnungen.

Dieses Restaurierungsprojekt stellte eine besondere Herausforderung für die Papiergruppe des Instituts dar. Restauratoren unterscheiden häufig zwischen *anspruchsvoller Grafikerestaurierung* und *rationaler Mengenrestaurierung*. Die Grenze zwischen diesen beiden Bereichen konnte aber hier nicht gezogen werden: Sämtliche 1200 zu restaurierenden Blätter waren in diesem Fall besonders hochwertig, trotzdem konnten alle Möglichkeiten der in Ludwigsburg eingeführten rationalen Verfahren der Papierrestaurierung ausgeschöpft werden – eine Synthese aus beiden Kategorien gehört zu den Spezialitäten des Instituts. Das Spektrum der eingesetzten Methoden setzte sich aus folgenden Einzelschritten zusammen:

Trockenreinigung: 447 Blatt mussten zuerst trockengereinigt werden. Die Auswahl der Radiemittel richtet sich nach der Beschaffenheit des Papiers.

Fixierung/Reduzierung: An 77 Blättern war der kräftige Stempelfarbauftrag zu reduzieren, um bei der nachfolgenden Nassbehandlung ein Ausbluten überschüssiger Farbe zu vermeiden. Stempel werden auf dem Saugtisch mit einem Wasser/Ethanolgemisch reduziert. Wasserempfindliche Farben können in einem Fixierbad durch Komplexierung auf das Papier gebunden werden. Kleine wasserempfindliche Partien werden mit einem leicht verdampfenden organischen Feststoff (Cyclododecan) temporär wasserabweisend imprägniert. Der Auftrag erfolgt mit einem Heizspatel. Nach einiger Zeit sublimiert die Fixierung rückstandsfrei.

Lösen von Verklebungen: 329 der historischen Papiere wiesen Verklebungen auf, die mit Wasser, Wasserdampf, Wärme oder organischen Lösungsmitteln beziehungsweise Kombinationen aus diesen Anwendungen zu entfernen waren, stets ein besonders aufwendiger Arbeitsschritt in der Papierrestaurierung. Hier stehen je nach Objekt diverse physikalische und chemische Behandlungsvarianten zur Verfügung.

Nassbehandlung: Wässrige Entsäuerung und Einbringen einer alkalischen Reserve kamen für 386 vergilbte oder säuredegradierte Blätter infrage. Die Entsäuerung ist zugleich Reinigung und erfolgt in verschiedenen temperierten Bädern unter Anwendung künstlich aufgehärteten Wassers. Während der anschließenden Trocknung bildet sich dabei eine alkalische Re-

serve aus, die das Papier widerstandsfähiger macht und weiterem Säureangriff in der Zukunft vorbeugt. Eine kontrollierte Behandlung wasserempfindlicher Blätter erfolgte auf dem Saugtisch. Sie wurden entweder flächig oder soweit möglich nur in den Randbereichen besprüht.

Tintenfraßbehandlung: 148 Objekte wurden im Anschluss an die Entsäuerung mit dem Komplexierungsmittel Calciumphytat behandelt, um dem unaufhaltsam fortschreitenden Tintenfraß zu begegnen. Ungünstige Mischungsverhältnisse der Eisengallustinten sind die vermutete Ursache dieses Phänomens.

Anfaserung: 620 Blatt waren so geschädigt, dass sie angefasert werden mussten. Hier handelt es sich um ein dem klassischen Papierschöpfen ähnliches Verfahren: Die in einem sehr verdünnten Brei enthaltenen Papierfasern sammeln sich beim Anlegen eines Sogs nur an den Löchern und Fehlstellen des auf einem Sieb liegenden Papiers an – das Blatt wird praktisch maschinell gestopft. Der eingesetzte Faserstoff besteht aus Hadernfasern, also reiner Baumwolle, und ist mit Calciumcarbonat alkalisch gepuffert. Der Farbton wird mit Papierfarben an das Original angeglichen. Angefaserte Bogen erhalten eine Nachkleimung aus einem Kleister-Methylcellulosegemisch und gegebenenfalls noch eine partielle Verstärkung der abgebauten, mürben Stellen im Original mit hauchdünnem Japanpapier.

Manuelle Ausbesserung: 710 Blatt konnten mit Japanpapieren und Kleister partiell gefestigt werden. Mit Weizenstärkekleister und gerissenen Japanpapierstreifen wurden mürbe Bereiche verstärkt. Anfaser- oder Restaurierpapier wird zur Fehlstellenergänzung verwendet. In wasserempfindlichen Tinten- oder Kupferfraßbereichen werden oxidationshemmende Klebstoffe, etwa Gelatine, mit möglichst wenig Feuchtigkeit eingesetzt.

Kaschierung: Großformatige Zeichnungen mit großflächig mürber Faserstruktur erhielten eine Kaschierung; das ist ein ganzflächiges Überkleben der Rückseite mit Weizenstärkekleister und Japanpapier oder einer Kombination aus verschiedenen Papieren.

Trocknung/Glättung: Abschließendes Pressen und Glätten erfolgten zwischen Löschkarton unter Druck in einer Presse oder durch Beschweren mit Wollfilzen. Besonders empfindliche Überformate werden mit einem zusätzlich angebrachten Spannrand an einer Trockenwand (japanisch *Karibari*) befestigt. Dieses *Stretching* ermöglicht langsames, spannungsfreies und oberflächenschonendes Trocknen. Angefaserte Bogen sind besonders feucht. Sie trocknen rationell und schonend, eingepresst im luftdurchlässigen Stapel bei gleichzeitig stetigem Luftstrom – eine im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut

entwickelte Strömungstrocknungseinrichtung.

Nach der Rücksortierung der restaurierten Blätter erfolgte erneut eine Selektion, um farbige Zeichnungen und Entwürfe der Verfilmung zuzuführen. Nach dem Abschluss stehen jetzt 220 Blätter auf Makrofiches zur Verfügung. Auf Schwarz-Weiß-Rollfilm ist der Bestand dem Nutzer ohnehin schon seit vielen Jahren zugänglich.

Anfang Juli 2005 war es dann so weit. Die Blätter wurden rücksortiert, verpackt und gingen zusammen mit einer umfassenden Dokumentation und den Makrofiches zurück an das Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Der in Boxen lagernde Teil war in 3855 einzelnen Behandlungs-

schritten innerhalb von 207 Arbeitsstunden restauriert worden. Wesentlich aufwendiger war die Bearbeitung der Überformate, schon allein der unhandlichen Größe wegen: Viele Blätter sind koloriert mit wasserlöslichen Farben oder waren mit zahlreichen Verklebungen geflickt, was den Arbeitsaufwand enorm erhöhte. 754 Behandlungsschritte erforderten hier 382 Arbeitsstunden.

Zusammengenommen wurden am Nachlass Heinrich Schickhardt 4609 Behandlungsschritte in 589 Arbeitsstunden im Institut abgearbeitet. Für die rund 20 200 Blatt ergibt sich daher eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 1,75 Minuten, nur auf die 1200 restaurierten Blät-

ter (knapp sechs Prozent des Gesamtbestands) bezogen eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von rund 29 Minuten pro Blatt, wobei die Gesamtdurchsicht und auch die erforderlichen Aus- und Rücksortierungsschritte enthalten sind.

Das Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut konnte bei diesem Projekt das gesamte Spektrum der modernen Papierrestaurierungsmethoden einsetzen. Heinrich Schickhardt, der selbst eine Papiermühle in Mömpelgard konstruierte, hätte sich für die am historischen Handwerk orientierten Techniken zur Rettung seines Nachlasses, so etwa für die hydraulische Anfaserung, sicher begeistern können ■ *Andreas Kieffer*

Kulturgut aus Archiven, Bibliotheken und Museen im Internet

Die Digitalisierung des kulturellen Erbes im Rahmen des eEurope-Aktionsplans

Archive, Bibliotheken und Museen stellen für die Allgemeinheit dauerhaft aufzubewahrendes Kulturgut zur Verfügung. Dabei spielt in der heutigen Informationsgesellschaft für alle Institutionstypen, die Kulturgut verwahren und zugänglich machen, die so genannte Digitalisierung des kulturellen Erbes im Hinblick auf eine zeitgemäße Nutzung, aber auch im Hinblick auf eine Langzeitsicherung eine immer größere Rolle. Unter *Digitalisierung des kulturellen Erbes* versteht man vor allem die digitale Aufbereitung von Beständen aus Archiven, Bibliotheken und Museen für das Internet, das heißt die vernetzte Bereitstellung von Erschließungsleistungen in Form von Onlinefindmitteln oder OPACs (Onlinekatalogen) und Präsentation der digitalisierten Objekte selbst. Darüber hinaus gehört auch das Thema *Langzeitarchivierung digitaler Dokumente* in diesen Kontext.

Die Digitalisierung von Kulturgut ist ein wesentlicher Beitrag im Rahmen der sich weiterentwickelnden Informationsgesellschaft in Europa und in Deutschland, die durch die drei Schlagworte *eCommerce* (Handel und Warenverkehr über das Internet), *eGovernment* (Abwicklung von staatlichen Verwaltungsdienstleistungen über das Internet) und *eLearning* (Lernumgebungen über das Internet) charakterisiert werden kann. Insbesondere die beiden letzteren Bereiche *eGovernment* und *eLearning* stehen dabei in Archiven, Bibliotheken und Museen im Vordergrund, indem zum Beispiel Onlinefindmittel mit Bestellmodulen oder didaktische Quellenpräsentationen im Internet angeboten werden. Das Landesarchiv Baden-Württemberg stellt sich schon seit vielen Jahren den Herausforderungen der Informationsgesellschaft durch ein umfassendes Onlineangebot und arbeitet auch aktiv an den strategi-

schon Aktionen zur Digitalisierung des Kulturguts auf europäischer und nationaler Ebene mit.

Zurzeit sind für die Koordinierung des digitalen Kulturerbes auf europäischer Ebene im Rahmen des so genannten *eEurope-Aktionsplans* verschiedene Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehört in erster Linie die Entwicklung von nationalen Strategien und die Ermittlung eines relevanten und sichtbaren *European Cultural Added-Value*, das heißt die Beschäftigung mit dem europaspezifischen Kulturerbe und der Fragestellung, was am nationalen Kulturerbe europaspezifisch ist. Berücksichtigt werden müssen dabei die Mehrsprachigkeit, die Entwicklung einer digitalen Infrastruktur und die kommerzielle, wirtschaftliche Verwertung der Digitalisierung von Kulturgut. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Implementierung von Suchmaschinen und Portalen für eine länderübergreifende Recherche nach digitalisiertem Kulturgut unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Vorgehens zeigt sich zurzeit insbesondere an der aktuellen Diskussion um die Digitalisierung kompletter Bibliotheksbestände in den USA und Großbritannien durch den Suchmaschinenbetreiber Google. Als Gegenreaktion darauf planen führende europäische Staaten – darunter auch Deutschland –, das einzigartige, mehrsprachige Kulturerbe Europas in einer konzertierten Aktion zu vernetzen und letztlich das kulturelle und wissenschaftliche Erbe strukturiert und im großen Stil im Internet verfügbar zu machen.

Der eEurope-Aktionsplan: Die Europäische Kommission hat zur Förderung der Informationsgesellschaft (Information Society) im Dezember 1999 die Initiative *eEurope* gestartet, um Europa ans Netz

zu bringen. Hierfür wurde ein so genannter *eEurope-Aktionsplan* erstellt. Im Juni 2000 hat der Europäische Rat dem *eEurope-Aktionsplan 2002* zugestimmt. Dieser Aktionsplan mit dem Ziel, die Nutzung des Internets zu fördern, umfasst auch den Bereich *Europäische digitale Inhalte für globale Netze*. Hier wird explizit auch der kulturelle Bereich genannt, und es wird gefordert, dass ein Mechanismus zur Koordinierung der Digitalisierungsprogramme der Mitgliedsstaaten gefunden und gemeinsame Themen festgelegt werden. Im Juni 2002 wurde vom Europarat der *eEurope 2005 Action Plan* (Laufzeit 2002–2005, http://europa.eu.int/information_society/eeurope/2005/index_en.htm) verabschiedet. Innerhalb des *eEurope-2005-Aktionsplans* wird die Digitalisierung von Kulturgut weiterhin gefördert. Neben der Verbesserung der Zugänglichkeit spielt nun auch die Langzeitsicherung digitaler Unterlagen und Objekte eine wichtige Rolle. Nachfolger des *eEurope-Aktionsplans* wird ab 2006 die so genannte *i2010-Initiative* (European Information Society in 2010, http://europa.eu.int/information_society/eeurope/i2010/index_en.htm).

Die Finanzierung der Aktivitäten zur Digitalisierung von Kulturgut im Rahmen des *eEurope-Aktionsplans* erfolgt in erster Linie über Forschungsrahmenprogramme (Framework Programmes). Dabei sind die europäischen Forschungsaktivitäten seit 1984 in aufeinander folgenden Vierjahresprogrammen organisiert. Momentan läuft das 6. Rahmenprogramm mit einer Laufzeit von 2002–2006 (Gesamtvolumen: 17,5 Billionen Euro, <http://fp6.cordis.lu/fp6/home.cfm>). Hinsichtlich der Förderkriterien weist dieses Rahmenprogramm gegenüber seinen Vorgängern eine neue Strategie auf, indem vorwiegend Projekte berücksichtigt

werden sollen, die zu dauerhaften europäischen Netzwerken (*Networks of Excellence* und *Integrated Projects*) führen. Ziel ist die Vernetzung nationaler Projekte auf europäischer Ebene durch eine Koordination der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Zurzeit ist das 7. Rahmenprogramm in Vorbereitung. Es ist auf sieben Jahre angelegt und hat ein Gesamtvolumen von insgesamt 72,7 Milliarden Euro. Innerhalb der Forschungsrahmenprogramme ist die für Kulturgutinstitutionen relevante Priorität die *Information Society Technologies (IST) priority* (<http://www.cordis.lu/ist>). Für das IST-Programm hat die EU-Kommission verschiedene Forschungsschwerpunkte deklariert, zu denen auch die Digitalisierung des kulturellen Erbes gehört.

Die Forschungsrahmenprogramme sind das Hauptinstrument der Europäischen Union zur Förderung von Forschung und Entwicklung. Daneben gibt es andere Programme, die für Bibliotheken, Archive und Museen relevante Förderungsmöglichkeiten enthalten können, wie etwa das Programm *Culture 2000* mit einer Laufzeit von 2000–2006 (Volumen 236,5 Millionen Euro, <http://europa.eu.int/comm/culture/eac/culture2000/cult2000.en.html>). Gefördert werden kulturelle Kooperationsprojekte aus den Bereichen Kunst und Kultur – und damit auch die Digitalisierung des kulturellen Erbes – mit dem Ziel, einen gemeinsamen europäischen Kulturraum zu schaffen. Das *eContentplus*-Vierjahresprogramm (2005–2008, http://europa.eu.int/information_society/activities/econtentplus/index.en.htm) unterstützt mit einem Volumen von 149 Millionen Euro die marktorientierte Erstellung, Nutzung und Verteilung von europäischen digitalen Informationsangeboten unter Wahrung der sprachlichen und kulturellen Unterschiede in globalen Netzwerken.

Die *National Representative Group (NRG) for Coordination of Digitisation Programmes and Policies* und das *MINERVA/MINERVA Plus-Projekt*: Zur Umsetzung der im *eEurope*-Aktionsplan geforderten Aufgaben, das heißt insbesondere die Erarbeitung von Strategien zur Kulturgutdigitalisierung in Europa, wurde bereits im Dezember 2001 in Brüssel auf Betreiben der EU-Kommission die so genannte *National Representative Group (NRG) for Coordination of Digitisation Programmes and Policies* als Expertenarbeitsgruppe gegründet. Die Treffen der NRG – verbunden mit Expertenworkshops – werden in sechsmonatiger Abfolge unter Vorsitz der jeweiligen EU-Präsidentschaft abgehalten. Das letzte Treffen fand am 20.–22. Juni 2005 in Luxemburg statt. Die NRG hat sich den Grundsätzen von Lund/Schweden (Lund Principles und Lund Action Plan vom April 2001) verpflichtet und beschließt

notwendige Aktionen zu deren Umsetzung. Die deutschen Mitglieder in der NRG sind Monika Hagedorn-Saupe, Institut für Museumskunde in Berlin, als Vertreterin des Bundes und Dr. Gerald Maier, Landesarchiv Baden-Württemberg in Stuttgart, als Vertreter der deutschen Bundesländer.

Operativer Arm der NRG ist das EU-Projekt *MINERVA/MINERVA Plus* (Ministerial Network for Valorising Activities in Digitisation, <http://www.minervaeurope.org>), in dem unter der Leitung des italienischen Kultusministeriums ein Netzwerk und eine Arbeitsplattform der Mitgliedsstaaten für den Bereich Digitalisierung des kulturellen Erbes aufgebaut worden ist. Deutschland ist seit November 2002 über die so genannte EUBAM-Arbeitsgruppe – vertreten durch den Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – Mitglied in *MINERVA*. Innerhalb von *MINERVA* gibt es verschiedene Arbeitsgruppen mit bestimmten Aufgaben. So erarbeitet zum Beispiel die Arbeitsgruppe *Good practice* ein *Good Practice Handbook*, das als Handreichung zur Identifizierung erfolgreicher Digitalisierungsstrategien und -techniken für Kulturgut dient (<http://www.minervaeurope.org/publications/goodhand.htm>). Die Arbeitsgruppe *Quality* erstellte ein *Handbook for quality in cultural Web sites*. In dem Handbuch werden Qualitätskriterien für die Präsentation kultureller Webseiten aufgezeigt und auf verschiedene Ressourcen zum Thema in den EU-Mitgliedsländern verwiesen (<http://www.minervaeurope.org/publications/quality-criteria.htm>). Darüber hinaus publiziert *MINERVA* im Auftrag der NRG einen jährlichen *Progress report*, der sowohl online als auch in gedruckter Form erscheint (<http://www.minervaeurope.org/publications/globalreport/globalrep2004.htm>).

EUBAM – Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Europäische Angelegenheiten für Bibliotheken, Archive und Museen in Deutschland: Für eine sinnvolle Partizipation im Rahmen von EU-Projekten ist der Aufbau einer arbeitsfähigen Kooperationsstruktur auf nationaler Ebene erforderlich. Folgerichtig wurde daher in Deutschland 2001 die für Bibliotheksangelegenheiten eingerichtete EUBIB-Arbeitsgruppe durch Experten des Archiv- und Museumswesens erweitert und als Bund-Länder-übergreifende Arbeitsgruppe unter dem Namen EUBAM – Arbeitsgruppe Europäische Angelegenheiten für Bibliotheken, Archive und Museen (<http://www.eubam.de>) etabliert. Der Arbeitsgruppe gehören neben Experten aller drei Sparten und der Denkmalpflege Vertreter der Kultusministerkonferenz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie der Bundes- und Länderministerien an. Vorsitzender ist der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbe-

sitz, Professor Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann, Berlin. Als Geschäftsstelle von EUBAM fungieren drei virtuelle Sekretariate. Für die Archive übernimmt das Bundesarchiv in Berlin diese Aufgabe, für die Museen das Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen – Stiftung Preußischer Kulturbesitz und für die Bibliotheken die Staatsbibliothek zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Seit September 2004 gibt es als Unterarbeitsgruppe von EUBAM die so genannte EUBAM-MINERVA-Spiegelgruppe mit Experten der verschiedenen Kulturgutdisziplinen. Wichtigstes Ziel für EUBAM ist der Aufbau einer arbeitsfähigen Kooperationsstruktur auf nationaler Ebene. Darüber hinaus kommt der Arbeitsgruppe eine nationale Fokus- und Transferfunktion für die Förderprogramme der EU zu, indem sie strategische Vorgaben formuliert. Weitere Aufgaben sind unter anderem die spartenübergreifende Bündelung von Digitalisierungsprojekten zum Kulturerbe, Fragen der Standardisierung und die Organisation von Informationsveranstaltungen.

Ausblick: Die Digitalisierung von Kulturgut schreitet in allen EU-Mitgliedsstaaten voran. Dabei werden insbesondere in zentralistisch organisierten Mitgliedsländern wie zum Beispiel Frankreich nationale Strategien entwickelt. Neben allgemeinen strategischen Fragen sind die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte vor allem interdisziplinäre Portale und Suchmaschinen für digitalisiertes Kulturgut und für Onlinefindmittel/Onlinekataloge und die Langzeitarchivierung digitaler Dokumente. Im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten gibt es auch in Deutschland, vorrangig auf Länderebene, ein breites Spektrum an Aktivitäten, Projekten und Know-how, allerdings keine nationalen Strategien (*policies*) auf Bundes- und Länderebene. Für Deutschland bedeutet dies, dass im Hintergrund von *eEurope* und *i2010* auf nationaler Ebene die Diskussion über eine nationale Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes und zur Langzeitsicherung digitaler Unterlagen weiter geführt werden sollte, um damit in gebündelter Form die deutschen Interessen im europäischen Kontext besser artikulieren zu können. Daher ist geplant, das in Deutschland bereits existierende breite Spektrum an Aktivitäten und Projekten in einer von EUBAM aufzubauenden Website *www.kulturerbe-digital.de* zu dokumentieren. Realisiert werden soll das Internetangebot durch ein bei der DFG zu beantragendes Projekt. Wesentlicher Inhalt der Website soll eine so genannte Aktivitäten-Datenbank sein; damit kann sie einen wichtigen Beitrag für die Diskussion um eine nationale Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes leisten. ■ Gerald Maier

Das neue Internetangebot des Landesarchivs – <http://www.landearchiv-bw.de>

Übersichtlich und gut handhabbar äußerte sich begeistert ein Nutzer über das neue Internetangebot des Landesarchivs, das seit dem 1. Januar 2005 freigeschaltet ist. Nicht nur die Verwaltungsreform und die damit verbundenen Änderungen in der Struktur der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg hatten eine Überarbeitung und völ-

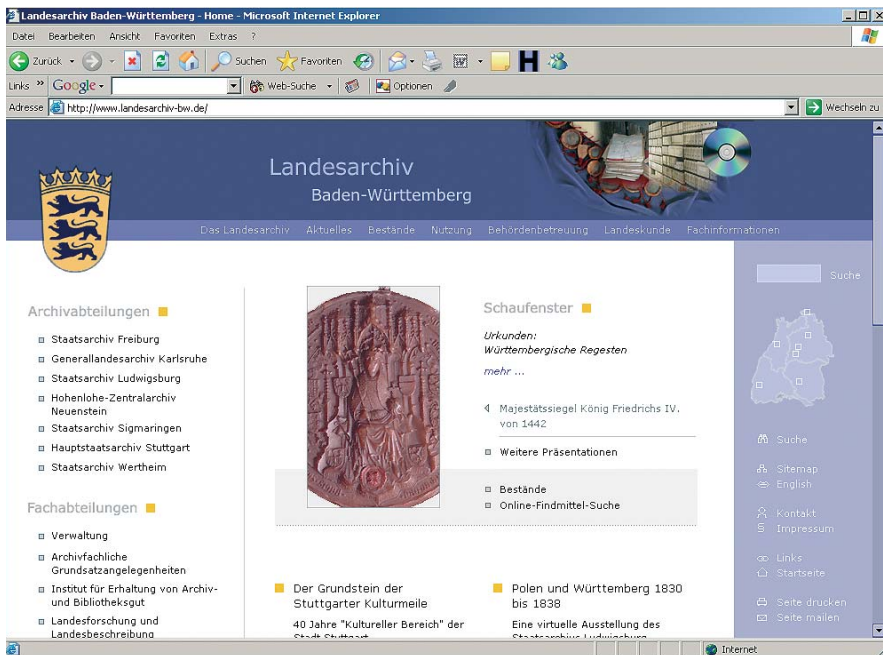
lige Neugestaltung des Internetauftritts nötig gemacht. Dieser präsentiert sich nun in neuer Aufmachung und Funktionalität. Bei seiner Gestaltung wurde besonderer Wert auf eine bessere Kundenorientierung und eine leicht eingängige Bedienung durch eine stringente Navigationsstruktur gelegt.

Wie nutzen Sie das Landesarchiv?, Oft gefragt, Archivische Arbeitshilfen, Downloads für die Nutzung, Antrag auf Nutzungsgenehmigung und Kontakt.

Wird sofort einer der Unterpunkte angesteuert und ist dieser wieder untergliedert, werden diese Untergliederungspunkte in der vertikalen Leiste ausgegeben. Wählt man zum Beispiel *Was finden Sie wo?*, kann auf der linken Seite gewählt werden zwischen *Was verwahrt das Landesarchiv Baden-Württemberg?* und *An welche Archivabteilung können Sie sich wenden?*

Im Vorfeld der Realisierung wurde bereits im letzten Jahr eine archivverwaltungsinterne Projektgruppe mit Unterarbeitsgruppen eingerichtet, welche die inhaltlichen Vorgaben erarbeitet und die technischen Realisierungsmöglichkeiten ermittelt hat.

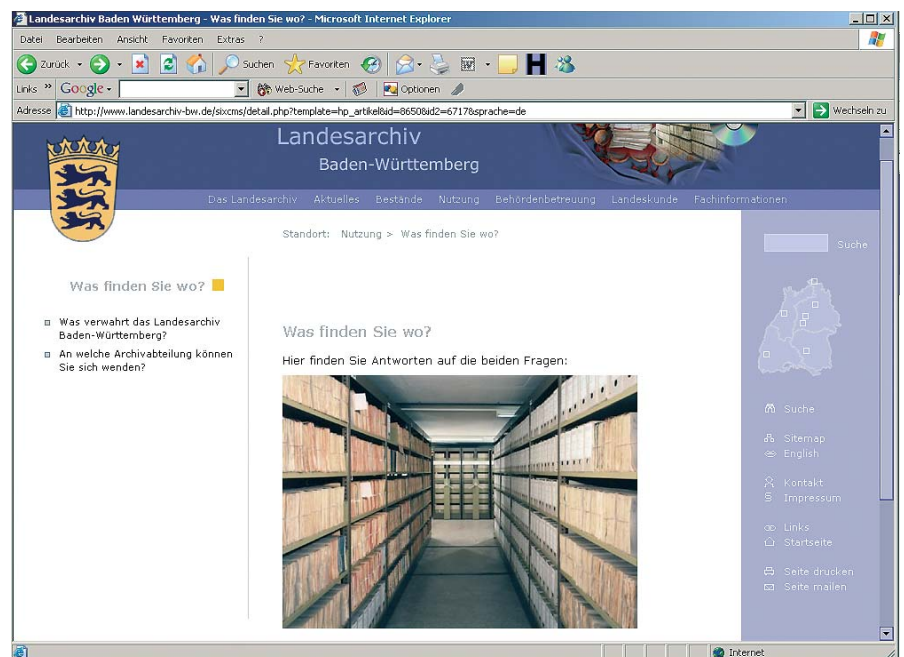
Für den Aufbau und die Pflege der Website sowie für das Einstellen von Inhalten in Form von Texten, Bildern und weiteren Medienformaten (etwa PDF-Dateien) wird das auf einer MySQL-Datenbank basierte Content-Management-System SixCMS genutzt, das vom IuK-Referat auf der Basis des von der Projektgruppe erarbeiteten Strukturentwurfs an die Bedürfnisse des Landesarchivs angepasst wurde. Mithilfe des CMS ist es möglich, ein zentrales Internetangebot bereitzustellen, dabei aber unter Berücksichtigung der verschiedenen Standorte des Landesarchivs mit dezentralen Redakteuren zu arbeiten. Außerdem erlaubt das CMS eine Mehrfachzuordnung von Artikeln, das heißt, ein und derselbe Artikel kann unterhalb von verschiedenen Navigationspunkten ausgegeben werden,



Die Einstiegsseite der Website Landesarchiv Baden-Württemberg.

Der Kopf der Website weist als gestalterische Elemente das Landeswappen Baden-Württemberg, den Schriftzug des Landesarchivs und eine Collage mit Archivalien auf. Die Archivabteilungen erscheinen links in einer vertikalen Leiste, da viele Interessenten den Zugang über die einzelnen Standorte suchen. Direkt darunter sind die vier Fachabteilungen anwählbar. Die horizontale Navigationsleiste gliedert das Onlineangebot nach inhaltlichen Gesichtspunkten. Die hier angebotenen Rubriken wurden an den verschiedenen Nutzergruppen des Archivs ausgerichtet. Archivnutzern (*Nutzung* und *Bestände*), Behörden (*Behördenbetreuung*), Fachkollegen (*Fachinformationen*) und der interessierten Öffentlichkeit (*Das Landesarchiv*, *Aktuelles* und *Landeskunde*) soll ein leichter Einstieg in das Onlineangebot und in die jeweils relevanten Themenbereiche ermöglicht werden. Diese Hauptpunkte bleiben bei allen Recherchen innerhalb des Webangebots verfügbar, sodass auch bei der Anwahl von Artikeln in untergeordneten Rubriken immer wieder auf diese zurückgegriffen werden kann. Fährt man mit dem Mauszeiger über eine der Rubriken, erscheint ein Pull-down-Menü mit Unterpunkten.

Bei Anwahl einer Rubrik aus der horizontalen Ebene übernimmt die vertikale Leiste diese Unterpunkte. In der Rubrik *Nutzung* sind das: *Was finden Sie wo?*,



Der Unterpunkt *Was finden Sie wo?* unterhalb von *Nutzung*.

etwa bei einer einzelnen Abteilung und auf der Gesamtseite des Landesarchivs erscheinen. Die gestalterische Ausführung erfolgte ebenfalls durch das IuK-Referat, welches das komplette Layout der Website entworfen und programmiert hat.

Im Zentrum der Einstiegsseite stehen mehrere gestalterisch ansprechende Elemente, die durch die Präsentation von Bildern einen Blickfang darstellen und zum Weiterstöbern, Navigieren und Suchen einladen sollen. So das *Schaufenster*, das nach dem Zufallsprinzip wechselnde Onlinepräsentationen, Findbücher und digitalisiertes Archivgut des Landesarchivs präsentiert. Direkt darunter werden die aktuellen Artikel mit Überschriften und Vorschaubildern angezeigt. Diese erscheinen ebenfalls beim Mausklick auf *Aktuelles* in der horizontalen Navigationsleiste und setzen sich zusammen aus *Veranstaltungen, Ausstellungen, Termine* sowie *Pressemitteilungen* und *Neue Publikationen*. Weitere Unterpunkte des Navigationspunkts *Aktuelles* sind *Forschungsprojekte, Stellenausschreibungen* und ein Link zu den *Archivnachrichten* sowie das *Archivalien-Schaufenster*, das virtuelle Ausstellungen, Artikel mit Bildmaterial und digitalisiertem Archivgut und Internetausstellungen versammelt.

Die Rubrik *Aktuelles* weist einige funktionelle Besonderheiten auf, die eigens für die inhaltlichen Anforderungen dieser Kategorie programmiert wurden. Erstens war es gewünscht, dass immer der Artikel mit dem am nächsten liegenden Termin an erster Stelle ausgegeben wird, also erfolgt automatisch eine absteigende Ordnung der aktuellen Beiträge. Zweitens erlaubt die Angabe eines Offlinedatums im CMS das *Herausfallen* von Artikeln aus der aktuellen Kategorie nach einem bestimmten Zeitraum, ohne dass dazu eine redaktionelle Nacharbeit nötig wäre. Um einem dritten Anliegen, nämlich der Verfügbarkeit dieser Artikel nach Ablauf ihrer Aktualität, zu genügen, werden diese mit Erreichen des Offlinedatums in das *Nachrichtenarchiv* unterhalb von *Aktuelles* übernommen (letzte Rubrik). Auch sämtliche aktuellen Artikel der alten Homepage, die vor dem 1. Januar 2005 im Internetangebot der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg eingestellt worden waren, sind im *Nachrichtenarchiv* recherchierbar.

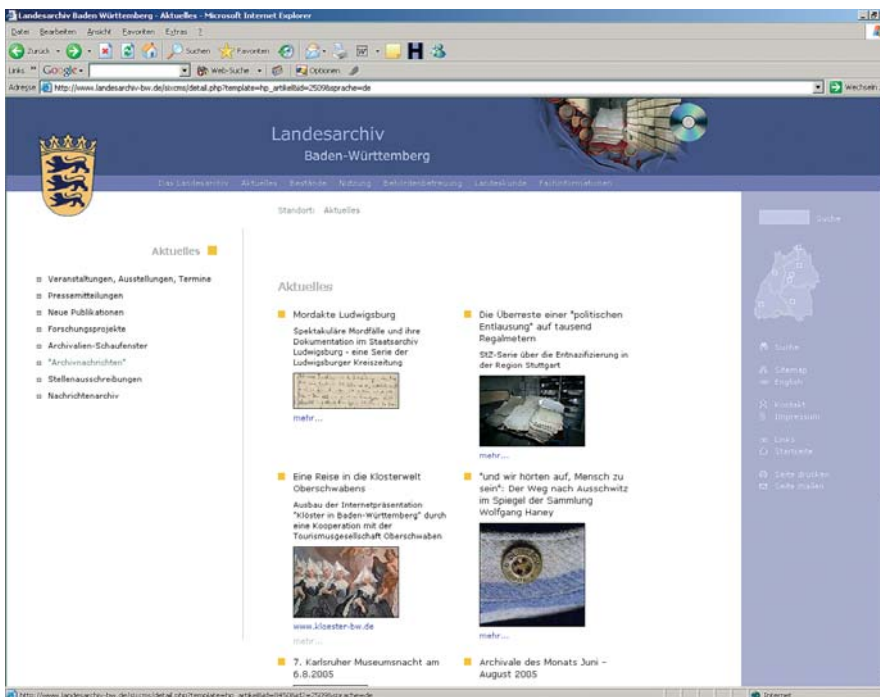
Eine vierte Funktionalität des Menüpunkts *Aktuelles* ist die Anzeige der sechs *aktuellsten* Artikel in tabellarischer Anordnung und mit Vorschaubildern der dort eingepflegten Bilder. Darunter erscheint jeweils ein Link, der zum dazuge-

hörigen Artikel führt. Wird dieser ausgewählt, gibt die Standortzeile unterhalb der horizontalen Navigationsleiste jeweils die Position im Strukturbaum an.

Ein zentraler Inhalt des neuen Internetangebots sind – wie schon im bisherigen Internetangebot – die Online-Beständeübersichten der einzelnen Archivabteilungen und dazugehörige Onlinefindbücher. Sie können über die Rubrik *Bestände* eingesehen werden. Verwaltet und präsentiert werden sie über ein eigens vom Landesarchiv entwickeltes Findmittel-Content-Management-System mit Präsentationsmodulen, die sowohl eine strukturierte Recherche als auch eine Volltextsuche erlauben. Dabei ist auch eine alle Findmittel übergreifende Suche möglich. Zurzeit werden bereits über 2000 Onlinefindbücher angeboten.

Ergänzt werden die inhaltlichen Rubriken der horizontalen Navigationsleiste durch eine konstant bereitgestellte Serviceleiste auf der rechten Seite mit *Suche, Sitemap, Impressum* und *Kontakt*, mit Druck- und E-Mailfunktion sowie dem Sprachbutton (*English/Deutsch*). Eine Neuerung gegenüber dem alten Internetauftritt ist die Integration eines umfangreichen Kontaktmoduls, über das unter anderem die Ansprechpartner im Landesarchiv für die verschiedenen Aufgaben und Dienstleistungen ermittelt werden können. Die Präsentation des gesamten Webangebots – die Onlinefindmittel ausgenommen – in englischer Sprache ist derzeit ein Unikum in der deutschen Archivlandschaft. Damit sind nicht nur die Aufgaben und Dienstleistungen und die allgemeinen Nutzerinformationen, sondern auch die Angaben zu den einzelnen Abteilungen und Standorten des Landesarchivs sowie die Fachinformationen englischsprachigen Nutzern zugänglich. Zudem ist der gesamte Auftritt nach Gesichtspunkten gestaltet und programmiert, die auch behinderten Nutzern einen barrierefreien Zugang zum Internet ermöglichen.

Dass das neue Angebot gut angenommen wird, zeigen die durchschnittlich 30 000 Zugriffe auf die Website pro Monat. Bisher sind circa 1000 Artikel im Internetangebot des Landesarchivs Baden-Württemberg verfügbar und bieten für Archivnutzer wie Fachkollegen, für Behörden wie für die interessierte Öffentlichkeit ein abwechslungsreiches und fundiertes Informationsangebot, das ständig erweitert und aktualisiert wird ■
Jeannette Godau/Gerald Maier

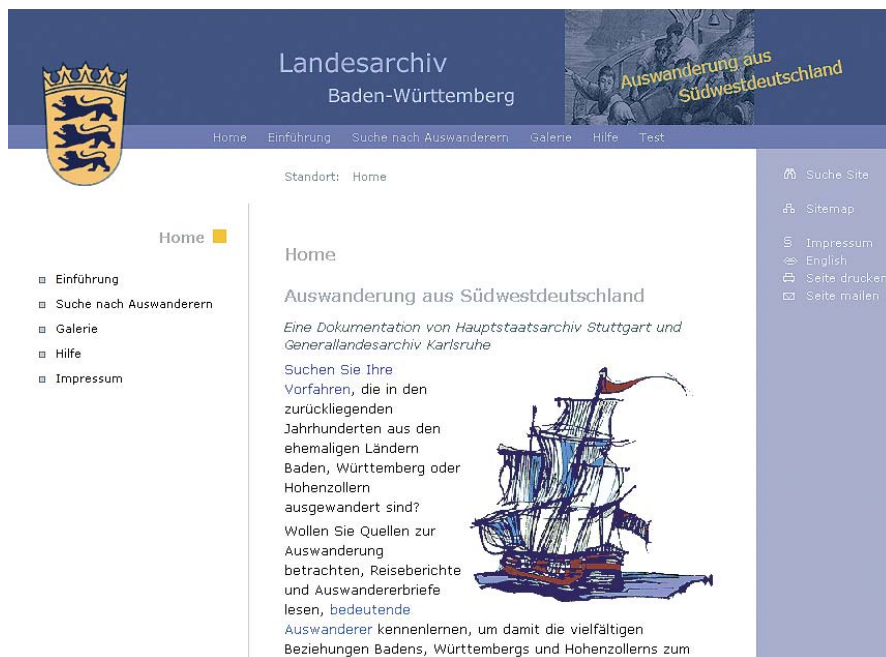


Die Rubrik *Aktuelles* mit den Highlights mit Vorschaubildern.

Die Onlinedatenbank *Auswanderung aus Südwestdeutschland* in neuem Gewand und mit neuen Funktionalitäten

Projektgeschichte: Die Webseite *Auswanderung aus Südwestdeutschland* ist eine Onlinedatenbank für Familienforschung mit hoher weltweiter Nutzungsfrequenz. Sie enthält Daten von über 270 000 Personen mit Informationen über ihre Auswanderung sowie ihre Familien, die vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert die ehemaligen Länder Baden, Würt-

temberg und Hohenzollern verließen. Darüber hinaus bietet sie digitalisierte Archivquellen zur Auswanderung, wie Reiseberichte und Auswandererbriefe, außerdem Hintergrundinformationen zur Quellenlage. Ihre Nutzer sind überwiegend die Nachfahren von Auswanderern und Genealogen.



Die Startseite der Datenbankanwendung.

Im Rahmen eines vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg geförderten Projekts wurde die Onlineanwendung auf eine neue technische Plattform migriert, neu gestaltet und mit weiteren Daten versehen. Die inhaltlichen Vorgaben wurden durch eine Projektgruppe des Landesarchivs unter Beteiligung der für die Daten verantwortlichen Archivabteilungen Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Generallandesarchiv Karlsruhe und Staatsarchiv Freiburg erarbeitet. Die technische Umsetzung erfolgte durch das Referat *Informations- und Kommunikationstechnologie, elektronische Dienste* in Zusammenarbeit mit dem Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg in Konstanz.

Die Geschichte der Auswandererdatenbank reicht über 30 Jahre zurück. In den 1970er Jahren wurde mit der Übertragung ausgewählter Auswandererdaten von den Originalakten in Karteien begonnen. Diese Nachweise befinden sich insbesondere in den Archivabteilungen in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg im Breisgau. Damit sollten Anfragen von Angehörigen oder Nachkommen von Aus-

wanderern und Genealogen schneller beantwortet werden können. Mit dem Aufkommen der EDV in den Archiven Mitte der 1980er Jahre wurde bald die elektronische Übertragung der Daten vorgenommen, zum einen, um den Sachbearbeitern die Auskünfte zu erleichtern, zum anderen sollten die Daten online im Lesesaal zugänglich gemacht werden. Grundlage der Datenbank war damals eine dBase-Anwendung. In der weiteren Entwicklung wurde die Datenbank nach MS-Access konvertiert. Im Rahmen einer Diplomarbeit wurde 2000 eine Onlineanwendung programmiert, die allerdings nicht alle gewünschten Funktionalitäten enthielt und dem ansteigenden Nutzeraufkommen mit erhöhten Zugriffsraten nicht gewachsen war. Die staatliche Archivverwaltung hat daher die Anwendung im Rahmen der Medienoffensive und im Sinne von E-Bürgerdiensten mit erweiterten Funktionalitäten neu programmieren lassen. Als Plattform kommt überwiegend freie Software zum Einsatz, unter anderem PHP als Programmiersprache und PostgreSQL als relationale Datenbank. Das Datenbankschema wurde komplett

überarbeitet. Die Anwendung besteht aus folgenden Teilen:

- der Auswandererdatenbank selbst mit Modulen für die Recherche, zur Datenpflege und Benutzerverwaltung, und
- einem Bereich mit Hintergrundinformationen zum Projekt und zur Geschichte der Auswanderung aus Südwestdeutschland.

Funktionalitäten: Kernbereich der Anwendung ist die Auswandererdatenbank mit ihrer *Recherchefunktionalität*. Der Nutzer hat die Wahl zwischen einer einfachen und einer Detailsuche. Letztere ermöglicht zum Beispiel eine detaillierte Suche nach Herkunfts- und Zielorten sowie eine Volltextsuche über fast alle Felder. Das Suchergebnis wird in Listen- und Detailform seitenweise ausgegeben, man kann sich durch die Ergebnisse durchblättern.

Die *Bestellfunktionalität* ermöglicht es dem angemeldeten Nutzer, Kopien der Originalakten zu bestellen. Er muss dazu im System ein Konto anlegen mit seinen persönlichen Angaben, wie E-Mail und Adresse. Er hat dann einen *Warenkorb* zur Verfügung, in dem er Datensätze ablegen kann. Die Bestellung wird elektronisch abgewickelt, die Archive erhalten eine E-Mail und können in den Warenkorb Einblick nehmen. Den Bestellungen wird teils automatisch, teils von Hand ein Status zugeordnet, mit dem der Arbeitsablauf abgebildet wird: Neu – Bestellt – Bezahlt – In Bearbeitung – Abgeschlossen. Die Bezahlung erfolgt zunächst per Vorkasse, da jedoch viele Anfragen aus dem Ausland kommen, vor allem aus den USA, wird zukünftig die Bezahlung durch Kreditkarte angestrebt.

Der zweite große Bereich der Anwendung dient der *Datenpflege und Nutzerverwaltung*. Alle Auswandererdaten können online eingegeben und jederzeit korrigiert werden. Die Nutzerverwaltung beinhaltet nicht nur die angemeldeten Kunden, die Daten bestellen, sondern ermöglicht es auch externen Archiven, Sachbearbeitern begrenzten Zugang zu geben, um eigene Daten einzugeben. Dadurch können von Gemeindearchiven oder Vereinen auf einfache Weise kleinere Datenbestände bereitgestellt werden.

Technische Überarbeitung: Eine besondere Schwierigkeit beim Neuaufbau war es, eine konsistente Datenstruktur zu erhalten. Viele Daten waren sehr unsystematisch eingegeben, vor allem die Herkunfts- und Zielorte. So gab es etwa fünf verschiedene Schreibweisen für die Stadt Esslingen am Neckar; andererseits war es nicht möglich, den Herkunftsort Dettingen eindeutig festzulegen, da es mehrere Gemeinden mit diesem Namen in Baden-Württemberg gibt. Das neue Datenbankschema beseitigt diese Unsicherheiten durch eine konsequente Relationierung. Dabei werden mehrfach gebrauchte Daten auf externe Tabellen oder Daten-

banken verlagert und nur über die Identnummern angesprochen. Dies vereinfacht auch die Datenpflege, da es jetzt nur noch eine Stelle in der Anwendung gibt, an der beispielsweise Städtenamen eingegeben werden.

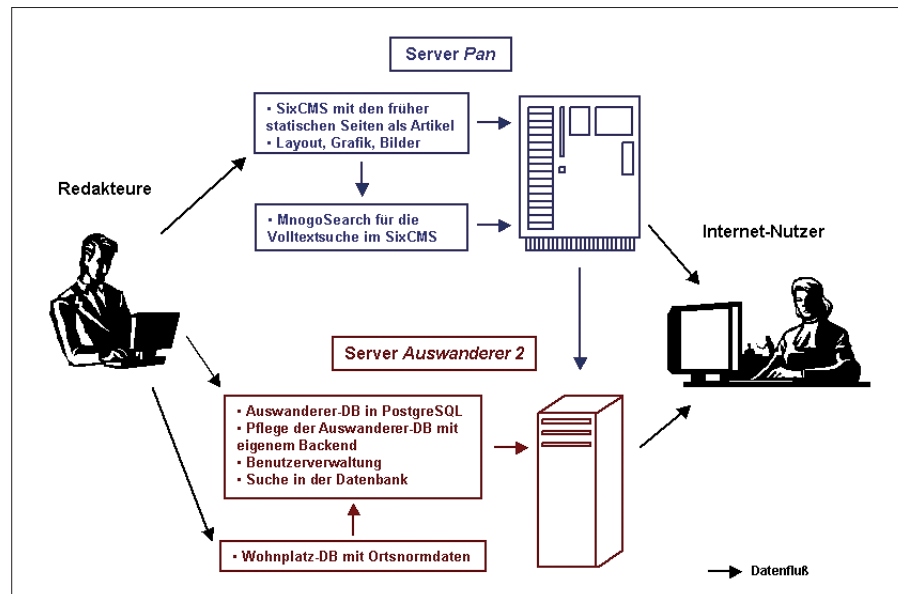
Alle Herkunftsorte wurden in eine externe Datenbank verlagert, die zukünftig als eigenständige Anwendung auf der Basis der von der Abteilung Landesforschung und Landesbeschreibung bereitgestellten *Ortsnormdaten* gepflegt wird. Über eine Schnittstelle stehen die darin enthaltenen normierten Ortsdaten dann allen Anwendungen zur Verfügung, die ortsspezifische Daten enthalten. Dabei handelt es sich um Punktdaten mit Rechtswert/Hochwert, die Gebietsgliederung reicht bis auf Wohnplatzebene herab. Aus diesen kleinsten Elementen können nach Bedarf auch beliebige größere Raumkategorien gebildet werden, denkbar sind zum Beispiel Naturräume oder Wahlbezirke.

Durch die Integration in das vom Landesarchiv eingesetzte Web-Contentmanagement-System SixCMS ist nicht nur ein einheitliches Layout sichergestellt, sondern es können auch die bisher statischen HTML-Seiten mit den Hintergrundinformationen zum Projekt einfach von den Redakteuren des Landesarchivs online gepflegt werden, und dies ohne HTML- und Programmierkenntnisse. Ebenso ist es einfach, die Seiten in anderen Sprachen zu präsentieren. Außer Deutsch ist Englisch bereits umgesetzt. Über das Content-Management-System sind auch weitere Funktionen realisierbar,

die den Nutzerkomfort erhöhen. So kann jede Seite in einer speziellen Druckansicht angezeigt werden, bei der die Navigationsmenüs und für einen Ausdruck unnötigen Grafiken fehlen. Ebenso kann ein E-Mail-Formular eingebliedert werden, das es ermöglicht, die Adresse der gerade aufgerufenen Seite mit einem Begleittext an Freunde oder Kollegen zu schicken.

Für die Suche in diesem redaktionellen Teil ist schließlich noch die frei erhältliche Suchmaschine MnegoSearch eingebunden, die eine Volltextsuche in jeder Seite und jedem Artikel ermöglicht.

Ausblick: Als nächster Arbeitsschritt sollte die Datenqualität erhöht werden. Beispielsweise sollte eine saubere Trennung der Ziellokalitäten in Orte, Staaten und Erdteile/Kontinente vorgenommen werden. Das ist aber nicht völlig automatisch möglich und bedingt weiteren hohen Arbeitsaufwand. Viele Funktionalitäten, wie die Recherche, aber auch die Bestellung, sind sehr abhängig von der Datenqualität. Sie finden die Auswandererdatenbank im Internet unter <http://www.auswanderer-bw.de> ■ Tilo Wütherich



Das Funktionsschema Auswandererwebseite; die Anwendung ist auf zwei Server und drei Datenbanken verteilt.

Virtuelle Spuren menschlichen Wollens, Handelns und Erleidens

Die Ständige Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart nun auch im Netz

Virtuelle Präsentationen im Netz haben eine andere Qualität und bieten andere Zugänge als Ausstellungen, in denen das Archivgut unmittelbar gezeigt wird. Während die direkte Begegnung mit dem Exponat in der Vitrine die Aura und Faszination des Authentischen hat und das einzelne Stück in die sinnlich erfahrbare Gestaltung des Ausstellungsraums eingebunden ist, um dort zusammen mit anderen Exponaten auf der Grundlage eines ganzheitlichen Gestaltungskonzepts emotionale Wirkungen zu erzielen, steht auf dem Bildschirm das jeweilige Stück stets isoliert im Vordergrund. Zu diesem kann man aber über unterschiedliche Zugänge gelangen, die vor Ort in dieser Weise nicht möglich sind. Virtuelle Präsentationen können und sollen nicht das Abbild einer physischen Ausstellung sein, auch wenn in ihnen dieselben Exponate aufbereitet sind und dieselben Inhalte vermittelt werden.

Dies zeigt sich auch an der völlig neu bearbeiteten Ständigen Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, die 2004 unter dem neuen Titel *Spuren menschlichen Wollens, Handelns und Erleidens* wieder eröffnet wurde (vgl. Archivnachrichten Nr. 29) und seit September 2005 auch als virtuelle Präsentation im Netz zugänglich ist (<http://www.landesarchiv-bw.de/hstas/ausstellung>). Als unmittelbare Begegnung mit dem Archivgut, als sinnliche Erfahrung des vorsichtig ausgeleuchteten Archivguts in einem dunklen Raum, der so den starken Eindruck einer Schatzkammer hinterlässt, kann nur die begehbare Ausstellung wirken; dies kann die virtuelle Präsentation am Bildschirm nicht ersetzen. Dafür bietet sie aber Zugänge, die als solche im Ausstellungsraum nicht gegeben sind und hinsichtlich der Zugriffsmöglichkeiten einen Mehrwert darstellen: Mit einem Mausklick können Verknüpfungen und

Sortierungen bewirkt werden, die eine inhaltliche Durchdringung und Auswertung erleichtern. So kann man sich unter dem Stichwort *Siegel* alle Exponate mit Siegeln zusammenstellen, auch wenn sie in der realen Ausstellung in verschiedenen Vitrinen liegen, unter *Bildliche Darstellungen* alle Archivalien mit Bildern oder unter *Bauern* alle Dokumente, die etwas über die bäuerliche Bevölkerung aussagen. Mithilfe einer Zeitleiste, die vom 9. bis zum 21. Jahrhundert reicht, kann eine Zeitreise durch die Welt der historischen Überlieferung unternommen werden.

Natürlich ist am Bildschirm auch ein Gang durch die Ausstellung in der Abfolge der Exponate möglich. Und da in der physischen Ausstellung vertiefende Informationen zu einzelnen Stücken in Schubladen geboten werden, die bei Interesse aufgezogen werden können, war dieses Gestaltungselement natürlich ganz besonders dazu geeignet, im Internet um-

gesetzt zu werden. Dasselbe gilt für alle interaktiven Elemente der Dauerausstellung, vor allem für die darin zunächst anonym präsentierten Autografen berühmter Persönlichkeiten, die man erraten soll. Finden sich im Ausstellungsraum die Lösungen dazu ganz einfach in der Schublade, so ist dieser Teil der Ausstellung im Internet zu einem kleinen interaktiven Ratespiel mit Punkte-zählung ausgestaltet. Mittelfristig soll die virtuelle Ausstellung um ein entsprechendes Modul zur Schriftdatierung erweitert werden.

Überhaupt steht das interaktive Element in der virtuellen Ausstellung im Vordergrund. Die einzelnen Exponate können in einem neuen besonderen Modul betrachtet werden, das die Möglichkeit bietet, die Darstellung des Objekts in vielfältiger Weise zu modifizieren. Nicht nur die Größe des Gesamtbilds kann verändert werden, sondern es kann auch, wie mit einer Lupe, ausschnittsweise untersucht werden. Das ist besonders bei Archivalien mit sehr großem Format von Vorteil, die gleichzeitig eine sehr starke Detaillierung aufweisen, wie zum Beispiel Pläne oder umfangreiche Urkunden. Der Betrachter behält so den Überblick über das Gesamtdokument und kann gleichzeitig jeden beliebigen Bildbereich genau fokussieren. Das Ausschnittfenster kann auch in ein Zeilenzoom verwandelt werden. Somit kann der Nutzer das Dokument in bequemer Weise lesen, ohne das Gesamtbild so stark vergrößern zu müssen, dass die Datenübertragungsrate des Internets zum Problem wird. Andererseits haben Nutzer, die über einen Internetzugang mit hoher Übertragungsrate verfügen, die Möglichkeit, das gesamte Bild sehr stark zu vergrößern und mit der Maus unter Ausnutzung der gesamten Bildschirmfläche frei zu verschieben.

Zu einzelnen Exponaten werden außerdem Transkriptionen bereitgestellt. Das paläografische Selbststudium wird dadurch erleichtert, dass der Nutzer in einem eigenen kleinen Fenster die Umschrift des jeweiligen Textabschnitts einsehen kann, während er das Dokument von Zeile zu Zeile abtastet. Tafeln mit Schriften aus den verschiedenen Epochen bieten weitere Hilfestellung beim Studium der historischen Objekte.

Das Bildpräsentationsmodul ermöglicht auch das Drehen des Bilds, was zum Beispiel bei Siegeln von Vorteil sein kann. Bei Objekten, die nicht gleichmäßig beleuchtet werden können, wie zum Beispiel Urkunden mit sehr hartem, welligem und an verschiedenen Stellen gefalztem Papier, kann die Lesbarkeit durch Variieren des Helligkeitswerts des Bilds verbessert werden. Funktionen, die bereits in den Bereich der Bildverarbeitung gehören, können also direkt im Internet genutzt werden, um die detaillierte wissenschaftliche Untersuchung historischer Quellen zu

erleichtern und für einen großen Nutzerkreis überhaupt erst zu ermöglichen, ohne dass das Archivale selbst in Mitleidenschaft gezogen wird.

Innerhalb der virtuellen Ausstellung führen Links zu einschlägigen Angeboten im Netz im wahrsten Sinn des Worts weiter. Selbstverständlich ist sie auch in vielfältiger Weise mit dem übrigen Internetangebot des Landesarchivs verknüpft. Es lassen sich von den einzelnen Exponaten aus die entsprechenden Seiten der Online-Gesamtübersicht oder des Onlinefindbuchs aufrufen, sodass man sich über ihren Überlieferungszusammenhang und Entstehungskontext informieren kann. Und so kann man zum Beispiel von einem Abschnitt, der sich mit der Übernahme von Unterlagen aus den Ministerien in Baden-Württemberg befasst, auf die im Netz hinterlegten Informationen zur Aktenaussonderung und Überlieferungsbildung gelangen.

Die virtuelle Ausstellung kann und soll einen Einstieg in die Arbeit des Lan-

desarchivs Baden-Württemberg und in die grenzenlose Welt der Archive bieten. Sie wurde – wie die Ständige Ausstellung im Hauptstaatsarchiv überhaupt – auf die breitere Öffentlichkeit ausgerichtet, die nichts oder wenig über Archive und Archivgut weiß, zugleich aber auch auf die spezielle Zielgruppe der Studierenden, denen sie eine Einführung in das Archivwesen und die Archivalienkunde bieten soll. So wurde die *Virtualisierung* der Ständigen Ausstellung auch in einer Lehrveranstaltung mit Studentinnen und Studenten behandelt, die mancherlei Anregung gaben und zum Teil auch Transkriptionen einzelner Exponate gefertigt haben.

Inhaltlich wurde die virtuelle Ausstellung vom Hauptstaatsarchiv bearbeitet, während die technische Umsetzung, also die Strukturierung, Programmierung und optische Gestaltung der Internetpräsentation, beim IUK-Referat des Landesarchivs lag ■ Robert Kretzschmar/Thomas Fricke

Von England nach Ellwangen?

Zum Fund eines Sermones-Fragments aus dem 8. Jahrhundert im Staatsarchiv Ludwigsburg

Im Rahmen der Verzeichnung des Ludwigsburger Bestands B 397 *Kloster Ellwangen: Ältere fürstliche Akten* tauchte 1988 ein Epistolarfragment aus dem letzten Viertel des 9. Jahrhunderts auf. Es galt seither als ältestes Stück im Staatsarchiv Ludwigsburg (Bestand B 397 II Bü. 537), wo große Teile der Ellwanger Überlieferung aufbewahrt werden. Das Fragment ließ sich fünf bereits bekannten Stücken im Hauptstaatsarchiv Stuttgart zuordnen, die alle als Teile eines Kodex von 875 zu deuten sind (Norbert Hofmann: Epistolarfragmente des 9. Jahrhunderts aus Ellwanger Archivbeständen. In: Ellwanger Jahrbuch 33 (1989/90) S. 192–206.). Am Rande von Forschungen zur Ellwanger Propstei Hohenberg wurde im selben Ludwigsburger Aktenbestand nun ein noch älteres Fragment aus einem liturgischen Kontext entdeckt, das als Einband einer Rechnung aus dem 15. Jahrhundert diente. Der paläografische Befund des unter der Signatur B 397 II Bü. 244 aufbewahrten Stücks spricht für eine Datierung in das 8. Jahrhundert, spätestens um 800. Wir haben damit nicht nur das älteste im Staatsarchiv Ludwigsburg aufbewahrte Archivale, sondern auch das früheste überlieferte Schriftzeugnis aus der Abtei Ellwangen überhaupt vor uns.

Das Benediktinerkloster war nach späterer Überlieferung 764 von den adligen Brüdern Hariolf und Erlolf gegründet worden, die das Eigenkloster vielleicht schon unter Pippin oder Karl dem Großen

dem fränkischen Herrscherhaus tradierten. Zur Zeit Ludwigs des Frommen, der das Kloster im Virngrund 814 privilegierte, stand die Reichsabtei auf derselben Stufe wie die hoch angesehenen Klöster Fulda und Hersfeld.

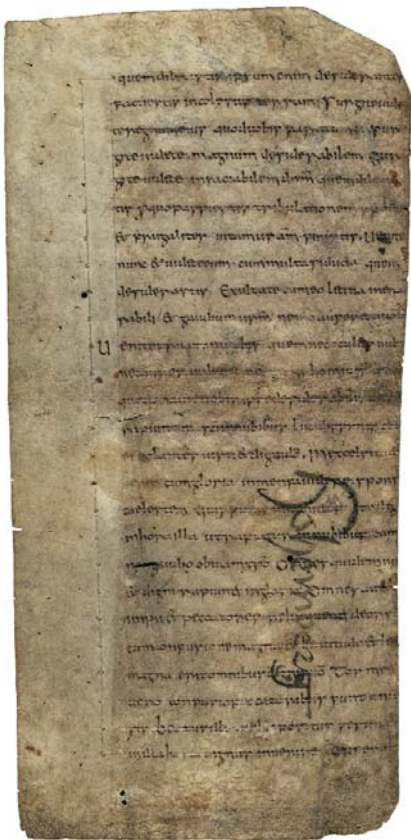
Im Folgenden soll das in die Anfangszeit der Klostergründung weisende Fragment, dessen wissenschaftliche Edition andernorts vorgesehen ist, kurz vorgestellt und seine Bedeutung für die Forschung zu Ellwangen angerissen werden.

Der Fund im Staatsarchiv Ludwigsburg umfasst drei Blatt Pergament, die auf Verso- und Rektoseiten eng beschrieben sind. Sie waren mit großen Stichen an den Längsseiten aneinander genäht und wurden dann einmal gefaltet, um den Einband einer zehn Blatt Papier umfassenden Rechnung im Format 30 x 11 Zentimeter zu bilden.

In der Restaurierungswerkstatt des Staatsarchivs wurden die drei Stücke vom Rechnungsheft getrennt und die Nähte, die sie miteinander verbanden, gelöst. Dabei wurde sowohl die Art der Befestigung am Rechnungsheft als auch die Form der Zusammenheftung festgehalten und für die Zukunft dokumentiert. Das Rechnungsheft erhielt einen neuen Umschlag aus drei Pergamentstücken, die in der gleichen Weise zusammenge-näht wurden. Die drei Originalfragmente, die in der Mitte einen Falz von der Jahrhundertelangen Nutzung als Umschlag an der Rechnung davongetragen hatten, wurden plan gelegt und geglättet. Durch

die Reinigung ihrer Oberfläche wurde die Lesbarkeit deutlich verbessert. Sie werden in Zukunft unter derselben Signatur separat neben dem Rechnungsheft aufbewahrt werden.

Die drei Blatt sind mit 23,5 x 11,5–12 Zentimetern ungefähr gleich groß. Sie wurden an den Innenseiten beschnitten, wodurch einzelne Buchstaben verloren gingen. Bei Blatt 3 fehlt ein 8 x 9 Zentimeter großes Stück, das offenbar zu anderen Zwecken herausgeschnitten worden war. Dies führte zu einem empfindlichen Textverlust. Der untere Rand von Blatt 1 weist einen wellenförmigen Schnitt auf. Fünf der sechs Seiten verfügen über einen annähernd gleichen Schriftspiegel von 19,5 x etwa 9 Zentimetern. Der obere Rand liegt bei 1,8 Zentimetern, der untere bei 2,5 Zentimetern. Allein bei Blatt 1r beträgt der untere Rand vier Zentimeter, was auf das Ende eines Textabschnitts hindeutet. Dazu passt, dass Blatt 1v mit einer Auszeichnungsiniale beginnt, hier



Eine Seite des Sermones-Fragments, die die ehemalige Nutzung als Einband zeigt. Vorlage: Landesarchiv StAL B 397 II Bü. 244

also deutlich ein neues Kapitel einsetzt. Die Auszeichnungsiniale *F* erstreckt sich über neun Zeilen und ist mit einem figürlichen Schmuck versehen, der Spuren roter Farbe aufweist.

Die Datierung der Stücke wird ermöglicht durch die Bestimmung der verwendeten Schrift, die offenbar insularer Herkunft ist. Es handelt sich um die angelsächsische Minuskel, die von Missionaren im 8. Jahrhundert auf das Festland gebracht wurde, wofür sich etwa in der Bonifatiusgründung Fulda etliche Beispiele finden lassen. Eine Reihe von Abkürzungen macht den Unterschied zur karolingischen Minuskel deutlich, die sich im 9. Jahrhundert auf dem Kontinent durchsetzte. Darüber hinaus ist kennzeichnend, dass das *r* unter die Zeile reicht und kaum vom ebenso unter der Zeile verlaufenden *s* zu unterscheiden ist. Ein Vergleich der beiden hier abgebildeten Ellwanger Fragmente im Ludwigsburger Bestand B 397 veranschaulicht die Unterschiede zwischen vorkarolingischer und karolingischer Minuskel.

Format und Schriftspiegel sprechen dafür, dass die drei Blatt Pergament zu einem Kodex gehörten. Aufgrund der Fehlstellen lässt sich allerdings die Reihenfolge der Blätter in der Handschrift nicht eindeutig festlegen. Noch lässt sich mit Sicherheit sagen, ob es sich um einen zusammenhängenden Text handelt oder nicht eher von mehreren Fragmenten gesprochen werden sollte.

Forschungen zum Inhalt der Fragmente haben ergeben, dass die Texte nicht im Zusammenhang bei Migne Patrologia Latina oder in den großen patristischen Textcorpora gedruckt sind. Es handelt sich um Predigten – Sermones, in denen außer der Bibel und dem Heiligen Augustinus vor allem Gregors des Großen *Moralia* in Job zitiert werden. Demnach müsste der Text dem 7. oder 8. Jahrhundert entstammen. Wenn man nun fragt, wo dergleichen zu dieser Zeit verfasst werden konnte, kommen am ehesten Irland und England in Betracht. Wenn auch die Editionsfrage für diesen Raum und dessen elektronische Erschließung für uns schwer zu übersehen ist, so spricht doch viel dafür, dass wir es mit einem oder mehreren bisher unbekanntem Sermones zu tun haben.

Nicht auszuschließen ist, dass die Predigten auf dem Festland von einem Schreiber festgehalten wurden, der aus

dem angelsächsischen Bereich stammte und die insulare Schrift weiter pflegte. Über ein Ellwanger Skriptorium ist vor dem 12. Jahrhundert freilich nur *kümmert wenig bekannt* (Hartmut Hoffmann: *Schreibschulen des 10. und des 11. Jahrhunderts im Südwesten des Deutschen Reichs* (Monumenta Germaniae Historica Schriften 53). Hannover 2004. S. 145.), sodass hier nur spekuliert werden könnte. Ebenso wenig lässt sich eine sichere Aussage darüber treffen, ob der Kodex, aus dem das oder die Fragmente stammen, überhaupt der Ellwanger Klosterbibliothek angehört hat; vielleicht wurde er auch als Makulatur gekauft. Kaum ein anderes Benediktinerkloster hat so wenig seiner ehemals kostbaren Bestände in die Neuzeit retten können wie Ellwangen.

Es scheint aber kein Zufall zu sein, dass alle hier angesprochenen Fragmente im 15. und 16. Jahrhundert als Einbände von Rechnungen, Gült- oder Lagerbüchern zweckentfremdet wurden. Während das Epistolarfragment von 875 als Einband einer Ellwanger Spitalrechnung aus der Mitte des 15. Jahrhunderts diente, bildete das neu aufgefundene Stück den Einband einer Heiligenrechnung der Ellwanger Propstei Hohenberg aus der Zeit 1426 und 1442. Auch das Stuttgarter Fragment J 522 X b Nr. 717 war als Einband eines Hohenberger Gültbüchleins von 1440 genutzt worden. Als im Jahr 1460 das Kloster Ellwangen in ein weltliches Chorherrenstift umgewandelt wurde, hörte auch die Propstei auf zu existieren. Offenbar wurde in dieser Zeit des Umbruchs und des Neubeginns im 15. Jahrhundert auch die Bibliothek der liturgischen und theologischen Kodizes in Ellwangen aufgelöst, verschleudert oder dem Buchbinder übergeben. Die ältesten Kodizes werden dieses Schicksal als Erste erfahren haben, zumal sie in einer veralteten, unleserlichen Schrift abgefasst waren. Warum sollte nicht auch das in einer vorkarolingischen Schrift geschriebene älteste Stück im Staatsarchiv Ludwigsburg dieses Schicksals geteilt haben? Habent sua fata libelli ...

Frau Professor Dr. Herrad Spilling, Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, und Herrn Professor Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der Monumenta Germaniae Historica in München, sei an dieser Stelle für wertvolle Hinweise gedankt. ■
Maria Magdalena Rückert / Gunda Constantin

Atlanten der Nachkriegszeit

Die Provenienzenbereinigung zwischen dem Staatsarchiv Freiburg und dem Generallandesarchiv Karlsruhe bei den Ministerialbeständen

Die militärische Besetzung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg führte auch im Südwesten zu einer weitreichenden territorialen Neuordnung. Baden wurde entlang der Grenzlinie zwischen amerikanischer und französischer Besatzungszone in einen nördlichen und einen südlichen Teil zerrissen. Während Nordbaden zusammen mit Nordwürttemberg zum Land Württemberg-Baden vereinigt und der Sitz der Landesregierung in Stuttgart errichtet wurde, entstand im französischen Besatzungsgebiet das Land (Süd-)Baden mit eigenen Zentralbehörden in Freiburg im Breisgau. Die 1952 erfolgte Vereinigung (Süd-)Badens, Württemberg-Badens und Württemberg-Hohenzollerns zum Südweststaat markierte einen weiteren Einschnitt, wobei das Gebiet des ehemaligen badischen Gesamtstaats nunmehr zwischen den Regierungsbezirken Nord- und Südbaden geteilt wurde. Die in den 1970er Jahren erfolgte Gebietsreform verschob die Grenze zwischen beiden Regierungsbezirken noch etwas nach Süden.

Die schwerwiegenden territorialen Verschiebungen hatten auch im archivistischen Bereich erhebliche Auswirkungen: Das in der französischen Zone entstandene Land (Süd-)Baden errichtete zur Betreuung seiner Behörden ein eigenes Archiv in Freiburg im Breisgau, das nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg zunächst eine Außenstelle des Generallandesarchivs Karlsruhe darstellte und 1975 seine organisatorische Selbstständigkeit erlangte. Obwohl jeder der beiden badischen Regierungsbezirke nunmehr über ein zuständiges Archiv verfügte, war es den Grenzziehungen zuzuschreiben, dass Behörden ihr Schriftgut an beide Staatsarchive abliefern. Folglich waren Akten eigentlich gleicher Provenienz in beiden Häusern zu finden. Ein 1991 vollzogener umfangreicher Beständeausgleich zwischen beiden Staatsarchiven, bei dem seitens des Generallandesarchivs 1396 Regalmeter und seitens des Staatsarchivs Freiburg 517 Regalmeter abgegeben wurden, sollte die unübersichtlichen Strukturen weitgehend beseitigen. Seit dem Beständeausgleich wird im Generallandesarchiv Karlsruhe das Schriftgut aller im Großherzogtum Baden auf gegangenen Territorien des Alten Reichs, der badischen Zentralbehörden bis 1945, der nordbadischen Behörden in der Übergangszeit 1945–1952 und aller nordbadischen Mittel- und Unterbehörden von 1806 bis in die heutige Zeit aufbewahrt. Die Bestände des Staatsarchivs Freiburg umfassen nunmehr zum einen das nach 1806 entstandene Schriftgut der Mittel- und Unterbehörden im Gebiet

des heutigen Regierungsbezirks Freiburg, zum anderen die Unterlagen der von 1945 bis 1952 existierenden Ministerien des Landes (Süd-)Baden.

Im Bereich der nord- und südbadischen Ministerialbestände konnte der Beständeausgleich ungeachtet der umfangreichen Verlagerungen von Archivgut jedoch nicht als abgeschlossen gelten. In Karlsruhe befanden sich vor allem im Bestand 235 *Kultusministerium* weiterhin zahlreiche Akten mit einer Laufzeit über das Jahr 1945 hinaus, von denen etliche in Behörden des Landes (Süd-)Baden entstanden und aufgrund ihrer Provenienz nach Freiburg zu übergeben waren. Auch in den Beständen 233 *Staatsministerium*, 234 *Justizministerium*, 236 *Innenministerium*, 237 *Finanzministerium* und 238 *Kriegsministerium* waren zumindest vereinzelt Akten zu erwarten, mit denen diese Bestände in Karlsruhe ungeachtet des endgültigen Erlöschens des badischen Gesamtstaats 1945 bis weit in die Nachkriegszeit hinein angereichert worden waren.

Die Bearbeitung dieser Bestände als Arbeitsvorhaben im Rahmen des Beständeausgleichs zwischen dem Generallandesarchiv Karlsruhe und dem Staatsarchiv Freiburg wurde dem Verfasser im Mai 2000 im Rahmen eines dreijährigen Assessorenprojekts am Generallandesarchiv Karlsruhe übertragen. Aufgabe war die Feststellung von Fremdprovenienzen mit einer Laufzeit bis 1803/1806 und nach 1945 sowie die physische Trennung der Akten südbadischer Provenienz von den übrigen. Die nähere Skizzierung der Aufgabenstellung und des Arbeitsverfahrens setzt jedoch einen knappen Überblick über die Entwicklung der badischen Zentralbehörden bis 1952 voraus.

Die badischen Zentralbehörden von 1809 bis zum Jahr 1952

Eine moderne Ministerialstruktur erhielt Baden mit dem so genannten Organisationsreskript von 1809: Die Verwaltung wurde nunmehr drei- beziehungsweise vierstufig organisiert, wobei die *Orts vorgesetzten* in den Gemeinden als unterste Ebene fungierten, gefolgt von den *Ämtern* sowie den *Kreisdirektorien*, welche die Mittelstufe der Verwaltung darstellten. Die Kreisdirektorien wurden 1832 durch vier Kreisregierungen ersetzt, bevor diese 1863 ebenfalls aufgelöst wurden. Die Separierung südbadischer Provenienzen bei den Kreisdirektorien und Kreisregierungen war ebenfalls Teil des Assessorenprojekts, kann an dieser Stelle aber nicht näher erläutert werden. Die oberste Stufe der Verwaltung bildeten die *Ministerien*.

Die Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe spiegeln die organisatorischen Umgestaltungen von 1809 nur partiell wider. Während für die Bereiche Justiz, Inneres, Finanzen und Kriegswesen jeweils ein eigener Bestand gebildet wurde, ist dies für den Bereich Äußeres durch die mehrfache Einrichtung und Auflösung des Ressorts nicht der Fall. Für das erst 1817 entstandene Staatsministerium und das seit 1911 existierende Ministerium für Kultus und Unterricht wurden hingegen eigene Bestände formiert. Kurzlebige Institutionen wie das Handelsministerium (1860–1881) und das Arbeitsministerium (1919–1927) haben durch die Übernahme des Schriftguts seitens anderer Ressorts in der Tektonik des Generallandesarchivs ebenfalls keine Spuren hinterlassen.

Ein *Staatsministerium* als oberste Landesbehörde wurde in Baden erst im Jahr 1817 institutionalisiert und verfügte – bestehend aus einem Staatsminister, den Leitern der Ministerien und Departements, Staatssekretären und außerordentlichen Mitgliedern unter Vorsitz des Landesherrn – noch über keine eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis sondern war lediglich ein Gremium zur Entgegennahme der Meinungsäußerung der einzelnen Mitglieder durch den Großherzog. Die Übernahme von Kompetenzen des Justizministeriums durch eine eigens eingerichtete Justizsektion im Staatsministerium zwischen 1820 und 1825 sowie des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten zwischen 1871 und 1893, ließ das Staatsministerium jedoch zeitweise selbst zu einem Fachministerium werden. Nach dem Sturz der Monarchie bestand das neue, nunmehr vom Landtag berufene Staatsministerium aus Fachministern, zu denen sich der Staatspräsident als Primus inter Pares gesellte sowie ergänzend aus einer Anzahl so genannter Staatsminister ohne festen Geschäftsbereich.

Das *Justizministerium* bestand nach seiner Errichtung zunächst nur zehn Jahre und gab bei seiner Aufhebung 1819 seine Kompetenzen an die Justizsektion im Staatsministerium und an das Innenministerium ab. Nach der Wiedereinrichtung 1825 betreute es von 1871 bis 1881 zusätzlich die Angelegenheiten des Großherzoglichen Hauses und von 1881 bis 1911 die Bereiche Kultus und Unterricht, Wissenschaft und Kunst. Im Jahr 1911 wurden die Ressorts Großherzogliches Haus, Justiz und Auswärtiges zusammgelegt, die Verfassung von 1919 wies dem Justizministerium hingegen wieder die eigentlichen Kernbereiche zu.

Bis zur Errichtung eines eigenen *Ministeriums des Kultus und Unterrichts* im Jahr 1911 waren die Kompetenzen in diesem Bereich zunächst vom Innenministerium, ab 1881 vom Justizministerium wahrgenommen worden. Die badische Verfassung von 1919 bestätigte die Existenz eines eigenen Kultusressorts, das bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten eine selbstständige Institution blieb.

Dem *Innenministerium* unterstanden anfänglich die Generalstudien-, die Sanitäts- und die Staatsanstaltenkommission. Seit 1809 umfasste der Bereich Inneres auch Fragen der Landeshoheit, Polizei, Ökonomie sowie katholische und evangelische Kirchenangelegenheiten, für die eigene Departements im Ministerium eingerichtet wurden, bevor deren Zahl 1812 unter Beibehaltung der Aufgaben auf zwei reduziert und 1819 auch diese Gliederung hinfällig wurde. Im Jahr 1860 wurden die ökonomischen Fachaufgaben an das neu gegründete Handelsministerium abgegeben. Nach dessen Auflösung und der Rückgabe der Kompetenzen an das Innenministerium 1881 wurden im selben Jahr die Bereiche Kultus und Unterricht, Wissenschaft und Künste auf das Justizministerium übertragen. Eine weitere Abspaltung – die eines Arbeitsministeriums unter Übernahme des Wohlfahrts-, Bau-, Feuerpolizei- und Wohnungswesens – dauerte nur von 1919 bis 1924. Danach fielen diese Kompetenzen an das Innenministerium zurück.

Das badische *Finanzministerium* ging aus dem 1807 geschaffenen Finanzdepartement des Geheimen Rats hervor. Es gliederte sich anfänglich in ein Staatswirtschafts-, ein Domänen-, ein Steuer- und ein Kassendepartement. Seit 1812 hatte das Finanzministerium zwei Departements, denen mehrere Kommissionen für das Forst-, Bau-, Bergwerks- und Kassenwesen zugeordnet waren. Ab 1822 gliederte sich das Ressort in eine Steuer- und eine Domänensektion. Die Bereiche Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen wurden zwischen 1860 und 1881 vom neu errichteten Handelsministerium abgedeckt, gingen nach dessen Auflösung auf das Finanzministerium über, um zwischen 1893 und 1911 vom Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten übernommen zu werden. Einen nochmaligen Kompetenzzuwachs bedeutete die Übernahme der Fachaufgaben Wasser- und Straßenbau, mit denen das Finanzministerium nach Aufhebung des Arbeitsministeriums im Jahr 1924 betraut wurde.

Ein *Kriegsministerium* existierte in Baden nur von 1808/09 bis zum Jahreswechsel 1871/1872. Durch die mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention verzichtete Baden – anders als Bayern, Sachsen und Württemberg – auf die

Unterhaltung eines eigenen militärischen Kontingents; das in Baden stationierte XIV. Armeekorps mit Sitz des Generalkommandos in Karlsruhe war als solches vielmehr künftig Teil der preußischen Armee. Einem nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1919 eingerichteten Ministerium für militärische Angelegenheiten war bis zu seiner Wiederauflösung nur eine Lebensdauer von gut einem Jahr beschieden.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten ließ die Struktur der Ministerien in Baden ungeachtet der Gleichschaltung der Länder weitgehend unangetastet. Eine Ausnahme bildet lediglich das Justizministerium, das im April 1933 erneut mit dem Kultusministerium zusammengelegt wurde, bevor seine Kompetenzen im Rahmen der *Verreichlichung* auf das Reichsjustizministerium übergingen. Im Krieg wurde die Verwaltungseinheit des Landes durch die Zugehörigkeit Badens zu drei verschiedenen Wehrkreisen in wesentlichen Bereichen jedoch faktisch zerschlagen. Die Pläne zur Errichtung eines Reichsgaus Baden-Elsass konnten zwar nicht mehr umfassend verwirklicht werden, doch kam es seit 1940 zu umfangreichen Verflechtungen zwischen badischen Behörden und den Dienststellen des *Chefs der Zivilverwaltung im Elsass*. Von den Ministerien verlegte allerdings lediglich das Kultusressort seinen Sitz nach Straßburg.

Nach der deutschen Kapitulation wurde die verwaltungsmäßige Einheit Badens – bedingt durch die Zugehörigkeit des nördlichen Landesteils zur amerikanischen und des südlichen Landesteils zur französischen Besatzungszone – endgültig aufgehoben. Unter der Kontrolle der französischen Besatzungsmacht entstand das Land (Süd-)Baden, in dem 1945 und 1946 eigene Verwaltungen für Finanzen, Inneres, Kultus und Unterricht, Justiz, Wirtschaft, Arbeit sowie Landwirtschaft und Ernährung errichtet und bald darauf in Ministerien umgewandelt wurden.

In Nordbaden gestalteten sich die Verhältnisse nach Kriegsende durch die verzögerte Räumung einiger Gebiete der amerikanischen Zone seitens der Franzosen und die spezifische Problematik der Verbindung Nordbadens und Nordwürttembergs lange Zeit überaus kompliziert. Unter amerikanischer Schirmherrschaft war im Juli 1945 die Dienststelle des *Oberpräsidenten des Landeskommissarbezirks Mannheim* eingerichtet worden. Dessen ungeachtet hatte die französische Besatzungsmacht bereits mit der Installation einer Zentralverwaltung in Karlsruhe begonnen, die auch nach der Räumung der ehemaligen Landeshauptstadt durch die Franzosen zunächst dort verblieb und die Verwaltung Südbadens übernehmen sollte. Erst im September 1945 wurden die ursprünglich amerikanisch besetzten Teile Badens und die

nachträglich von den Franzosen geräumt unter dem Dach des *Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden* administrativ vereinigt. Die Dienststelle wurde noch zweimal in *Der Präsident der Landesregierung Baden* und der *Präsident der Landesverwaltung Baden* umbenannt, bevor sie im Jahr 1946 mit *Der Präsident des Landesbezirks Baden* ihre endgültige Benennung erhielt.

Während nunmehr im württembergischen Teil Württemberg-Badens die unteren Behörden direkt den Ministerien unterstanden, war im badischen Teil die Landesbezirksverwaltung Baden zwischengeschaltet. Dem Präsidenten des Landesbezirks wurden durch den Ministerpräsidenten die Verwaltungsbefugnisse für den badischen Landesteil übertragen, ausgenommen die Befugnisse für Staatsaufgaben, die für beide Gebietsteile nur gemeinsam ausgeübt werden konnten. Bis zur Errichtung des Südweststaats im Jahr 1952 blieb die Kompetenzabgrenzung zwischen der Landesregierung und dem Präsidenten des Landesbezirks jedoch vielfach ein umstrittener Punkt. Der Präsident des Landesbezirks errichtete unter dem organisatorischen Dach seiner Dienststelle Abteilungen, die hinsichtlich ihres Aufgabengebiets den Ministerien auf Landesebene entsprechen sollten. Ab Januar 1946 gab es unterhalb des Präsidenten des Landesbezirks Baden die Abteilungen für Innere Verwaltung, für Kultus und Unterricht, für Finanzen, für Arbeit, für Soziales und Wiederaufbau sowie für Wirtschaft, Ernährung und Verkehr. Später wurde für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung noch eine eigene sechste Abteilung errichtet. Mit der durch Volksentscheid herbeigeführten Gründung des Landes Baden-Württemberg wurden die Ministerien der Länder und die Landesbezirksdirektion in Nordbaden zu Abwicklungsstellen erklärt, als Mittelbehörden fungierten seit Oktober 1952 vier Regierungspräsidien mit Sitz in Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart und Tübingen.

Die badischen Ministerialbestände im Generallandesarchiv Karlsruhe: Fremdprovenienzen als strukturelles Problem

Die Ministerialbestände 233–238 im Generallandesarchiv spiegeln hinsichtlich ihrer starken Durchmischung mit Fremdprovenienzen die zahlreichen organisatorischen Umgestaltungen der badischen Zentralbehörden und die territorialen Neuordnungen im deutschen Südwesten deutlich wider. Vor allem bei Akten, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, resultiert diese Problemlage aus der grundsätzlichen Entscheidung, Nachkriegsbehörden wie etwa den *Präsidenten des Landesbezirks Baden* in Kontinuität zu den Zentralbehörden des untergegangenen badischen Gesamtstaats zu setzen und solches Schriftgut in die bestehende

Archivtektonik einzufügen, ohne neue Bestände zu bilden. Insgesamt sind hinsichtlich der Fremdprovenienzen drei Gruppen von Schriftgut zu unterscheiden:

- a) *Fremdprovenienzen mit einer Laufzeit bis 1803/1806*: Bei allen Ministerien finden sich Akten der badischen Zentralbehörden aus der Zeit vor dem Reichsdeputationshauptschluss, Akten aus Territorien, die zwischen 1803 und 1806 in Baden aufgingen und Akten badischer Behörden zwischen 1803 und 1808/1809, also aus der Zeit nach den ersten umfassenden Verwaltungsreformen jedoch vor der Einrichtung von Ministerien als selbstständige Ressorts.
- b) *Akten mit einer Laufzeit über 1945 hinaus und Schriftgut, das erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden ist*: Hierunter fallen vor allem Akten, die von den Ministerien des Großherzogtums Baden oder der Republik Baden angelegt und von den nordbadischen Zentral- und Mittelbehörden fortgeführt oder erst von diesen begonnen wurden. Ein Musterbeispiel liefert in diesem Zusammenhang das *Kultusministerium* (Bestand 235), in dem sich nicht nur Unterlagen des *Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht* finden, sondern auch Akten des *Oberschulamts Nordbaden*, mit Laufzeiten, die bisweilen weit in die 1960er Jahre hineinreichen. Die zweite und im Rahmen des Beständeausgleichs wichtigste Kategorie umfasste Akten, die von südbadischen Ministerien mit Sitz in Freiburg im Breisgau entweder fortgeführt oder begonnen wurden. Überaus zahlreich waren im Bestand 235 folglich auch Faszikel mit der Provenienz *Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts, Freiburg i. Br.*, die gelegentlich noch vom *Regierungspräsidium Südbaden* fortgeschrieben worden waren.
- c) *Akten aus der Zeit 1807–1944, deren Endprovenienz vom Bestand, dem sie zugewiesen wurden, abweicht*: Die qualitative und quantitative Reichweite dieses Problems bedarf einer separaten Untersuchung, da das Schriftgut aus diesem Zeitabschnitt ausdrücklich nicht Gegenstand des Assessorenprojekts war.

Die Aufgabenstellung und Durchführung des Projekts

Die Aufgabenstellung war vor diesem Hintergrund klar definiert und beinhaltete die Erfassung aller unter a) und b) genannten Einheiten in den Beständen 233–238 unter Feststellung der Provenienz, weiter die Identifizierung und physische Trennung der südbadischen Provenienzen sowie die entsprechende Nachbesserung der Findmittel. Die Aufgabenstellung warf vor dem Hintergrund der

spezifischen Struktur der Ministerialbestände zwei gravierende Probleme auf: Erstens war der überaus große Umfang des zu bearbeitenden Schriftguts zu beachten, da die Beständegruppe 233–238 zusammengenommen mehr als 2100 Regalmeter und knapp 200 000 Aktenfaszikel umfasst. Zweitens zeigte sich sehr schnell, dass eine Bearbeitung des Projekts vornehmlich anhand der Findmittel (hauptsächlich Zettelrepertorien) nicht möglich war. Da auf den meisten Karteikarten überhaupt keine Provenienzangaben zu finden waren und bisweilen über 200 Nummern – lediglich mit einer Sammellaufzeit versehen – auf einer einzigen Karte verzeichnet worden waren, blieb keine andere Wahl, als sämtliche betreffende Faszikel selbst zu begutachten.

Das zu wählende Arbeitsverfahren hatte somit folgende Bedingungen zu erfüllen:

- a) Es musste angesichts des großen Umfangs der Bestände ein möglichst rationelles Arbeiten erlauben.
- b) Da die Bearbeitung vor allem der größeren Bestände eine Zeitspanne von etlichen Monaten in Anspruch nehmen konnte, musste das Arbeitsverfahren gewährleisten, dass die häufig genutzten Ministerialbestände weiterhin möglichst uneingeschränkt zur Verfügung standen.
- c) Da jeder der Bestände durch seine spezifische Struktur auch besondere Probleme aufwarf, musste das Arbeitsverfahren einerseits diese Besonderheiten berücksichtigen, andererseits aber so gestaltet sein, dass es sich mit nur geringen Modifikationen einheitlich bei allen Ministerien anwenden ließ. Der Entwurf eines jeweils völlig neuen Arbeitsverfahrens für jeden Bestand wäre nicht nur zeitraubend gewesen, sondern hätte durch mangelnde Einheitlichkeit das gesamte Projekt unnötig kompliziert.

Zunächst galt es daher, eine entsprechend den Anforderungen an das Arbeitsverfahren angemessene EDV-technische Lösung zu finden. Dabei bot sich eine Umsetzung auf der Basis von Access-Datenbanken an, da das Programm nicht nur große Mengen von Datensätzen schnell und sicher verwaltet, sondern auch eine Vielzahl von Abfrage-, Recherche- und Sortiermöglichkeiten bietet, die es erlauben, die individuellen Besonderheiten der einzelnen Bestände angemessen zu berücksichtigen.

Jeder der zu bearbeitenden Bestände wurde zunächst in überschaubare Blöcke eingeteilt, wodurch sich jeweils immer nur ein Teil der Findmittel und des Schriftguts in Bearbeitung befand und zu meist etwa 75 Prozent des jeweiligen Bestands für etwaige Nutzer frei verfügbar waren. Das im Folgenden geschilderte Arbeitsverfahren konnte danach systematisch Block für Block und Bestand für Be-

stand ablaufen. In einem ersten Schritt wurden in den Zettelrepertorien alle Faszikel mit einer für das Projekt infrage kommenden Laufzeit festgestellt (bis 1803/06 einschließlich und ab 1945 einschließlich) und auf den Karteikarten eine Markierung angebracht. Berücksichtigt wurden hierbei aus Gründen der Vollständigkeit auch die zahlreichen Einheiten ohne Laufzeitangaben und die vielfach auftretenden Verweisungskarten. Die so ermittelten Einheiten wurden dann in einer Access-Datenbank in der von den Findmitteln vorgegebenen Reihenfolge (das heißt in der nicht-numerischen Reihenfolge der Findkartei) erfasst und danach vom Verfasser begutachtet, wobei sich drei Entscheidungsmöglichkeiten ergaben:

- a) Akten, die sich gemäß ihrer Provenienz richtigerweise in den Ministerialbeständen befanden und dort verblieben;
- b) Akten, die eine Fremdprovenienz aufwiesen, bei denen aber das Generallandesarchiv für die Provenienzstelle zuständig ist und die somit ebenfalls in Karlsruhe verblieben;
- c) Akten, die eine südbadische Provenienz aufwiesen und daher an das Staatsarchiv Freiburg abzugeben waren, etwa Schriftgut der Ministerien des Landes (Süd-)Baden. Sie wurden umgehend separiert.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass als Folge der signifikanten verwaltungstechnischen Einschnitte in Baden vor allem Akten mit einer langen Laufzeit mehrere Provenienzen aufwiesen und damit die Schnittlinien 1803/06 und 1945 überschritten. Bei Akten, die vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen und danach entweder von nord- oder südbadischen Behörden fortgeschrieben wurden, wurde nicht automatisch gemäß ihrer Endprovenienz entschieden, sondern vielmehr geprüft, bei welcher Provenienzstelle die Akte den größten Zuwachs an Schriftgut erfahren hatte. Den abschließenden Schritt bildete die Bearbeitung der Findmittel: Durch die Serienverzeichnung zahlreicher Akten mussten auf den Karteikarten zunächst die Einheiten, die in den durch das Projekt definierten Untersuchungszeitraum fielen, separat aufgeführt werden. Bei Faszikeln, die endgültig in den Ministerialbeständen verblieben, erfolgte keine weitere Bearbeitung der Karteikarten, bei Faszikeln mit südbadischer Provenienz wurde diese nachgetragen und eine Kopie der Findmittel zusammen mit den Akten dem Staatsarchiv Freiburg übersandt sowie die Abgabe vermerkt. Bei Fremdprovenienzen, die in Karlsruhe verblieben, wurde gegebenenfalls die Provenienz nachgetragen und eine zusätzliche Markierung auf den Karteikarten angebracht.

Der Arbeitsverlauf hat die Anwendbarkeit und Effizienz des gewählten Verfahrens bestätigt: Im Rahmen des im Mai

2000 begonnenen und im Januar 2003 abgeschlossenen Projekts wurden im Generallandesarchiv Karlsruhe bei den Ministerialbeständen sowie bei den Kreisdi- rektorien/Kreisregierungen mit einem Ge- samtumfang von rund 2200 Regalmetern sämtliche Vor- und Nachprovenienzen festgestellt. Dabei wurden 19 000 Faszikel aller genannten Bestände einer Einzel- begutachtung unterzogen und 3532 Fas- zikel mit 47,5 Regalmetern Umfang an das Staatsarchiv Freiburg abgegeben. Durch die Zusammenführung von Zu- sammengehörigem wurde die Übersicht- lichkeit bei der Nutzung dieser historisch wertvollen Bestände deutlich verbessert und den aus der Besetzung und Teilung Südwestdeutschlands am Kriegsende er- wachsenen neuen politisch-territorialen Gegebenheiten auch in archivischer Hin- sicht in adäquater Weise Rechnung ge- tragen.

Literatur

Elmar *Krautkrämer*: Kriegsende und Besetzungszonen. In: Der Weg zum Süd- weststaat. Herausgegeben von der Lan- deszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg. Bearbeitung und Redak- tion: Jörg *Thierfelder* und Uwe *Uffelmann*. Karlsruhe 1991. S. 17–37.

Klaus-Jürgen *Matz*: Baden. In: Der Weg zum Südweststaat. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bil- dung Baden-Württemberg. Bearbeitung und Redaktion: Jörg *Thierfelder* und Uwe *Uffelmann*. Karlsruhe 1991. S. 38–54.

Karl H. *Neumayer*: Der Kampf um Badens Selbständigkeit (1945–1970). In: Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badi- sche Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888–1955). Herausgegeben von Paul- Ludwig *Weinacht*. Sigmaringendorf 1988. S. 263–291.

Clemens *Rehm*: Bewegte Geschich- te. Beständeausgleich zwischen dem Ge- nerallandesarchiv Karlsruhe und dem Staatsarchiv Freiburg. In: Badische Hei- mat 72 (1992) S. 137–142.

Karl *Stiefel*: Baden 1648–1952. 2 Bände. Unveränderter Nachdruck der ersten Auflage. Karlsruhe 2001.

Paul-Ludwig *Weinacht*: Föderalisie- rungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland (1945–1947). Warum wurde das Land Baden nicht wiederhergestellt? In: Politik – Bildung – Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag. Herausgege- ben von Theo *Stammen*, Heinrich *Ober- reuter* und Paul *Mikat*. Paderborn u. a. 1996. S. 241–259 ■ *Christof Strauß*

Komplikationen des Kondominats

Zum Abschluss des Erschließungsprojekts des Löwenstein-Wertheim-Freudenbergschen Archivs

1749 klagte Graf Friedrich Ludwig von Löwenstein-Wertheim-Virneburg, ... *wie unsere Verfassung leider zum größten Ruin und Aufenthalt aller Geschäfte in allen Stücken beschaffen sei; sollte ein vernünftiger unparteiischer Mensch solche in ihrem Zusammenhang lesen und noch dazu auch angehört haben, was mündlich dabei mit vorgestellt werde, so sollte er unseren deplorablen Zustand gewiß bedauern und sich nichts Seltsa- meres als derselbige ist, vorstellen kön- nen.*

Der Graf klagt hier über die Schwie- rigkeiten, mit fünf gleichberechtigten Brü- dern ein Territorium zu regieren. So klein dieses Territorium, die Grafschaft Wert- heim, war, so groß waren die Probleme, die aus der gemeinschaftlichen Regierung entstanden. Ein Gutes hatten diese Schwierigkeiten aber auch, zumindest aus heutiger Sicht: Sie führten zur Entste- hung von Akten. Enorme Mengen Papier wurden beschrieben bei den Versuchen der Brüder, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Meistens vergeblich: Die Lö- sungen blieben aus, die Akten haben sich erhalten.

Dank der Förderung durch die Stif- tung Kulturgut Baden-Württemberg ste- hen sie nun im Staatsarchiv Wertheim der Nutzung zur Verfügung. Nach der Er- schließung des Löwenstein-Wertheim- Rosenbergschen Archivs, die im Jahr 2000 abgeschlossen wurde, ist damit auch das Löwenstein-Wertheim-Freuden- bergsche Archiv nutzbar. Mit über 33 Re- galmetern bildet der Bestand F 231 *Ältere Zentralverwaltung, Nachträge* den größ- ten Einzelkomplex; dort findet sich die Überlieferung von Kanzlei/Regierung und Kammer neben den nun auch neu ver- zeichneten gräflichen Kabinetten. In die- sen lassen sich die Streitigkeiten der gräflichen Brüder aufs Beste verfolgen, insbesondere die zwischen dem Grafen Wilhelm Heinrich und seinen vier älteren Brüdern, die mehrere Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts mehr oder weniger ge- meinsam regierten.

Von besonderem Interesse ist außer- dem dabei die Kanzlei des Grafen Ludwig Moritz (1678–1741), der sich überwie- gend in Frankfurt am Main aufhielt und dort über eine eigene Verwaltung ver- fügte, die mit Wertheim korrespondierte. In den Unterlagen des Grafen fand sich bislang unbekanntes Material zum Ver- fahren gegen den 1738 hingerichteten Joseph Süß Oppenheimer, weil Ludwig Moritz in Wertheim eine Mätresse hatte, die später in den Strudel des Prozesses gegen den Finanzmann des Württember- ger Herzogs geriet.

Einzelne Behörden sind erstmals überhaupt greifbar geworden, wie das Landkommissariat der Grafschaft Wert- heim, das als Unterbehörde für die Steu- ererhebung und als Polizeibehörde zu- ständig war und zudem als Landgericht erster Instanz in zivil- und strafrechtlichen Fällen diente. Daneben ließ sich die Exis- tenz einer gemeinschaftlichen Schulkom- mission für Stadt und Grafschaft Wert- heim in den Jahren 1783–1810 nachwei- sen, deren Ziel es war, das Niveau des Schulwesens zu erhöhen.

Weitere Ergänzungen und Nachträge betreffen die Außenbesitzungen der Wertheimer Grafen. Nach Druck des In- ventars zur Grafschaft Virneburg im Jahr 2000 sind noch weitere vier Regalmeter an Virneburger Schriftgut ermittelt wor- den, die vor allem die Auseinandersetz- ungen der Gräfin Elisabeth Catharina von Moncada (1593–1666) mit ihrem Bruder Friedrich Ludwig von Löwenstein- Wertheim betreffen, der sich weigerte, ihre Mitgift auszuzahlen, für die die Graf- schaft Virneburg als Pfand gesetzt wor- den war. Ein weiterer umfangreicher Komplex behandelt Truppendurchmärs- che und Einquartierungen in der Zeit der Revolutionskriege. Diese den Eifelraum betreffenden Unterlagen zeigen die Inter- nationalität der frühneuzeitlichen Adelsge- sellschaft.

Den Blick in eine ferne Welt ermög- licht auch ein anderes im Rahmen des Projekts aufgefundenes Dokument. 1753 kehrten nämlich zwei Wertheimer zurück, die nach Amerika ausgewandert waren. Sie wurden verhört, weil man befürchtete, sie wollten neue Auswanderer anwerben. Bei dieser Gelegenheit erkundigte sich die Wertheimer Regierung eingehend nach den Verhältnissen in Amerika. Dort war alles ganz anders, berichteten die Zurückgekehrten, und der Regierung wer- den die Ohren geklungen haben, als sie erfahren musste, dass man in Amerika ganz ohne herrschaftliche Steuern und Abgaben auskam.

Durch Nachträge ergänzt wurden die Bestände zur Grafschaft Löwenstein nahe Heilbronn und zur Herrschaft Limpurg, die Gräfin Amöna Sophie von Löwen- stein-Wertheim, eine geborene Schenkin zu Limpurg-Sontheim, zu einem Fünftel an das Haus gebracht hatte. Dieser Be- stand bildet eine Ergänzung zum umfang- reichen Archiv der Herrschaft Limpurg- Gaildorf-Solms-Assenheim im Staatsar- chiv Ludwigsburg (Bestand B 114), des- sen Verzeichnung im Vorjahr zum Ab- schluss gebracht werden konnte (vgl. Archivnachrichten Nr. 29).

Der Wertheimer Anteil an Limpurg vergrößerte sich durch Ehen der ältesten Söhne der Amöna Sophie, der Grafen Johann Ludwig Vollrath und Friedrich Ludwig von Löwenstein-Wertheim. Die Brüder heirateten ihre Cousinen, die Töchter der Gräfin Sophie Eleonore von Erbach-Erbach waren. Teile des Nachlasses der Gräfin Sophie Eleonore sind übrigens im Wertheimer Archiv verblieben und bilden heute den Bestand F 227, in

dem sich auch ein kleiner Anteil Erbacher Überlieferung findet.

War die Verwaltung der Grafschaft Wertheim als Kondominat schon kompliziert genug, so zeigt sich am Fall des Limpurger Erbes, dass dies noch steigerungsfähig war. Zunächst mussten sich die Brüder auch mit ihren beiden Schwestern einigen, weil es sich bei Limpurg um mütterlichen Allodialbesitz handelte. Daraufhin hieß es, Übereinstimmung mit den

anderen drei Limpurg-Sontheimer Miterben zu erlangen. Und bis zur Landesteilung von 1773 hatten auch noch die drei Erbtöchter der Linie Limpurg-Speckfeld ein Mitspracherecht. Kein Wunder, dass die Streitigkeiten im Kondominat nicht selten die höchsten Reichsgerichte in Wien und Wetzlar beschäftigten. Wie diese kleinen Territorien, die mehreren Herren untertan waren, regiert und verwaltet wurden, zeigen die nun erschlossenen Bestände ■ *Renate Schindler*

Justizakten als Quelle zur Geschichte des Holocausts

Erfahrungsbericht eines Yad-Vashem-Mitarbeiters aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg

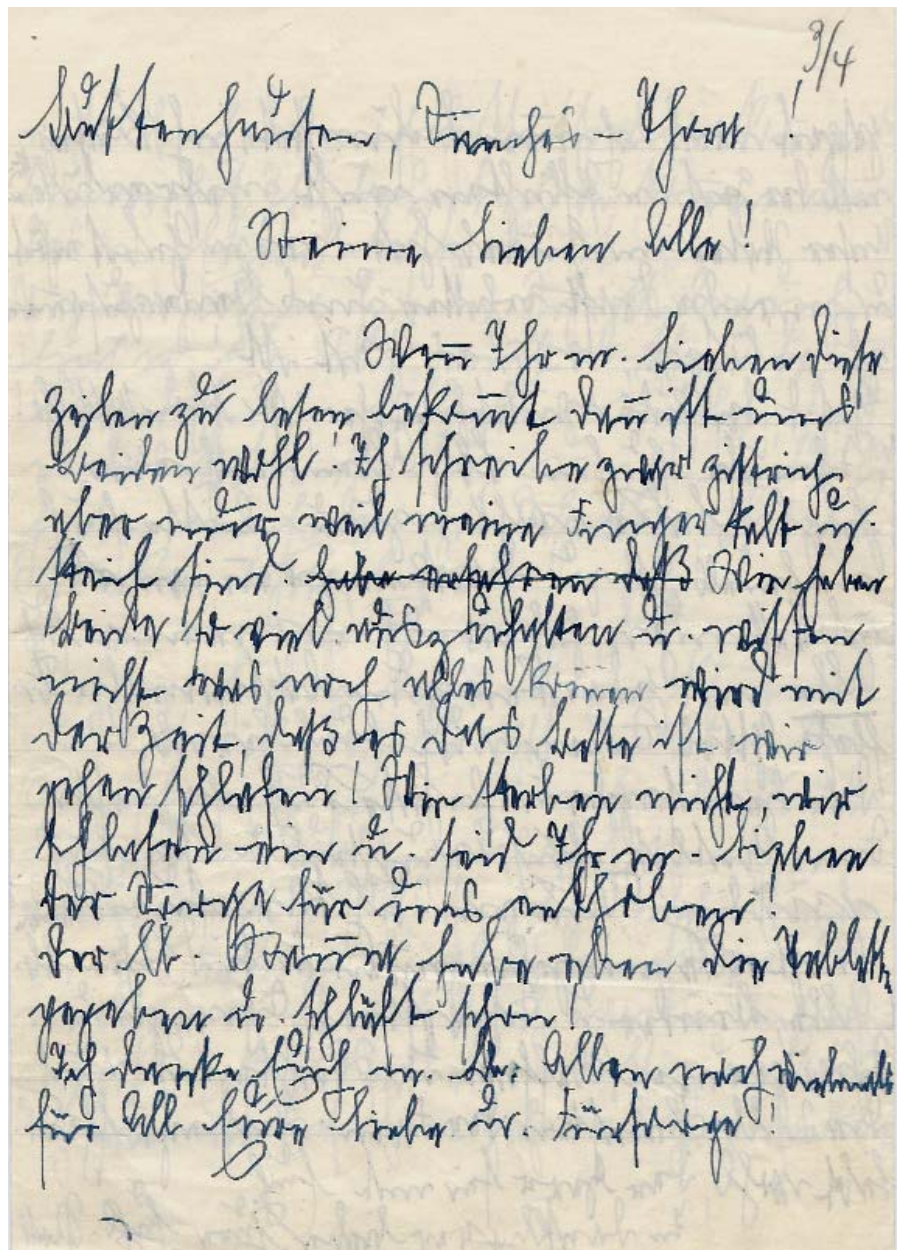
Seit 2002 arbeiten Mitarbeiter der Holocaustgedenkstätte in verschiedenen deutschen Staatsarchiven, um Quellen für die dortige Dokumentation zu ermitteln. Wie kaum ein anderes Forschungsprojekt zuvor bietet dieses Vorhaben die Möglichkeit, die einschlägigen Bestände der Staatsarchive hinsichtlich ihrer Relevanz für die Geschichte des Holocausts zu untersuchen. Schwerpunkt der Arbeiten in den verschiedenen Abteilungen des Landesarchivs Baden-Württemberg sind die Bestände des Staatsarchivs Ludwigsburg. Für eine Durchsicht in Frage kommen hier zum einen die regionalen Bestände von Reichsbehörden und -organisationen wie die Akten des Sicherheitsdiensts vom Oberabschnitt Südwest oder der Reichskammer für Bildende Kunst sowie der Reichsmusikkammer Landesleitung Südwestdeutschland, die dem Reichspropagandaministerium von Joseph Goebbels unterstellt waren. Zum anderen wird in der Überlieferung der Finanzämter und der Vermögenskontrolle nach 1945 recherchiert, die den Prozess der wirtschaftlichen Ausplünderung der Juden dokumentiert, sowie in den zahlreichen Beständen der Gerichtsbarkeit. Justizakten haben in der historischen Forschung eine zentrale Bedeutung, weil diese Dokumente Einblicke in sozial-, wirtschafts-, rechts- und regionalhistorische wie auch mentalitäts- und alltagsgeschichtliche Vorgänge liefern. Ihr vielseitiger Erkenntnis- und Quellenwert gilt besonders beim NS-Thema und bei Fragen nach der Verfolgungspraxis der jüdischen Bevölkerung.

So ergibt die Durchsicht von Beständen der Amtsgerichtsbezirke in Nordwürttemberg nicht nur ein klares Bild, wie das Recht als Kampfmittel der NS-Volksgemeinschaft missbraucht wurde, sondern es zeigt auch die Nazifizierung der kleinen Amtsgerichte in der Region, die nach einer kurzen Übergangsphase von sachlicher Neutralität und Selbstgleichschaltung ab 1935/36 strikt den Vorgaben des NS-Regimes folgten. Eine Flut von Erlassen und Verordnungen des Reichsjustizministeriums und des Oberlandesgerichtspräsidenten in Stuttgart reglemen-

tierte den Behörden- und Justizalltag und formte die Amtsstruktur und die Rechtsprechung. Vielfach waren die Richter und Staatsanwälte bis zum Zweiten Welt-

krieg dieselben Personen geblieben, die loyal dem NS-System dienten.

In diesem Kontext sind zum Beispiel die Akten der Zivilkammer beim Landge-



Die erste Seite des Abschiedsbriefs der Sofie Sara Levi, 1940.
Vorlage: Landesarchiv StAL E 352 Bü. 2860

richt Ulm exemplarisch, weil sie den Nazi-fizierungsprozess in der Rechtsprechung, das heißt bei der Behandlung von Juden in Gerichtsverfahren, verdeutlichen. Während es bis 1935 in Fällen von Zahlungsverweigerung oder bei Unfällen, in denen Juden Kläger oder Beklagte waren, die Richter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ohne Ansehen der Person entschieden, politisierte sich die Rechtsprechung nach 1935 zulasten der Juden. Bei einzelnen Gerichten ergibt sich bereits ab 1933 Straf- und Zivilverfahren ein anderes Bild, hier stehen Juden von Anfang an meist unter Generalverdacht.

Der nationalsozialistische Krieg ab 1939 führte zu einer weiteren Radikalisierung der Rechtsprechung. Dies ist zum Beispiel bei Delikten im Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitereinsatz im Amtsgerichtsbezirk Aalen gut dokumentiert,

wo Zwangsarbeiter massenhaft wegen des *unerlaubten Verlassens des Aufenthaltsorts* oder deutsche Bürger wegen *unerlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen* bestraft wurden. Auch rechtliche und finanzielle Aspekte der Deportation der württembergischen Juden in die deutschen Vernichtungslager tauchen in der Überlieferung der Justiz und der Finanzämter immer wieder auf. Nach der Deportation der Bewohner des zwangsweise eingerichteten jüdischen Altenheims Eschenau nach Theresienstadt 1942 verwertete das Finanzamt Heilbronn deren Vermögen und setzte Steuerbescheide fest. Nach den Akten wurde die Staatsanwaltschaft Ulm aktiv, als sich mehrere jüdische Bürger in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb der drohenden Deportation durch Freitod entzogen. Polizei und Staatsanwalt ermittelten, um *Fremdver-*

schulden, das heißt Mord, auszuschließen. Zynischerweise wurde als Grund für den Freitod die bevorstehende Deportation angegeben, danach wurden die Ermittlungsakten geschlossen. Nach 1945 ermittelten die Staatsanwaltschaften beim Landgericht Heilbronn und Ellwangen gegen die NS-Gewalttäter der Pogromnacht im November 1938 und zum Verhalten des SS-Wachpersonals des KZ-Außenlagers Hesselental gegenüber den Häftlingen – hierzu sind umfangreiche Akten im Staatsarchiv Ludwigsburg aufbewahrt.

Im Gegensatz zur Tendenz einer verzögerten Nazifizierung bei den Amtsgerichten war das Verhalten von Bürgern gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern seit 1933 vielfach antisemitisch geprägt. Hier spiegeln einzelne Justizakten anschaulich die soziale Praxis der *Volksgemeinschaft* wider, das heißt, wie Einzelne aufgrund nationalsozialistischen Eifers und von Regimekonformität jüdische Nachbarn oder deren nichtjüdische Freunde wegen ihrer Kontakte nachstellten, denunzierten und der Justiz auslieferten. Die Dokumente zeigen, wie durch die alltägliche Bspitzelung und Ausgrenzung von Juden die nationalsozialistische Konstruktion der *Volksgemeinschaft* entstand, zu deren Funktionieren es des Öfteren keines Befehls eines NS-Funktionärs bedurfte. Seit 1933 wurden Juden oder auch Nichtjuden, die Kontakte zu Juden pflegten, immer wieder denunziert; so wurden jüdische Viehhändler vom Amtsgericht Besigheim als vermeintliche Tierquälter verurteilt. Einige Schuldner – wie Akten der Zivilkammer des Landgerichts Ulm belegen – sahen mit dem Machtantritt Hitlers erstmals die Chance, sich ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber jüdischen Unternehmern zu entziehen. Bis 1935 gaben die Gerichte allerdings mehrheitlich noch den jüdischen Klägern Recht.

Insgesamt ist die Überlieferungslage gerade auf der unteren Gerichtsebene zumindest im Staatsarchiv Ludwigsburg dichter und inhaltsreicher, als man zunächst vermuten würde. Leider stehen für das umfangreiche Aktenmaterial bislang zumeist nur provisorische Findmittel in Form kursorischer Ablieferungsverzeichnisse der Gerichte zur Verfügung, die gezielte Recherchen sehr zeitaufwendig machen. Angesichts der Bedeutung dieses Überlieferungskomplexes für die NS-Forschung wäre es daher wünschenswert, wenn der Erschließungszustand der Bestände mittelfristig verbessert werden könnte. Zu denken ist in diesem Zusammenhang auch an gemeinsame Projekte mit Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, ähnlich wie dies derzeit in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem bereits für andere Großbestände praktiziert wird ■
Martin Ulmer

Gendarmerie-Abteilung Gend.-Posten Münsingen Münsingen, den 27. Oktober 1940

Gendarmerie-Stellenstelle Kreis Münsingen Land Württemberg Strafbare Handlung: Nichtnatürlicher Tod.

Befragte: 2 Briefe Tatort: Buttenhausen

Kosten: ja — nein (Kosten?) Tatzeit: Samstag, den 26. Oktober 1940.

Zeitaufwand: ... Stunden Wert: --

An den Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in U l m a. D. Jugendlich: -- Rel.: 1er-

Befehlsgang: ja — nein. (Siehe Verzeichnis.)

Amtsgericht Münsingen 28. OKT. 1940

Kurzer Sachverhalt

Anzeige über den gegen Am 27.10.1940 gegen 2,30 Uhr ist die 80 Jahre alte Witwe

Sofie Sara L e v i geborene Frank, durch Vergiftung eines Nichtnatürlichen Todes gestorben. Die Leiche befindet sich in ihrem Schlafzimmer der eigenen Wohnung in Buttenhausen, wo auch ihre Tochter die 53 Jahre alte ledige

Rosa Sara L e v i, im Sterben liegt.

Letztere hinterließ 2 Briefe von denen einer an den Siegfried M a r x in Basel gerichtet, der andere als Testament gedacht ist. Neben den Briefen lag ein an Marx adressierter Briefumschlag. Aus dem Inhalt des an Marx gerichteten Briefes geht hervor, dass die Tochter und ihre Mutter Sofie Sara Levi freiwillig aus dem Leben scheiden.

die Hauptvermuten Mordtötung
Es hätte dem Mörder u. d. Mordtäter Leutinger in Buttenhausen die Leiche des Körpers nicht entfernt der Rosa Sara Levi auch eine Leiche beauftragt, gefordert zu werden, jüdischen
dem Mörder die Leiche wird gelassen.
Ulm a. D., den 8. April 1941
Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht

Obmann 445/41

Mr. 851. Landjägereibung. 12. 37. 4. 5. 5980.

Anzeige beim Amtsgericht Münsingen über den Selbstmord von Sofie Sara Levi und ihrer Tochter Rosa Sara Levi, 1940.
Vorlage: Landesarchiv StAL E 352 Bü. 2860

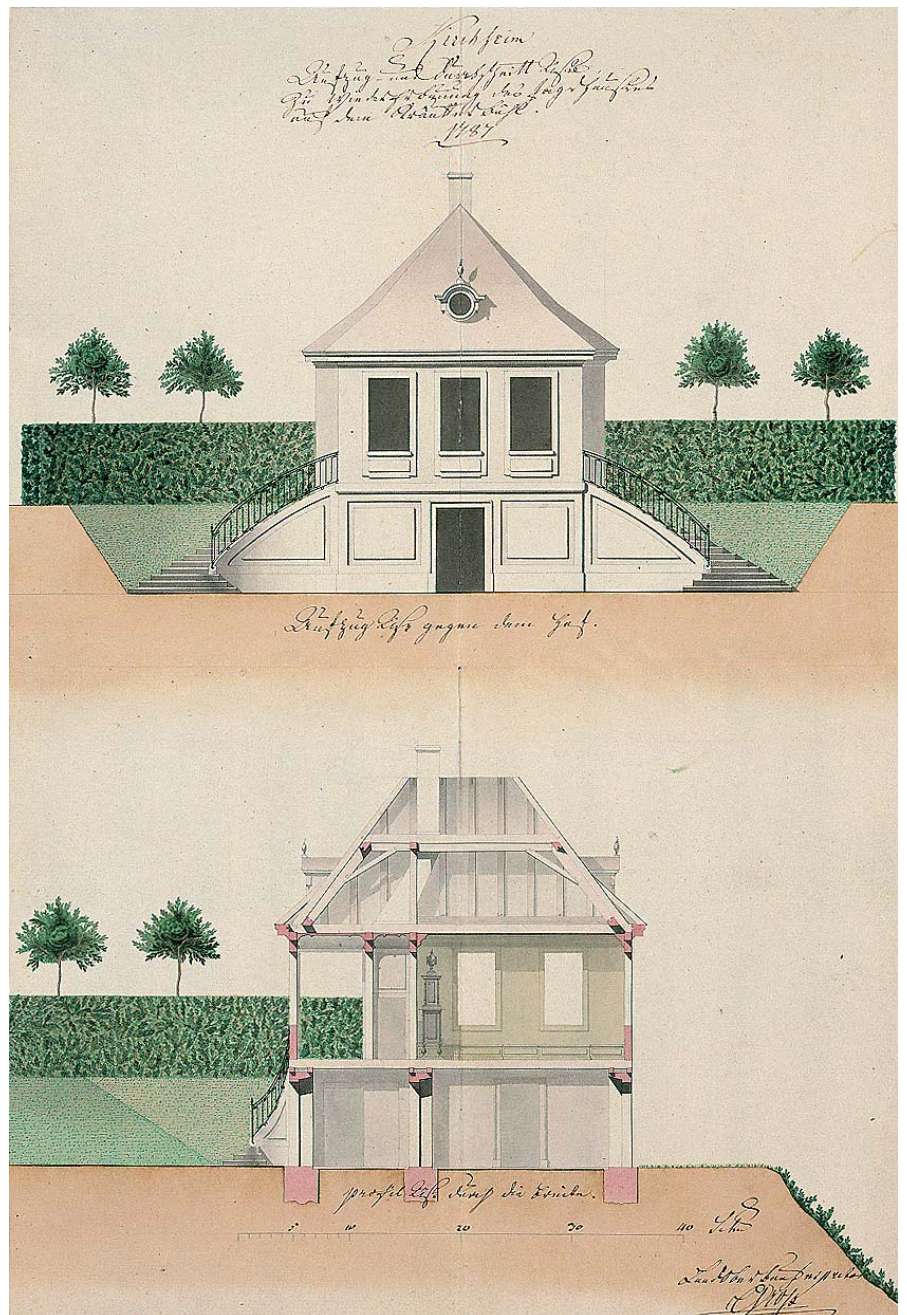
Die Beständegruppe der Forstämter des Hauptstaatsarchivs Stuttgart jetzt komplett im Internet

Die Forstämter als selbstständige Sonderverwaltungen sind in Württemberg seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts nachweisbar; ihre Bezirke sind aus älteren Wildbannen entstanden.

Seit Frühjahr 2004 wurden die Bestände der Forstämter (A 551 *Forstamt Altensteig* bis A 565 a *Si Forstamt Urach*) im Rahmen des Retrokonversionsprojekts unter Anwendung der Software MIDOSA 21 von mehreren Praktikanten und von den Anwärterinnen und Anwärtern des 43. Lehrgangs des gehobenen Archivdiensts neu aufgenommen. Gleichzeitig wurden dabei im Zuge der Rückstandsbearbeitung die bei mehreren Beständen vorhandenen unverzeichneten Reste erfasst und eingearbeitet sowie aus einer umfangreichen Ablieferung des Staatsarchivs Sigmaringen neue Bestände (Si) gebildet. Die Neuaufnahme ist seit kurzem abgeschlossen, neue Bandrepositorien liegen vor, und alle Findbücher sind auch im Internet einzusehen.

Die Bestände der Forstämter enthalten vor allem Unterlagen zum forstlichen Wirtschaftsbetrieb, Akten über Jagdangelegenheiten und Personalakten des Forst- und Jagdpersonals. Bemerkenswert ist die große Anzahl von Karten und Plänen, die noch vorhanden sind. Sie wurden bei der Neuaufnahme zum Teil erstmals ausgeworfen. Als besonders bemerkenswertes Beispiel kann die kolorierte Darstellung des herzoglichen Jagdhauses auf dem Kräuterbühl im Kirchheimer Forst gelten; sie wurde auf Anweisung von Herzog Carl Eugen von dem namhaften Landbaumeister (*Landoberbauinspektor*) Johann Adam Groß (1728–1794) im Jahr 1787 gefertigt.

Im Zuge der Bearbeitung dieser Beständegruppe – sie umfasst 20 Bestände im Umfang von rund 25 Regalmetern – konnten die Akten auch *entschachtelt* und somit für die Sicherungsverfilmung im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut vorbereitet werden; Letztere ist bereits zur Hälfte erfolgt. ■
Bührlen-Grabinger



Ansicht und Aufriss des herzoglichen Jagdhauses auf dem Kräuterbühl im Kirchheimer Forst, gefertigt von Landoberbauinspektor Johann Adam Groß, 1787.

Vorlage: Landesarchiv HStAS A 556 Bü. 62

Romantiker in Uniform

Nachlass Wilhelms I. Herzog von Urach Graf von Württemberg im Hauptstaatsarchiv Stuttgart erschlossen

Wilhelm I. Herzog von Urach Graf von Württemberg (1810–1869) zählt zu den prägendsten Persönlichkeiten der württembergischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Der Begründer des Uracher Fürstenhauses, der seinem Land als Offizier, unter anderem als langjähriger Gouverneur der Bundesfestung Ulm, diente, war ein überaus fähiger und res-

pektierter Truppenführer. Er stieg im württembergischen Heer bis zum General der Infanterie auf und gehörte somit dem engsten militärischen Führungszirkel an.

Die Bedeutung Wilhelms für die Geschichte Württembergs reicht jedoch über seine militärischen Verdienste hinaus. Sie wurzelt ebenso im breiten gesellschaftlichen Engagement des Herzogs

wie auch in seinen privaten Initiativen. Besonderes Profil erlangte Wilhelm als Wissenschaftsorganisator. Er war etwa maßgeblich beteiligt an der Gründung des Württembergischen Altertumsvereins (1843), aus dem der heutige Württembergische Geschichts- und Altertumsverein hervorging. Ebenso war er Gründungsmitglied des Vereins für vaterländische

Naturkunde in Württemberg (1844). Bleibende Bekanntheit bei der Bevölkerung Württembergs erlangte der erste Uracher Herzog durch den 1840/41 erfolgten Umbau der Ruine Lichtenstein bei Reutlingen in ein Schloss im historistischen Stil. Schloss Lichtenstein diente Wilhelm und seiner Familie nach dem Abschluss der Bauarbeiten als Wohnsitz.

Der Nachlass Wilhelms ist im Archiv Herzog von Urach Graf von Württemberg überliefert, das seit einiger Zeit im Hauptstaatsarchiv Stuttgart als Depositum verwahrt wird. Vor kurzem wurde die Erschließung der Dokumente Wilhelms abgeschlossen. Dadurch ist es nun möglich, das Wirken des Uracher Herzogs genauer als bisher in den Blick zu nehmen und neue Facetten seiner Persönlichkeit kennen zu lernen.

Die erhaltenen Unterlagen geben über Wilhelm und seine militärische Laufbahn interessante Aufschlüsse. So verdeutlicht die reichhaltige Korrespondenz etwa die immense Breite der persönlichen Kontakte des Herzogs. Wilhelm stand im brieflichen Austausch mit zahlreichen Adels-, Fürsten- und Königshäusern in Deutschland und Europa, mit Militärs, aber auch mit Wissenschaftlern, Publizisten, Schriftstellern und Künstlern. Kontakte zum europäischen Hochadel kamen zum Teil durch seine eigene familiäre Herkunft, zum Teil jedoch auch durch seine beiden Ehen mit Theodolinde Prinzessin von Leuchtenberg (1814–1857) und Florestine Prinzessin von Monaco (1833–1897) zustande. Der regelmäßige Austausch Wilhelms mit Intellektuellen und Künstlern spiegelt hingegen die ureigensten Interessen des Herzogs wider.

Wilhelm beschäftigte sich zeit seines Lebens mit Geschichte und Archäologie,

war jedoch darüber hinaus auch an Literatur, Musik, Kunst sowie an naturwissenschaftlichen Fragen interessiert. Er publizierte sowohl historische als auch literarische und naturwissenschaftliche Texte, die im Nachlass ebenso erhalten sind wie die entsprechenden Vorarbeiten und Entwürfe. Die breiten wissenschaftlichen und künstlerischen Interessen Wilhelms zeigen ihn als Anhänger des ganzheitlichen romantischen Bildungsideals. Der Nachlass Wilhelms enthält auch zahlreiche Dokumente zu den Anfängen des Württembergischen Altertumsvereins sowie einige Unterlagen zur Gründung des Vereins für vaterländische Naturkunde in Württemberg.

Umfangreiche Aktenfaszikel des Nachlasses Wilhelms dokumentieren des Weiteren die beachtliche militärische Karriere des Herzogs im württembergischen Heer. Von besonderem Interesse sind hier Unterlagen zum Einsatz Wilhelms in Schleswig-Holstein und Baden während der Revolution von 1848/49 sowie Dokumente zu waffentechnischen und logistischen Fragen. Wilhelm widmete sich im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit kontinuierlich militärtechnischen Innovationen. Vor allem dem Bereich der Artillerie galt sein Interesse. Der Nachlass Wilhelms enthält eine größere Zahl von Aktenfaszikeln, in denen diese Neuentwicklungen dokumentiert sind.

Schließlich umfasst der Nachlass auch Unterlagen, die über das gesellschaftliche und politische Engagement des Herzogs Aufschluss geben. Wilhelm liebte es, an gesellschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen und dort im Mittelpunkt zu stehen. Schloss Lichtenstein war während seiner Zeit ein häufiger Ort

privater Einladungen. Im Jahr 1852 gründete Wilhelm eine Gesellschaft mit Namen *Werft*. Die Mitglieder dieses Freundeskreises, die sich aus der Schifffahrt entlehnte Gesellschaftsnamen gaben, standen in brieflichem Kontakt miteinander und trafen sich in unregelmäßigen zeitlichen Abständen auf Schloss Lichtenstein zu Gemeinschaftsabenden, an denen das Seemannsleben simuliert wurde.

Immer wieder schaltete sich Wilhelm auch in die aktuelle Politik ein. Besonders nach der Revolution von 1848/49, die er als Truppenführer aktiv bekämpft hatte, bezog er mit einer Reihe von Streitschriften Stellung gegen liberale Gesellschaftsvorstellungen und vertrat – auch hier typischer Vertreter der späten Romantik – Positionen einer restaurativen Politik. Die Vorarbeiten und Manuskripte sowie Drucke dieser Traktate sind ebenfalls im Nachlass überliefert. In der Deutschlandpolitik stand Wilhelm wie viele seiner Zeitgenossen in Württemberg lange Zeit einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie ablehnend gegenüber.

Graf Wilhelm, der wenige Monate nach seiner am 28. Mai 1867 erfolgten Erhebung zum Fürsten von Urach zur katholischen Konfession übergetreten war, starb wenige Tage nach der Vollendung seines 59. Lebensjahrs am 16. Juli 1869 auf Schloss Lichtenstein. Er liegt in der Gruft (katholische Abteilung) der Schlosskirche Ludwigsburg begraben.

Das Findbuch zu Bestand GU 105 *Wilhelm I. Herzog von Urach Graf von Württemberg (1810–1869)* kann im Internet unter www.landesarchiv-bw.de/hstas eingesehen werden. ■ *Wolfgang Mährle*

Repertorium der Karten des Benediktinerklosters Ochsenhausen und des Fürstentums Ochsenhausen der Fürsten von Metternich-Winneburg

Karten waren seit dem 16. Jahrhundert ein wichtiges Hilfsmittel für die Verwaltung eines Territoriums oder einer Herrschaft. So wurden bei Grenzstreitigkeiten Karten über die strittigen Grenzverläufe oder Augenscheinkarten angefertigt. Auch zur Darstellung von Besitzverhältnissen wurden häufig Karten erstellt, die einzelne Grundstücke, Wälder, Gemarkungen, Ämter oder sogar eine komplette Herrschaft abbildeten.

Ende des 17. Jahrhunderts und vor allem im 18. Jahrhundert finden wir in den Klosterherrschaften Oberschwabens häufig Bestrebungen, die jeweilige Herrschaft zu vermessen und vollständig kartografisch in Kartenwerken darzustellen. Zu nennen wären vor allem die Klöster Elchingen, Ochsenhausen, Schussenried, Wiblingen und Zwiefalten. Die teilweise

reichhaltige kartografische Überlieferung dieser Klosterherrschaften findet sich fast ausnahmslos im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Während für Elchingen (teilweise im Bestand N 11), Schussenried (Bestand N 30) und Zwiefalten (Bestand N 40) bereits moderne Findmittel vorliegen, waren die Karten des Benediktinerklosters Ochsenhausen und des Fürstentums Ochsenhausen der Fürsten von Metternich-Winneburg (Bestand N 26) bisher nur durch ein kursorisches Findmittel erschlossen. Aufgrund des Umfangs, des Quellenwerts und der Bedeutung des Kartenmaterials erschien daher eine Neuverzeichnung des Bestands N 26 angebracht.

Der Bestand, der 47 handgezeichnete Karten umfasst, enthält unter anderem die vermutlich älteste kartografische Dar-

stellung des gesamten Territoriums eines oberschwäbischen Klosters (N 26 Nr. 21). Die im Jahr 1660 angefertigte Karte im Stil einer Landtafel bildet das vollständige Territorium des Klosters Ochsenhausen mit den Grenzen und Grenzmarken ab. Die Besitzungen des Klosters und der angrenzenden Herrschaften sind jeweils durch Wappen bezeichnet. Für die Lokalgeschichte von besonderer Bedeutung sind dabei die zahlreichen Ansichten von Ortschaften, Klöstern (Ochsenhausen, Rot und Gutenzell) sowie von Schlössern (Babenhausen und Edelbeuren), die sich auf der Karte befinden. Gerade diese Ansichten der Klöster sind für die Forschung so wertvoll, da sie deren baulichen Zustand vor den großen Baumaßnahmen im 18. Jahrhundert dokumentieren. Neben den Ortsansichten hat der Maler auch die

Flüsse, Weiher, Straßen und Wege sowie Kulturarten (Äcker, Wiesen und Wälder) gemalt. Weil das Kloster Ochsenhausen auch Besitzungen östlich der Iller im Gebiet um Babenhausen und Winterrieden besaß, findet sich auf einer Nebenkarte auch eine Darstellung dieses Gebiets. Die Karte hebt sich auch angesichts ihrer technischen Ausführung von den übrigen Karten des Bestands N 26 ab, da es sich bei ihr um ein Ölgemälde auf Leinwand handelt, während alle übrigen Karten des Bestands ausnahmslos kolorierte Federzeichnungen sind. Solche Ölgemälde wurden häufig auch zu Repräsentationszwecken angefertigt und in der Klosteranlage an exponierter Stelle aufgehängt. Der Maler dieser Landtafel war bisher nicht bekannt. Im Zuge der Verzeichnungsarbeiten konnte er jetzt in einer alten Rechnung des Klosters Ochsenhausen, die ebenfalls im Hauptstaatsarchiv verwahrt wird, ermittelt werden. Es handelt sich dabei um Christoph Kling, der zusammen mit seinem Sohn die Grenzbeschreibung und die Karte anfertigte. Leider befindet sich die Karte in einem schlechten konservatorischen Zustand. So weist die Karte bei einzelnen Ortsansichten Fehlstellen auf.

Die übrigen Karten des Bestands zeigen Gemarkungen, Wälder und die Zehnt- und Jurisdiktionsgrenzen des

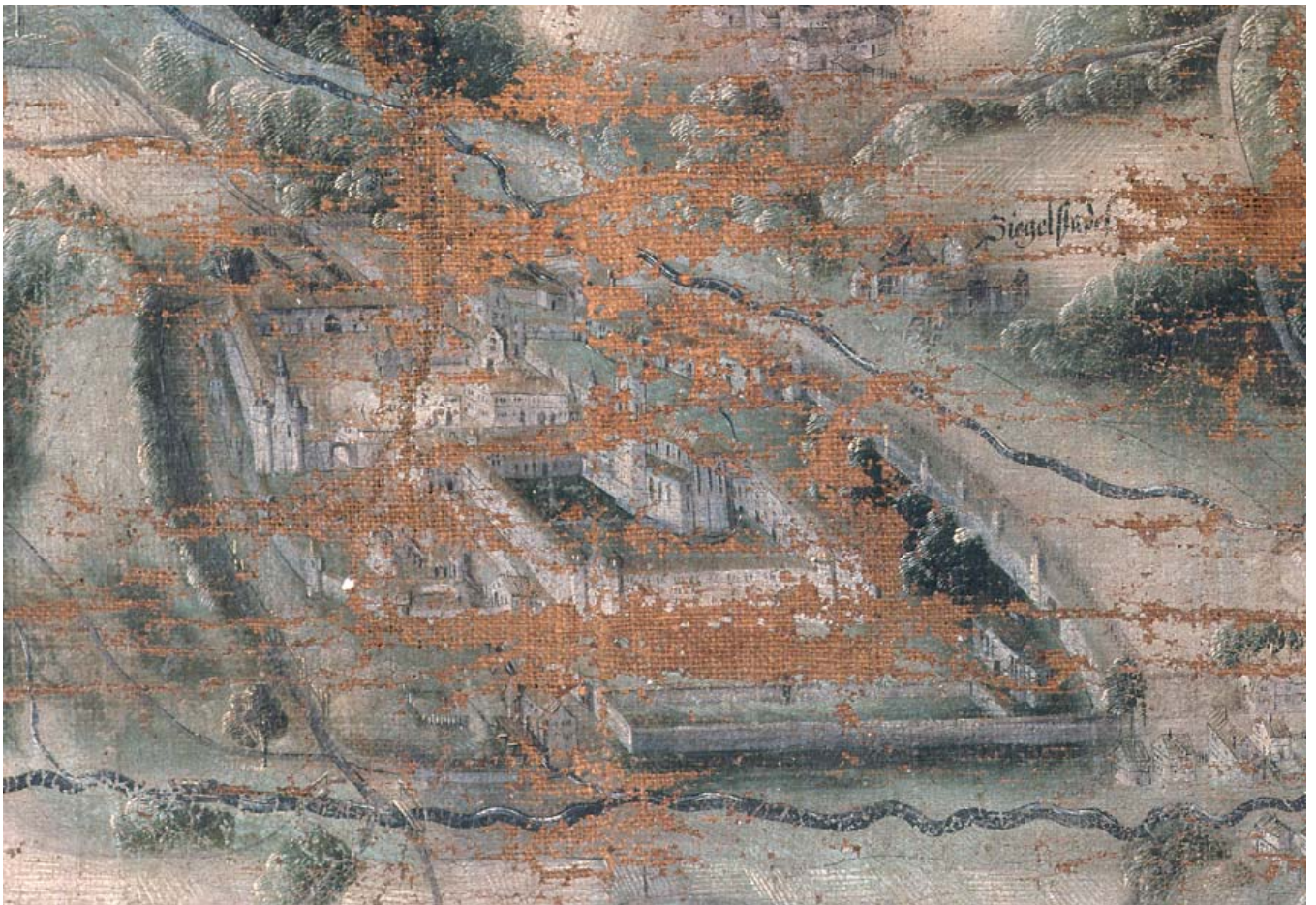
Klosters. Unter den Gemarkungskarten ragt wegen der Qualität der Darstellung ein Kartenwerk zu Gemarkungen, das in den Jahren 1726–1729 entstand, hervor. Auch dieses Kartenwerk muss als Zeugnis für das eingangs erwähnte Bemühen des Klosters um eine vollständige Abbildung der zum Kloster gehörigen Gemarkungen gedeutet werden. Der Autor dieser Karten, die nicht signiert sind, konnte ebenfalls in den Klosterrechnungen ermittelt werden. Es handelt sich dabei um den *Lieutenant* und Feldmesser Wolff.

Dieses Kartenwerk diente sehr wahrscheinlich wiederum als Vorlage für die Gemarkungskarten des Feldmessers Johann Baptist Rindenmoser, die in der Zeit um 1770 und 1780 angefertigt wurden. Anlass für die Erstellung dieser Karten waren dabei häufig für Oberschwaben typische Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaft wie die Vereinödung oder die Vervieröschung. Mithilfe der Einträge und Einzeichnungen in die Karten kann teilweise der Zustand einer Gemarkung vor und nach der Vereinödung rekonstruiert werden. Einige der Gemarkungskarten waren wegen ihrer Bedeutung für die Agrar- und Siedlungsgeschichte auch schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.

Als im Jahr 1802 das Benediktinerkloster Ochsenhausen säkularisiert

wurde, gelangte der größte Teil des Klosterterritoriums mit einer Fläche von rund vier Quadratmeilen und etwa 10 000 Einwohnern an die Grafen und späteren Fürsten von Metternich-Winneburg, darunter der Ort und die Klosteranlage Ochsenhausen. Die Familie erhielt die Herrschaft als Ausgleich für den Verlust ihres Besitzes im Rheingau an Frankreich. Sichtbar wurden die neuen Besitzverhältnisse auch in einzelnen Umbenennungen. So führte die Familie nach dem Erwerb der Herrschaft den Namen Fürsten von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen. Aus dem Kloster Ochsenhausen wurde das Schloss Winneburg. Der bisher als Klosterholz bezeichnete große Wald bei Ochsenhausen wurde in den Schlosswald Winneburg oder Fürstenwald umbenannt. Im Jahr 1825 verkauften die Fürsten von Metternich ihre Besitzungen für 1,2 Millionen Gulden an das Königreich Württemberg, um mit dem Geld ihre Schuldenlast abzutragen. Aus der *metternichschen* Zeit nach der Säkularisation haben sich einzelne Karten zu Wäldern des Fürsten in dem Bestand N 26 erhalten.

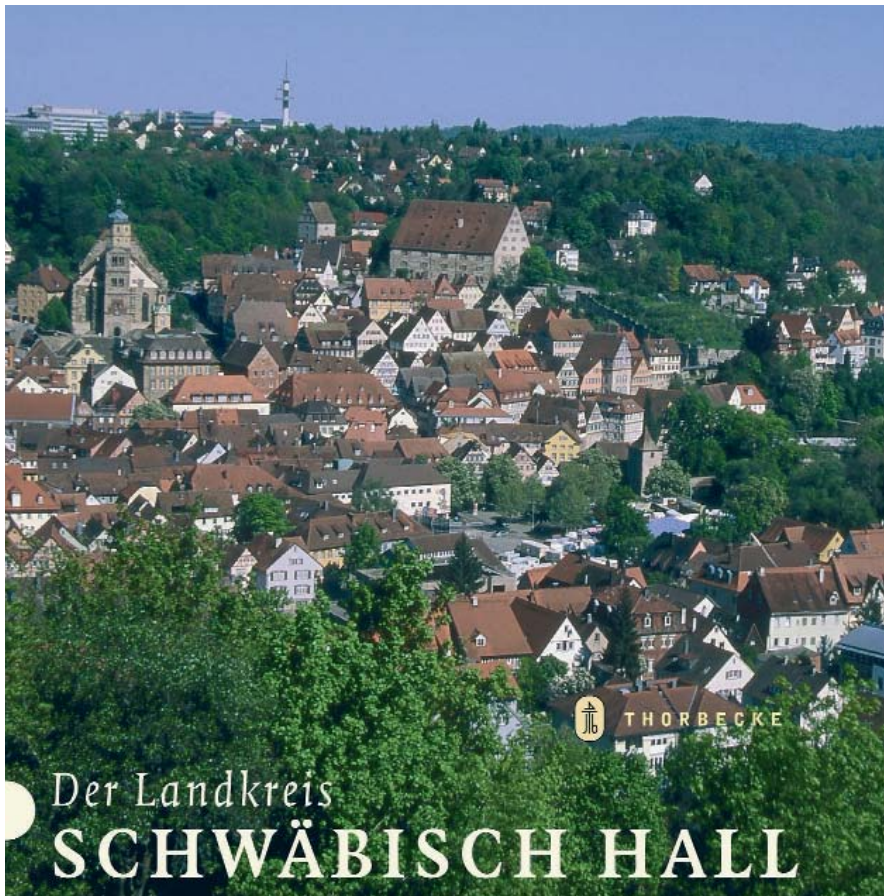
Das Repertorium zu N 26 kann auch im Internet unter www.landesarchiv.de/hstas eingesehen werden ■ *Eberhard Merk*



Die Klosteranlage Ochsenhausen vor der Barockisierung auf der Karte von Christoph Kling, 1660.
Vorlage: Landesarchiv HStAS N 26 Nr. 21 Blatt 2

Ein weiterer Baustein landeskundlicher Forschung

Der Landkreis Schwäbisch Hall neu beschrieben

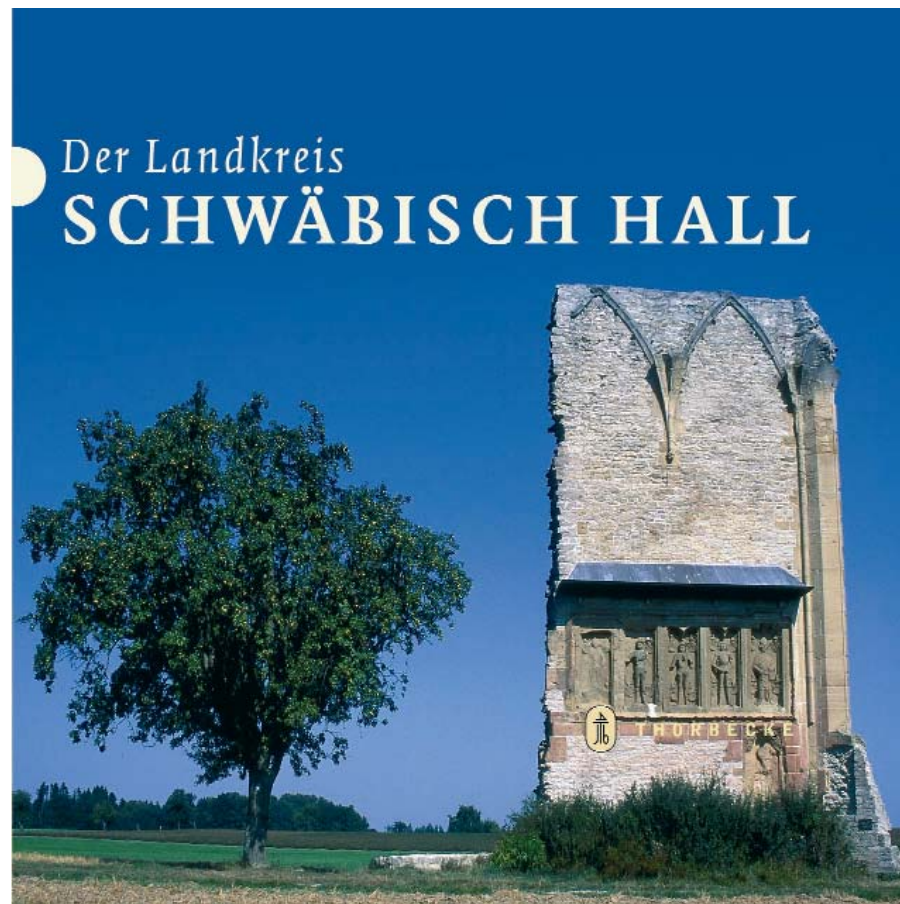


Jagst, Bühler und Brettach. Dies sind die herausragenden Naturräume, welche vielfältig Einfluss auf die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung nahmen. Die Hohenloher Ebene zog früh schon Ackerbauern an und bot dem Warenaustausch und dem Personenverkehr günstige natürliche Voraussetzungen. Die Schwäbisch-Fränkischen Waldberge, stark reliefiert und – sieht man vom Salz ab – ohne nennenswerte Bodenschätze, tragen hingegen alle Merkmale eines eher spät erschlossenen Siedlungsraums. Nur wenige Pforten öffnen sich hier für den Verkehr.

Im Lauf der Geschichte entwickelte sich in der abwechslungsreichen Landschaft eine nicht minder eindrucksvolle Kleinkammerung und herrschaftliche Zersplitterung sondergleichen, die bis zum Ende des Alten Reichs (1802/1810) ihre Prägung aus der Koexistenz geistlicher und weltlicher Herrschaften erhielt. Die zahlreichen Burgen und nicht wenigen kleinen Residenzstädte sowie das adlige Chorherrenstift Comburg, schließlich die stolze Selbstbewusstsein ausstrahlende Reichsstadt Hall bildeten ein reiches historisches Erbe aus, das in der Gegenwart als touristisch zu nutzendes Potenzial von unschätzbarem Wert ist, wie man allorten bei den Freilichtspielen und sonstigen Veranstaltungen des Hohenloher Kultursommers erleben kann. Politiker und Mäzene fördern die Identität eines Raums, der seit der Mediatisierung und Säkularisierung zu Anfang des 19. Jahr-

Am Freitag, 18. November 2005, wurde in Schwäbisch Hall die zweibändige Beschreibung *Der Landkreis Schwäbisch Hall* der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist dies die zweite Kreisbeschreibung, die dem neuen Konzept folgt, welches erstmals bei der Beschreibung *Der Landkreis Rottweil* (Stuttgart 2003) angewandt worden ist und das, wie die Nachfrage (die zweite Auflage war innerhalb eines halben Jahres vergriffen!) zeigt, offenbar bei einer landeskundlich interessierten Leserschaft gut ankommt. Das Buch gliedert sich in zwei Teile, in denen zum einen die Strukturen und Entwicklungen des zum 1. Januar 1973 neu gebildeten Landkreises Schwäbisch Hall und zum anderen die historischen Grundlagen und die Gegenwart der Gemeinden dargestellt werden. Es umfasst insgesamt 1200 Seiten mit über 1500 zumeist farbigen Bildern, Grafiken und Karten, wobei ein Großteil der Bilder von Fotografen des Landesmedienzentrums neu aufgenommen wurde.

Zum Inhalt: Den Landkreis Schwäbisch Hall im nordöstlichen Baden-Württemberg prägen weite offene, nahezu waldfreie Verebnungen, die Keuperschichtstufe und über 500 Meter hohe Waldberge sowie die tief in den Muschelkalk eingeschnittenen Täler von Kocher,



hunderts sich nicht als Schwaben, sondern als württembergisches Franken versteht. Darin kommt zum Ausdruck, dass die Bevölkerung sich stets mehr Franken zugehörig und politisch notgedrungen dem württembergischen Kernraum um Stuttgart zugeordnet fühlt, freilich um den Preis, dass die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung bis in die Zeit nach 1945 hinter dem allgemeinen Trend zurückblieb.

Der Umbruch kam nach 1945 und verlief heftiger als anderswo, allein um die vielen zugewiesenen Vertriebenen unterzubringen und mit Wohnungen und Brot zu versorgen. Die Landwirtschaft verlor als Erwerbsgrundlage weiter Bevölkerungskreise rasch an Bedeutung, der bäuerliche Familienbetrieb hat fast ausgedient, und an seine Stelle ist ein hoch spezialisierter und kapitalintensiver Agrarproduzent für Milch, Saatgut, Ferkelaufzucht, Rinder-, Schweine- und Putenmast getreten. Einige bäuerliche Betriebe versuchen, als ökologische Landbewirtschafter und Erzeuger über die Runden zu kommen. Gleichzeitig wuchs die Zahl

der gewerblichen Arbeitsplätze, und die Industrialisierung erreichte auch die hohlohischen Landstädte und Markttorte. Den stärksten Entwicklungsimpuls gab der Autobahnbau der 1970er Jahre. Günstig zu den Anschlussstellen haben die Gemeinden Industrie- und Gewerbeparks ausgewiesen, die Arbeitsplätze brachten und natürlich auch neue Bevölkerungsgruppen anlockten. Der Abstand zu anderen Wirtschaftsräumen verringerte sich innerhalb weniger Jahrzehnte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt konnte der Landkreis Schwäbisch Hall überdurchschnittlich zulegen, liegt aber mit 54 051 Euro/Einwohner noch immer im Mittelfeld der konkurrierenden Stadt- und Landkreise. Kurzum, der Landkreis Schwäbisch Hall verfügt über ein hohes wirtschaftliches und kulturelles Potenzial, das es kennen zu lernen gilt.

Das zweibändige Werk ist im Jan Thorbecke Verlag Ostfildern erschienen (ISBN 3-7995-1366-3) und kann zum Subskriptionspreis von 59 € (74 € ab 1. April 2006) im Buchhandel erworben werden ■ *Rainer Loose*

Neue Literatur zum Archivwesen

Archiv der Grafen von Bissingen und Nippenburg, Hohenstein, bearbeitet von Jürgen König, Inventare der nichtstaatlichen Archive in Baden-Württemberg, Band 32, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, ISBN 3-17-018499-7, 695 Seiten, geb., 52 €.

Die Grafen von Bissingen zählen zu den bedeutenden Familien im ehemaligen Vorderösterreich. Innerhalb der Habsburger Monarchie hatten sie weit gespannte Beziehungen, einzelne Mitglieder erreichten politischen Einfluss. Der Inventarband verzeichnet die Überlieferung zur Familien- und Herrschaftsgeschichte, insbesondere die zur Herrschaft Schramberg. Besonders gut dokumentiert ist das Ende der Feudalzeit.

Akten des Reichskammergerichts im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Inventar des Bestands C 3, bearbeitet von Alexander Brunotte und Raimund J. Weber, Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart.

S–T, Band 46/6, ISBN 3-17-018759-7, 908 Seiten, 58 €.

U–Z, Band 46/7, ISBN 3-17-018760-0, 792 Seiten, 50 €.

Diese letzten beiden Inventarbände der Reichskammergerichtsakten im Hauptstaatsarchiv Stuttgart umfassen mit den Nummern 3655–5199 die Fälle der mit S–Z beginnenden Klägernamen sowie die Extrajudizialsachen und die Beweisaufnahmen zu ewigem Gedächtnis. In Band 46/6 sind umfangmäßig besonders hervorzuheben die Streitigkeiten des Deutschen Ordens mit der Reichsstadt Heilbronn sowie die der Truchses-

sen von Waldburg mit der Grafschaft Friedberg–Scheer; in Band 46/7 sind dies vor allem die Streitigkeiten des Hauses Württemberg, des Bistums Würzburg und der Reichsstadt Ulm.

Umbruch und Aufbruch, Das Archivwesen nach 1800 in Süddeutschland und im Rheinland, Tagung zum 200-jährigen Bestehen des Generallandesarchivs Karlsruhe am 18./19. September 2003 in Karlsruhe, herausgegeben von Volker Rödel, Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A Heft 20, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart, ISBN 3-17-018762-7, 438 Seiten, 78 Abbildungen, 39 €.

Das Heft vereinigt den Festvortrag und die Referate der Karlsruher Jubiläumsveranstaltung. Dargestellt werden nicht nur die Leistungen des badischen Archivwesens in dem durch die territoriale Neuordnung stark vergrößerten Staat, auch die Entwicklung des Archivwesens der anderen süddeutschen Länder dieser Zeit, vom Rheinland bis nach Bayern, wird beleuchtet. Das spätaufklärerische Denken meisterte die Organisations- und Rechtsprobleme der territorialen Umgestaltung; die Archive dieser Staaten begriffen sich als Hort des neuen Selbstverständnisses und als Quelle für die Geschichtsschreibung. Archivgeschichte muss daher als Teil der Landes-, Geistes- und Sozialgeschichte gesehen werden.

Zum diesjährigen 75. Deutschen Archivtag in Stuttgart hat das Landesarchiv Baden-Württemberg neben einer *Sondernummer der Archivnachrichten* zum Archivtagsthema *Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus* auch

zwei neue Broschüren herausgegeben: *Das Landesarchiv Baden-Württemberg* mit einem Umfang von 48 Seiten und *Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut* mit einem Umfang von 42 Seiten. Beide Hefte sind reich bebildert und sollen vor allem die interessierte Öffentlichkeit ansprechen und informieren. Sie sind gegen eine Schutzgebühr von jeweils 5 € erhältlich. Die Sondernummer der Archivnachrichten umfasst 44 Seiten und wird kostenlos abgegeben ■ *Luise Pfeifle*

Veranstaltungstermine

13. September – 27. Januar 2006
Stuttgart: Antonia Visconti († 1405). Ein Schatz im Hause Württemberg. Ausstellung im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv, Konrad-Adenauer-Straße 4, 70173 Stuttgart, Telefon 0711/2 12-43 35, Telefax 07 11/2 12-43 60, E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de).

23. September – 31. Dezember 2005
Ludwigsburg: Theaterbilder – Bildertheater. Ausstellung in der Kreissparkasse und im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv, Arsenalplatz 2, 71638 Ludwigsburg, Telefon 071 41/18-63 10, Telefax 071 41/18-63 11, E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de).

13. Oktober – 23. Dezember 2005
Sigmaringen: Alte Pläne neu im Blick. Hohenzollern in historischen Plänen des 19. und 20. Jahrhunderts. Ausstellung im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv, Karlstraße 1 + 3, 72488 Sigmaringen, Telefon 0 75 71/1 01-5 51, Telefax 0 75 71/1 01-5 52, E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de).

17. November – 1. Dezember 2005
Neuenstein: Aus der fürstlichen Privatschatulle. Lesen in archivalischen Quellen des 18.–20. Jahrhunderts im Hohenlohe-Zentralarchiv (Auskunft: Hohenlohe-Zentralarchiv, Schloss, 74632 Neuenstein, Telefon 0 79 42/22 77, Telefax 0 79 42/42 95, E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de).

8. Dezember 2005 *Ludwigsburg*: Friedrich Ferdinand Brück. Ein Professor der Hohen Karlsschule als Zeitzeuge in den Jahren der Umwälzung. Vortrag von Dr. Hermann Schick im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

9. Dezember 2005 *Karlsruhe*: Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in Baden 1918–1933. Vortrag von Alexander Bangert, Freiburg im Breisgau, im Generallandesarchiv (Auskunft: Generallandesarchiv, Nördliche Hildapromenade 2, 76133 Karlsruhe, Telefon 07 21/9 26-22 06, Telefax 07 21/9 26-22 31, E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de).

9. Dezember 2005 *Sigmaringen*: Das Hohenzollernschloss in Sigmaringen. Architektur und Architekten des Schlossumbaus 1893–1908. Vortrag von Franz-Severin Gäbler, Augsburg, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

10. Dezember 2005 Stuttgart: Graf Eberhard III., der Milde, von Württemberg (1392–1417). Herrschaftsstrategie und Politik. Vortrag von Dr. Christoph Florian, Stuttgart, mit Buchvorstellung im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

14. Dezember 2005 Ludwigsburg: Was macht Rotkäppchen im Staatsarchiv? Kinderveranstaltung mit Dr. Elke Koch im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

12. Januar 2006 Ludwigsburg: Machtmissbrauch und Tyrannei eines herzoglichen Beamten. Der Besigheimer Vogt Viktor Stephan Essich (1709–1775). Vortrag von Dr. Thomas Schulz im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

13. Januar 2006 Karlsruhe: Landschafts- und Landnutzungsgeschichte im Mittleren Schwarzwald seit dem Mittelalter. Vortrag von Steffen Häbich, Wittnau, im Generallandesarchiv (Auskunft: Generallandesarchiv Karlsruhe).

17. Januar 2006 Ludwigsburg: Theater im Archiv. Nutzerseminar zur Theaterüberlieferung mit Dorothea Bader und Dr. Maria Magdalena Rückert im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

18. Januar 2006 Ludwigsburg: Was macht Rotkäppchen im Staatsarchiv? Kinderveranstaltung mit Dr. Elke Koch im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

21. Januar 2006 Stuttgart: Knecht, Kutscher, Koch, Kammerdiener. Zur Sozialgeschichte der württembergischen Hofdienerschaft (1806–1918). Vortrag von Dr. Eberhard Fritz, Altshausen, und Mitgliederversammlung des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

1. Februar 2006 Ludwigsburg: Wir führen was im Schilde. Einführung in die Zeit der Ritter. Kinderveranstaltung mit Dr. Matthias Röschner im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

8. Februar – 31. März 2006 Stuttgart: Heute gerettet – gesichert für die Zukunft. Konservierung und Restaurierung im Landesarchiv Baden-Württemberg. Archive des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

9. Februar 2006 Ludwigsburg: Ästhetischer Staat oder machferne Innerlichkeit? Schiller und die Politik. Vortrag von Professor Dr. Peter-André Alt im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

9. Februar 2006 Wertheim-Bronnbach: Das größte Hemmnis des Fortschritts? Inquisition und Naturwissenschaft in der Neuzeit. Vortrag von Professor Dr. Dominik Burkard, Würzburg, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv, Bronnbach Nr. 19, 97877 Wertheim, Telefon 093 42/9 15 92-0, Telefax 093 42/9 15 92-30, E-Mail: stawertheim@la-bw.de).

11. Februar 2006 Stuttgart: Schule – Universität – Staat. Die württembergische Bildungspolitik im 17. Jahrhundert. Vortrag von PD Dr. Sabine Holtz, Tübingen, im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

15. Februar 2006 Ludwigsburg: Was macht Rotkäppchen im Staatsarchiv? Kinderveranstaltung mit Dr. Elke Koch im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

17. Februar 2006 Karlsruhe: Denkmäler im 19. und 20. Jahrhundert. Das Beispiel Ludwigshafen. Vortrag von Dr. Martin Furtwängler, Karlsruhe, im Generallandesarchiv (Auskunft: Generallandesarchiv Karlsruhe).

21. Februar 2006 Ludwigsburg: Was war heilig, was römisch am Heiligen Römischen Reich deutscher Nation? Vortrag von Professor Dr. Holger Sonnabend im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

4. März 2006 Stuttgart: Ein spätes Erbe Württembergs? Die Rolle des Protestantismus für die politische Kultur im pays de Montbéliard während der Dritten Republik (1870–1940). Vortrag von Dr. des. Michael Hoffmann, Leinfelden-Echterdingen, im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

7. März 2006 Ludwigsburg: Württemberg wird Königreich. Geburtswen eines neuen Staates. Vortrag von Professor Dr. Franz Quarthal im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

8. und 22. März, 5. und 26. April, 10. Mai 2006 Wertheim-Bronnbach: Das geordnete Leben. Verordnungen zum Lebenslauf eines Wertheimer Bürgers im 18. Jahrhundert. Lektüre historischer Dokumente im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

9. März 2006 Ludwigsburg: 125 Jahre Murraltbahn. Vortrag von Klaus Warthon im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

10. März 2006 Karlsruhe: Private Archive. Chancen und Grenzen für Projektarbeit. 7. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik im Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (Auskunft: Generallandesarchiv Karlsruhe).

18. März 2006 Stuttgart: Lange Nacht der Museen, unter anderem im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

25. März – 18. Juni 2006 Hechingen: Alte Pläne neu im Blick. Hohenzollern in historischen Plänen des 19. und 20. Jahrhunderts. Ausstellung im Hohenzollerischen Landesmuseum (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

30. März – 30. Juni 2006 Mailand: Antonia Visconti († 1405). Ein Schatz im Hause Württemberg. Ausstellung im Castello Sforzesco (Auskunft: Hauptstaatsarchiv).

1.–28. April 2006 Stuttgart: 200 Jahre Königreich Württemberg. Archive

des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

4. April 2006 Ludwigsburg: Bevor es zu spät ist. Begegnung mit der Kriegsgeneration. Vortrag von Bruni Adler im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

6. April 2006 Wertheim-Bronnbach: Stadtgeschichte(n) I. Der Lebensweg des Ritters. Wolfram von Eschenbach. Vortrag von Professor Dr. Bernd Thum, Karlsruhe, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

7. April 2006 Ludwigsburg: War Opa ein Nazi? Die Arbeit mit zeitgeschichtlichen Quellen. Einführung in die Archivarbeit von Dr. Elke Koch im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

24. April – 27. Mai 2006 Freiburg im Breisgau: Oskar Daubmann. Eine badische Köpenickiade. Ausstellung im Centre Culturel Français (Auskunft: Staatsarchiv, Colombstraße 4, 79098 Freiburg im Breisgau, Telefon 07 61/3 80 60-10, Telefax 07 61/ 3 80 60-13, E-Mail: stafreiburg@la-bw.de).

27. April 2006 Wertheim-Bronnbach: Stadtgeschichte(n) II. Wertheim als fränkische Residenzstadt der frühen Neuzeit. Vortrag von Dr. Frank Kleinhagenbrock, Würzburg, im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Wertheim).

2.–31. Mai 2006 Stuttgart: 450 Jahre Klosterschulen im Herzogtum Württemberg. Das Beispiel Adelberg. Archive des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

6. Mai 2006 Freiburg im Breisgau, Karlsruhe, Ludwigsburg, Neuenstein, Sigmaringen, Stuttgart, Wertheim: 3. Tag der Archive (Auskunft beim jeweiligen Archiv).

13. Mai – 29. Oktober 2006 Sigmaringen: Adel im Wandel. 200 Jahre Mediatisierung in Oberschwaben. Ausstellung im Landeshaus und im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Sigmaringen).

16. Mai 2006 Ludwigsburg: Anständig oder unanständig? Akten zur Entnazifizierung. Einführung in die Archivarbeit von Dorothea Bader und Dr. Elke Koch im Staatsarchiv (Auskunft: Staatsarchiv Ludwigsburg).

23./24. Juni 2006 Karlsruhe-Durlach: Digitale Bilder und Filme im Archiv – Marketing und Vermarktung. 66. Südwestdeutscher Archivtag in der Karlsburg (Auskunft: Dr. Kurt Hochstuhl, Staatsarchiv Freiburg, Telefon 07 61/3 80 60-11).

Mittwoch, 11. 30 Uhr, Stuttgart: Kurzführung zum Archive des Monats im Hauptstaatsarchiv (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

1. Donnerstag im Monat, Stuttgart: Führung durch die Ständige Ausstellung Spuren menschlichen Wollens, Handelns und Erleidens um 16.30 Uhr im Hauptstaatsarchiv; Einführung in die Nutzung des Hauptstaatsarchivs um 17.30 Uhr im Hauptstaatsarchiv. (Auskunft: Hauptstaatsarchiv Stuttgart) ■ Luise Pfeifle



Wie wird man Lehrer an der Wertheimer Mädchenschule?

Eine *Sartyre* aus dem Alten Reich

Als 1749 die Schulmeisterstelle an der Mädchenschule in Wertheim neu besetzt werden musste, war nach Auskunft des Grafen Friedrich Ludwig von Löwenstein-Wertheim-Virneburg der Aufwand erheblich: *Wann der größte Staats-Minister dem mächtigsten Fürstentum hätte ausgesucht und erwählt werden sollen, so hätten wohl nicht größere, häßlichere Dispute und ehrenrührigere Anschuldigungen, als wirklich geschehen, darüber erfolgen können.*

Die Besetzung der Schulmeisterstelle schien also eine sehr schwierige Angelegenheit zu sein. Dies hatte weniger mit den Anforderungen an den Schulmeister zu tun, die nicht übermäßig waren: Er müsse *buchstabieren, lesen und schreiben können* und den Katechismus auswendig lernen lassen. Und wenn er *dabei fleißig und im Dozieren geschickt, und einen guten Lebenswandel hat, so ist es alles, was eigentlich ... bei diesem Dienst erfordert wird.*

Schwierig wurde die Angelegenheit dadurch, dass sich zunächst alle Grafen der Linie Löwenstein-Wertheim-Virneburg – zu dieser Zeit waren es fünf – auf eine

geeignete Person verständigen mussten. Und weil die Grafschaft Wertheim ein Kondominat war, war auch die Zustimmung des Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort zur Bestallung notwendig. Verständlich, dass jeder von seinem Recht selbst bei geringfügigen Anlässen auch Gebrauch machen wollte. Schließlich ging es um den eigenen Status. Allein deswegen durfte man keine Präzedenzfälle schaffen, indem man die Zügel schleifen ließ. Ganz im Gegenteil: Es gab auch Versuche, die mitregierenden Grafen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

So hatten nach dem Tod des alten Schulmeisters am 21. August 1749 die Grafen Wilhelm Heinrich und Carl Ludwig unverzüglich und ohne Rücksprache mit ihren drei Brüdern dem *berühmten Lakaien Johann Georg Eberhard* die Stelle übertragen. Das ging natürlich nicht! Zudem war nach Einschätzung des Grafen Friedrich Ludwig dieser Eberhard *ein Mensch, der den Lastern der Trunkenheit, dem Huren und Spielen ergeben ... und also von sehr schlechten Eigenschaften* war. Man machte sich nicht die Mühe, nach geeigneten Personen Ausschau zu halten, nicht einmal der Gedanke an eine *Examination* des Kandidaten!

Nun geschah es aber, dass sich Eberhard wegen der Schwängerung eines Mädchens *gar heimlichen von hier wegmachte*. Da dürfte Graf Friedrich Ludwig mit seinen Zweifeln an der Eignung des Lakaien zur Leitung der Mädchenschule nicht ganz unrecht gehabt haben. Damit waren die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung aber noch nicht behoben. Es standen jetzt nämlich zwei Wertheimer Landeskinder als Bewerber zur Verfügung: Da war zum einen der Büttner Albrecht Craft Neidhart, Bruder des Stadtpfarrers, und zum anderen der junge Alumnus Johann Peter Seuffert, der schon durch den Superintendenten Firnhaber mit der Interimsverwaltung der Mädchenschule betraut worden war. Graf Wilhelm Heinrich lehnte beide ab. Johann Wendelin Glaser, der Präzeptor der 4. Klasse der Lateinschule, sollte nach seiner Vorstellung den Unterricht an der Mädchenschule übernehmen. Glasers großer Vorteil in den Augen des Grafen

Wilhelm Heinrich war es wohl, erklärter Feind des Superintendenten zu sein. Das wog sogar den Nachteil auf, dass Glaser kein Wertheimer Landeskind war.

Genau dieser Punkt stieß aber bei Graf Friedrich Ludwig auf Unverständnis: Wenn man zwei aus Wertheim stammende Bewerber hatte, dürfte sich doch wohl einer von beiden für diese Stelle eignen. Wilhelm Heinrich war da ganz anderer Ansicht. Er warf seinem Bruder Friedrich Ludwig vor, *aus Begünstigung ein und anderer wolle [er] alle Untertanen in Stadt und Land Not leiden lassen*. Der Seuffert sei *ein Bub von 16 bis 17 Jahren und könnte daher, wenn er auch die Qualität besäße ... dennoch ebenso wenig als der andere, der Neidhart dazu genommen werden*. Letzterer wüsste wohl *ein Faß und Kübel zu binden, hingegen [sei er] im Rechnen und Schreiben notorie so schlecht erfahren ...*, daß er von *manchem Kind noch würde lernen müssen*. Er solle doch bei dem Büttnerhandwerk bleiben, das ihn sein Vater habe erlernen lassen. Beiden Kandidaten ermangle es an der *Tüchtigkeit*, man dürfe sie daher nicht einmal zum Examen zulassen.



Friedrich Ludwig Graf zu Löwenstein-Wertheim-Virneburg (1706–1796).
Vorlage: Landesarchiv StAW R S23 Nr. 17



Wilhelm Heinrich Graf zu Löwenstein-Wertheim-Virneburg (1715–1773).
Vorlage: Landesarchiv StAW R S23 Nr. 36

Graf Friedrich Ludwig wehrte sich natürlich vehement gegen den Vorwurf der *Personal-Begünstigung*. Und bekam Schützenhilfe von seinem Bruder Johann Philipp. Es sei durchaus recht, geeignete Landeskinder den Fremden vorzuziehen. Nur wenn sich kein tüchtiger Einheimischer finde, könne man Externe heranziehen. Aber nicht in der Weise, dass man unter Übergang von Superintendent, Stadtpfarrer, Rektor und so weiter einfach den Präzeptor der 4. Klasse bestelle. Die Kandidaten Neidhart und Seuffert, so Graf Johann Philipp weiter, müssten schon deshalb geprüft werden, weil Seuffert nach dem Kirchenbuch nicht 16 sondern 21 Jahre alt sei, und Neidhart, *der wegen schwächlicher Leibes-Constitution [sein Handwerk] fort zu treiben außer Stand wäre*, sehr wohl in Frage käme.

Unter den gräflichen Brüdern verkehrte man zu dieser Zeit nur schriftlich, waren doch wegen der Unpässlichkeit des Grafen Wilhelm Heinrich die gemeinschaftlichen Konferenzen ausgesetzt worden. Die Grafen gaben ihre Stellungnahmen zu Protokoll, und jedes neue Votum der anderen Seite mag den Ärger neu entflammt haben.

Und Graf Wilhelm Heinrich ließ nicht locker: Erneut warf er seinen Brüdern vor, nach Gunst und nicht nach Tüchtigkeit die Stellen zu besetzen. Und was den gerechlichen Neidhart angehe, selbst wenn er auch die erforderliche *Habitude zu einem Schuldienst hätte, er darum schwerlich im Stand sein würde, der starken Schul-Jugend nur vorzusingen ...*

Mittlerweile waren fünf Monate seit dem Tod des Mädchenschulmeisters Schiller ins Land gegangen, es war Ende Januar 1750 und kein Ende der Verhandlungen abzusehen. Da meldete sich die Wertheimer Bürgerschaft zu Wort und bat darum, den Johann Peter Seuffert als Mädchenschulmeister anzunehmen, da er *mit aller Treue und ungemeinem Fleiß und Sorgfalt die Jugend unterrichtet habe, so dass nicht nur die ihm anvertrauten Schulkinder eine unausnehmende Liebe gegen denselben hegen und spüren lassen, sondern auch die sämtliche Bürgerschaft das Zutrauen habe, dass er diese Aufgabe gut erfüllen und die liebe Schul-Jugend sowohl im Lernen als auch sonderlich in denen Principiis des wahren Christentums rein und lauter zu informieren tüchtig und geschickt sein ... werde*. Offensichtlich waren die Eltern trotz Seufferts jungen Alters mit seiner Arbeit zufrieden, davon zeugen die 23 Unterschriften unter dieser Supplik.

Wer jetzt denkt, das Votum der Wertheimer Bürger sei nicht ganz unmaßgeblich, hat nicht mit Graf Wilhelm Heinrich gerechnet, der sich weitere Angriffe auf seine Brüder nicht verkneifen konnte: *Es seien auf leicht zu erachtende Anstiftungen nicht nur einige leichtsinnige Bürger, sondern auch ein ganzer Schwarm*



Wertheim von Nordwesten um 1750, Kupferstich auf einem Handwerkerbrief.
Vorlage: Landesarchiv StAW S I D 132

unverständiger Kinder zu einem seltsamen Auflauf angehetzt worden. Und er scheint ein wenig beleidigt, wenn er sagt, er wolle sich nun ganz heraushalten und es solle ihm *gleichgültig sein, ob auf meiner Herren Brüder gut Befinden und Verantwortung der Neidhart oder der Seuffert zu diesem Dienst gelange ...*

Den Vorwurf, *Auflauf und Meuterei* verursacht zu haben, hält Graf Friedrich Ludwig hingegen für eine *schändliche Beschuldigung*. Aber zumindest hatte der jüngere Bruder die Segel gestrichen und die Entscheidung den Brüdern überlassen. Kommt es nun zur Entscheidung? Natürlich nicht! In der entscheidenden Konferenz fehlte der älteste Bruder Graf Johann Ludwig Vollrath, sodass *kein Final-Schluss* abgefasst werden konnte. Graf Vollrath machte jedoch am 13. März 1750 den Vorschlag, das Examen der beiden Kandidaten durch einen gemeinschaftlichen Hofrat, den Superintendenten und die beiden Stadtgeistlichen durchführen zu lassen. Graf Wilhelm Heinrich ließ sich noch einmal vernehmen mit der Bemerkung, ihm sei es auch gleich, *durch wen die in Vorschlag gebrachten beiden Subjecta examiniert würden*. Endlich konnte man vonseiten der Linie Löwenstein-Wertheim-Virneburg den Vettern der Linie Löwenstein-Wertheim-Rochefort den Stand der Dinge mitteilen. Da war es sehr von Vorteil, dass bei dieser Linie mit Fürst Carl Thomas nur einer

zu entscheiden hatte. Schon am 17. März 1750 antwortete Carl Thomas den Grafen, nachdem er Informationen *de vita et moribus* über die beiden Kandidaten eingeholt hatte, er sei der Ansicht, da *der Neidhart nicht allein ein jetzt schon bemittelter und begüterter Mann sei, sondern auch noch Erbschaften zu erwarten habe, er vermutlich mehr mit seinen Vermögensangelegenheiten als mit der Schuljugend beschäftigt sein werde*. Der Kandidat Seuffert hingegen führe nicht nur einen guten Lebenswandel, sondern er komme auch noch für seinen alten Vater auf, ohne eigenes Vermögen zu haben. Daher sei die *Mägdleinsschulmeister-Stelle ihm Seuffert vor anderen [zu] conferieren*.

Die hier zum Tragen kommende soziale Komponente war bislang noch gar nicht berücksichtigt worden. Nach Ansicht des Fürsten Carl Thomas könnte auch vollständig von einem Examen abgesehen werden: Seuffert habe schon bei der Interimsvernehmung der Schularbeit *vollkommene Proben abgelegt und solche rühmlich verwaltet*; er habe die Liebe und das Vertrauen der Bürger und Einwohner, *ja der Jugend selbst sich erworben*. Überdies habe er alle Klassen hiesiger Schule absolviert und beherrsche den Katechismus, sodass ein Zeugnis des Superintendenten Firnhaber über seinen Lebenswandel und die bisher geleistete Schularbeit ausreichen dürfte.

Die Antwort des Fürsten wurde in der Konferenz der gräflichen Brüder am 18. März 1750 verlesen. Man vermutete vonseiten der Grafen, dass der Vorschlag des Fürsten mehr in der Ablehnung der Person Neidharts als in den Vorzügen Seufferts seine Ursache hatte, aber man wollte Streit mit der fürstlichen Linie auf jeden Fall vermeiden. Da Neidhart chancenlos war, konnte man auf eine Überprüfung seiner Fähigkeiten verzichten, dennoch sollte Johann Peter Seuffert zum Examen *zu desto mererer Sicherheit* antreten.

Das Examen fand am 23. März 1750 vor dem Superintendenten Firnhaber, dem Stadtpfarrer Neidhart, dem Diakon Firnhaber, dem Rektor Schultz und dem Präzeptor Glaser statt. Am Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr hatten sich die Schulkinder, 74 an der Zahl, in der obersten Schulstube eingefunden. Sie mussten zuerst etliche Kapitel aus dem Alten und Neuen Testament vorlesen, *worinnen sie durchgehends wohl und gut bestunden*. Erfolgreich verlief auch das Buchstabieren der unteren Klassen. Ebenso beherrschten sie das Rezitieren des kleinen Katechismus aus dem Gedächtnis. Die

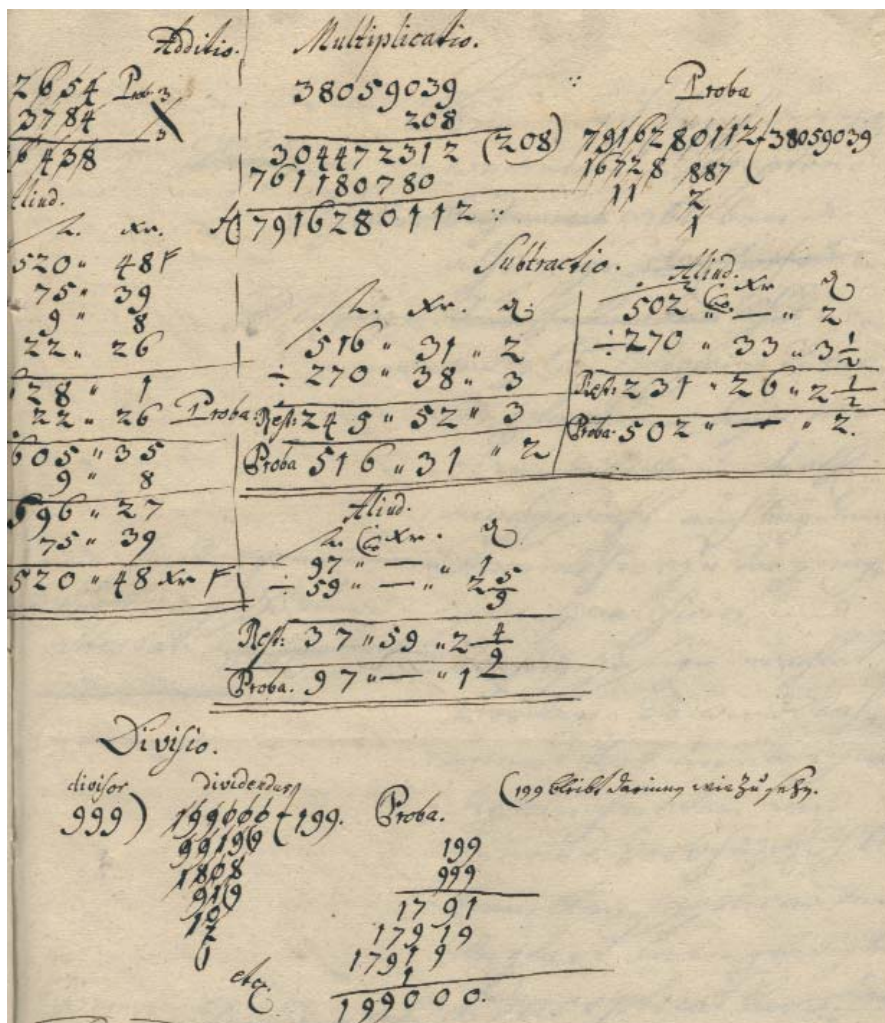
Älteren mussten Lektionen aus dem *Nürnbergischen Catechismus nebst den biblischen Sprüchen* aufsagen und ihre Schreibkünste vorzeigen. Superintendent Firnhaber war zufrieden, er hatte *die Schul so gut befunden ... , als sie bei dem abgelebten Schulmeister Schiller war, und von dessen Tod an bis jetzo [seien] die Kinder in keinem Stücke versäümet noch verwahrloset worden*.

Am Nachmittag stand Seuffert dann allein vor der Prüfungskommission. Zuerst wurde er nach dem Katechismus befragt – *welche Fragen er auch meistens richtig beantwortete* –, dann forderte der Superintendent den Kandidaten zu einer Schriftprobe auf, damit er ein *Specimen von seiner Hand und Schrift* vorzeigen könne; diesen Zettel fügte Firnhaber dem Bericht an die Herrschaft bei. Ebenso den Nachweis über die Rechenkünste, die in *Numeration, Addition, Subtraction, Multiplication, Division* bestanden. Von einer Probe seiner Gesangskünste konnte man Abstand nehmen, *weilen er seither wöchentlich dienstags den Kirchengesang öffentlich geführt und wegen seiner guten Stimme allgemeine Approbation gefunden*.

Letztendlich bescheinigt der Superintendent dem Kandidaten Seuffert noch *ein tractables und getreues Gemüt* und hegt keine Zweifel an dessen Eignung zur Leitung der Mädchenschule. Es wäre schön gewesen, wenn Seuffert nun endlich seine Stelle hätte antreten und auch seine Besoldung in Empfang nehmen können. Aber zunächst ging der Bericht des Superintendenten an die fünf Grafen. Und auch Graf Wilhelm Heinrich schaltete sich am 24. April 1750 wieder ein: Seuffert habe nur *eselmäßig bestanden*. Zwei Mitglieder aus der Kommission hätten die Untüchtigkeit Seufferts zugegeben, nämlich der Stadtpfarrer Neidhart und der Präzeptor Glaser. Die anderen beiden wären der *partiischen Relation des Superintendenten* beigetreten. Die Parteilichkeit dürfte doch wohl eher auf der anderen Seite gelegen haben, denn schließlich hatte Stadtpfarrer Neidhart sicher ein Interesse, seinen Bruder, den Büttner, ins Amt zu bringen, während Präzeptor Glaser selbst ein Auge auf die Stelle geworfen hatte oder zumindest von Graf Wilhelm Heinrich ins Spiel gebracht worden war; außerdem sei Glasers Feindschaft gegenüber dem Superintendenten *stadtkündig*. Und selbst wenn man diese Stellungnahmen ernst nimmt, so befindet Graf Friedrich Ludwig, gehen immer noch *3 Testimonia gegen 2*. Und die drei Befürworter Seufferts ständen mit ihm in keinerlei Verwandtschaft und hätten auch nicht zu seinen Gunsten interveniert. Der Stadtpfarrer hingegen habe sich durch sein *Rennen und Laufen* zugunsten seines Bruders sehr verdächtig gemacht. Und wenn Seuffert so unfähig sei, warum lässt dann der Stadtpfarrer die eigenen Kinder bei ihm unterrichten? Sogar seine *Bücher auctiones* lässt er von Seuffert durchführen! Die Vorwürfe Glasers hingegen entkräfteten sich von selbst, hat er ja *den Seuffert öfters aus der Prima abfordern lassen, um vor ihm in Quarta Schul zu halten*. Überhaupt, meint Graf Friedrich Ludwig, schließlich habe man es mit der Stelle des Mädchenschulmeisters zu tun, sodass *mithin ein so großes und wichtiges Examen, als wann man einen Candidatum ministerii zu prüfen hätte, nicht nötig sei*.

Doch damit nicht genug. Am 29. April kam ein neuer Vorschlag von Graf Wilhelm Heinrich: Neidhart und Seuffert sollten durch zwei Landgeistliche examiniert werden und, wenn beide nicht bestünden, ein Auswärtiger bestellt werden.

Inzwischen hatte die fürstliche Regierung am 22. April 1750 schon das Bestallungsdekret für Seuffert ausgefertigt, der möglichst bald den ihn anvertrauten Schuldienst antreten sollte. Am 11. Mai 1750 fragte dann die fürstliche Regierung bei den Kollegen Hofräten der gräflichen Linie an, warum denn noch nichts unternommen worden sei, und ersuchten sie dringend, die Bestallung zu beschleunigen.

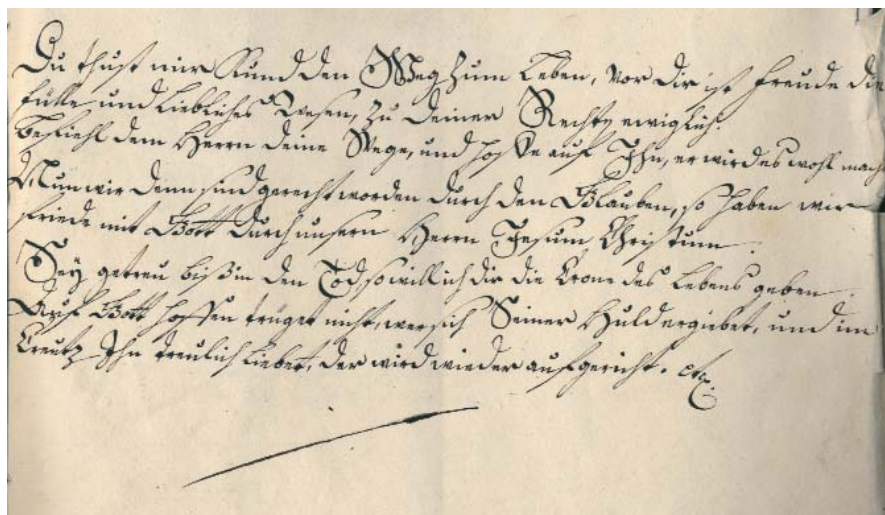


Rechenprobe des Kandidaten Johann Peter Seuffert von seinem Examen am 23. März 1750.

gen, damit die Stelle des Mädchenschullehrers endlich wieder besetzt werden könnte. Die Frage wiederholten sie am 20. und 27. Mai 1750. Graf Friedrich Ludwig äußert sich verärgert über die Blockadepolitik seines Bruders, doch die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Lösung blieb bestehen. Am 3. Juni 1750 kamen die Grafen von Löwenstein-Wertheim-Virneburg zu einer gemeinschaftlichen Konferenz zusammen, die Graf Wilhelm Heinrich aber vorzeitig verließ, damit er – so der Verdacht seines Bruders Friedrich Ludwig – *Anlaß [habe], bei der nächsten Konferenz zu protestieren*. Am 12. Juni brachte Graf Johann Ludwig Vollrath die *Schul-Sache* abermals vor. Die Fürsten hätten sich für Seuffert entschieden. Die Grafen Johann Ludwig Vollrath, Friedrich Ludwig und Johann Philipp gaben ihre Zustimmung. Graf Wilhelm Heinrich gab seine Vorstellung zu Protokoll: Er sei nicht schuld, dass sich das Verfahren über ein Dreivierteljahr hingezogen habe, ihm sei es nur darum gegangen, eine geeignete Person zum Schulmeister zu bestellen. Es sei auch falsch, dass er die *Annahme des Seufferts ... aus einiger Passion, wie mir fälschlich angedichtet worden, gehindert habe*. Deshalb schlage er vor, *daß solcher [Seuffert] nochmalen und zwar gründlicher als das vorige Mahl examiniert und wenn er diese Zeit über mehr gelernet haben ... sollte, ohne weiteres angenommen werden soll*. Damit die Kommission aber unparteiisch sei, sollen zwei Landgeistliche teilnehmen, Wilhelm Heinrich schlägt zur Auswahl vor: die Pfarrer zu Kreuzwertheim, zu Michelrieth und Remlingen, zu Buch am Ahorn und Hirschlanden. Die Unkosten für das erneute Examen solle aber Johann Peter Seuffert tragen – der, wie bekannt, über kein Vermögen verfügte und auch noch keine Einkünfte aus der Lehrerstelle hatte.

Wie schwer ist's doch, über dergleichen Einfälle keine Sartyre zu schreiben! So ein erneuter Stoßseufzer Friedrich Ludwigs. *Wer hätte sonst wohl auf die Gedanken geraten können, einen kahlen Mädchleins-Schulmeister, welcher nebst deme, daß er die Kinder im Buchstabieren, Lesen und Schreiben und, wann es verlangt wird, nur ein oder andere Mädlein privatim im Rechnen unterrichtet, sie weiter nichts als Sprüche und Psalmen auswendig lernen lasset, durch einen Superintendenten, zwei Stadt-Geistliche, soviel Land-Pfarrer und 4 Präceptores, mithin durch 9 Personen examinieren zu lassen!*

Am 17. Juni 1750 versuchte der Älteste der Grafen, Johann Ludwig Vollrath, seinen jüngeren Bruder zum Einlenken zu bewegen, aber vergeblich. Die fürstliche Regierung hingegen wollte von einem neuerlichen Examen nichts wissen. Irgendwann muss dann doch eine Bestallung von gräflicher Seite erfolgt sein.



Schriftprobe des Kandidaten Johann Peter Seuffert von seinem Examen am 23. März 1750.

Vorlage: Landesarchiv StAW R Rep. 45h Nr. 404

1766 ist Seuffert nachweisbar im Amt. Da Graf Wilhelm Heinrich erst im Jahr 1773 verstarb, war es ihm irgendwann doch zu viel geworden, aus Prinzip zu opponieren. Johann Peter Seuffert erhielt an Besoldung 50 Gulden im Jahr, dazu vier Malter Korn und pro Kind zwölf Kreuzer Schulgeld im Quartal. Da sich alle diese Einnahmen auf nicht mehr als 60 Gulden im Jahr summierten und Seuffert 1772 bereits Vater von vier Kindern war, bat er die Herrschaft um eine Zulage an Korn, was ihm in der Höhe von zwei Maltern genehmigt wurde.

Am 4. November 1790 ist Johann Peter Seuffert verstorben. Über 40 Jahre hat er die Wertheimer Mädchen unterrichtet und ist offensichtlich nie einer anderen

Tätigkeit nachgegangen. Nun stand also wieder eine Neubesetzung der Stelle an – und Schlimmes zu befürchten. Doch mittlerweile – bis auf Graf Friedrich Ludwig waren alle Akteure von 1750 verstorben – hatte man sich darauf geeinigt, Stellen turnusmäßig zu besetzen. In diesem Fall war Graf Johann Karl Ludwig, ein Neffe Friedrich Ludwigs, an der Reihe.

Man hatte sich also in Wertheim um Reformen bemüht. Aber es war zu spät. Die Entwicklungen, die im revolutionären Frankreich ihren Ausgang nahmen, überrollten auch die Grafschaft und beendeten 1806 ihre Existenz. Das Alte Reich mit seiner Vielfalt an Herrschaftsformen und -rechten war obsolet geworden ■
Renate Schindler



Landesarchiv Baden-Württemberg,
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,
Telefon (07 11) 2 12-42 73,
Telefax (07 11) 2 12-42 83.
Redaktion: Dr. Nicole Bickhoff
Gestaltung: Luise Pfeifle
Druck: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart

Das Heft wird kostenlos abgegeben.